

# UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

156 · Oktober 2003

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	883
Essay	
PETER BIRKE »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«. Rechtsparteien in Dänemark	885
Geschlechterverhältnisse	
FRIGGA HAUG Gender – Karriere eines Begriffs und was dahinter steckt	899
VOLKER WOLTERSdorFF Queer Theory und Queer Politics	914
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
ARMIN BERNHARD Bildung als Bearbeitung von Humanressourcen. Die menschlichen Wesenskräfte in einer sich globalisierenden Gesellschaft	924
WIELAND ZADEMACH Leistungsdenken oder soziale Gerechtigkeit. Haben die Kirchen ihre soziale Sprache verloren?	939
Linkes Denken	
MEINHARD CREYDT Adornismus. Motive eines Überganges	949
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	962

## Bücher & Zeitschriften

- Jürgen John (Hrsg.):  
Thüringen 1989/90  
(Quellen zur Geschichte Thüringens. Bd. 17/I u. 17/II)  
Wolfgang Schluchter, Peter H. Quint (Hrsg.):  
Der Vereinigungsschock.  
Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach  
(STEFAN BOLLINGER) 964
- Frieder O. Wolf:  
Radikale Philosophie.  
Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit  
Volker Caysa und Wilhelm Schmid (Hrsg.):  
Reinhold Messners Philosophie:  
Sinn machen in einer Welt ohne Sinn  
(JOCHEN WEICHOLD) 966
- Götz Aly:  
Rasse und Klasse.  
Nachforschungen zum deutschen Wesen  
(JÜRGEN MEIER) 967
- Wolfgang Kersting:  
Kritik der Gleichheit  
John Rawls:  
Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf  
(ULRICH BUSCH) 968
- Beatrix Bouvier:  
Die DDR – ein Sozialstaat?  
Sozialpolitik in der Ära Honecker  
(KLAUS MELLE) 971
- Summaries 974
- An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 976

# VorSatz

*Der Zeitgeist steht rechts, er ist neoliberal, er ist Bestandteil jener Triade von kapitalistischer Globalisierung, neuen imperialen Kriegen und neoliberaler Hegemonie, die den Gang der Dinge gegenwärtig dominiert. Soeben lese ich in »Bild«: »Wirtschaft fordert 7-Tage-Woche«. Natürlich fordert das nicht die Wirtschaft, zur Wirtschaft gehören Kapital und Arbeit, Unternehmer sind es, die Arbeitskraft wie aus dem Wasserhahn, rund um die Uhr und ohne lästige Unterbrechung durch Sonn- und Feiertage wollen. Zugleich kommt die Denunziation: Die Deutschen hätten im internationalen Vergleich die kürzeste Wochenarbeitszeit und den längsten Urlaub. Im Wirtschaftskommentar der FAZ wird mitgeteilt, die Opposition von CDU/CSU und FDP sei es, die über eine Reformagenda verfüge, die eine Beschäftigungsdynamik einleiten könne. »Sie will den größten Teil der Betriebe von den unwägbareren Risiken des Kündigungsschutzes befreien. Sie will niedrigere Einstiegsstarife für Arbeitslose ermöglichen. Und sie möchte jenen Belegschaften, die dies wollen, die Entscheidungsbefugnis über Arbeitszeiten und Löhne zurückgeben ...« So geht das täglich im Blätterwald und auf allen Fernseh-Kanälen.*

*Im März des Vorjahres forderten die vereinigten Unternehmerverbände: »... grundlegende Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsmarktes sowie eine Fortsetzung der beschäftigungsfördernden produktivitätsorientierten Tarifpolitik sowie eine umfassende Deregulierung«. Hier steckt alles drin, die Sprache ist affirmativ, die Botschaft von brutaler Offenheit. Man wird das Gefühl nicht los, als hätten die Deutschen am nächsten Morgen die Hacken zusammengeklappt und sind seither eifrig dabei, dem zu folgen. Wer hat eigentlich die Richtlinienkompetenz? Aber es funktioniert. Auch Linke sind vor den Wirkungen dieses ideologisierenden ökonomistischen Trommelfeuers nicht gefeit. Kürzlich sagte jemand, »natürlich« sei eine den Lebensstandard sichernde Rente nicht mehr möglich – eine Mehrheit nahm es hin.*

*Die neoliberalen Forderungen haben eine verblüffende Plausibilität. Es lohnt, darüber nachzudenken, warum das so ist. Zwei Botschaften sind zentral: »Leistung muß sich wieder lohnen!« und »Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in Gefahr!«. Wessen Leistung ist gemeint? Die der alleinerziehenden Mutter oder des alleinerziehenden Vaters, die es trotz der Mehrfachbelastung durch Familie, Haushalt und Arbeit mehrheitlich schaffen, ihre Kinder zu anständigen und nützlichen Menschen zu erziehen? Nein, mit »Leistung« ist*

*Profitmachen gemeint. Das Gerede vom »Wirtschaftsstandort« unterstellt, die Gesellschaft, unser aller Gemeinwesen, hätte seinen Existenzzweck in erster Linie darin, die profitable Verwertung von Kapital zu gewährleisten. Diese Kernbotschaften sind Mythen, allerdings mit der Wirkung ideologischer Waffen. Der Kapitalismus, von dem Max Weber meinte, er werde durch fortschreitende Rationalität geprägt, bedient sich des Irrationalen, greift zur Mythologisierung. Flankiert wird das von einer Reihe von Hilfsmythen, zum Beispiel dem Mythos, Reform sei, was soziale Errungenschaften von Jahrzehnten liquidiert, oder dem Mythos vom »Realismus«, der den propagierten Kurs als alternativlos hinstellt und andere Modelle von vornherein als »unrealistisch« etikettiert.*

*Es ist relativ einfach, diese Mythen zu entschlüsseln und die Ideologisierungen zu durchschauen. Das mindert aber, wie wir ständig zur Kenntnis nehmen müssen, nicht ihre Wirkung. Meine Hypothese ist, die neoliberale Hegemonie basiert darauf, daß es ihren Protagonisten erfolgreich gelungen ist, ein antisolidarisches Gesellschaftsbild und Menschenbild zu implementieren und zu verbreiten. Dafür war der Untergang des Staatssozialismus eine wichtige Voraussetzung. Gezeichnet wird eine Gesellschaft, die geprägt wird durch den erbarmungslosen Wettbewerb um den größtmöglichen privaten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, diese Gesellschaft gehört den Schönen, Reichen und Mächtigen. Der dazu paßfähige Mensch ist egoistisch, als Erfolg gilt, möglichst viel in die eigene Tasche zu wirtschaften. Das legitimatorische Gegenbild ist das vom faulen Menschen, der in der sozialen Hängematte lümmelt. Diese Bilder von Gesellschaft und Mensch sind inzwischen nicht nur binnenweisheitliche Denkformen von überrollender Einfachheit, sie laufen auch permanent bei jeder aktuellen Botschaft – subversiv oder ganz offen – mit. Sie sind der Hintergrund der alltäglichen ideologischen Aggressionen und reproduzieren die neoliberale Hegemonie.*

*Wenn es darum geht – und es muß darum gehen –, die geistig-kulturelle Hegemonie der Neoliberalen aufzubrechen oder wenigstens wirkungsvoll Gegenhegemonie zu positionieren, steht als Kernstück die Frage nach alternativen Gesellschaft- und Menschenbildern, die bündig, plausibel und realistisch sein müssen, leitbildfähig. Zu entwickeln ist das Bild einer solidarischen, sozial gerechten Gesellschaft, durchaus in den Traditionen der sozialistischen und Arbeiterbewegung, aber nicht traditionalistisch und retrospektiv, sondern bezogen auf die Bedingungen der modernen Produktions- und Lebensweise. Was macht sie aus, die Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung? Mit dem Menschenbild ist es noch schwieriger, sicher sollte es die Züge eines zu tätiger Solidarität fähigen und zugleich selbstbestimmten Menschen tragen. Hier liegt ein weites Feld von Arbeit und Diskussion vor den Linken. Aber die Alternative wäre, den Neoliberalen das Feld zu überlassen und einen Siegeszug von kapitalistischer Globalisierung, imperialen Kriegen und neoliberaler Hegemonie nur zu beklagen.*

DIETMAR WITTICH

PETER BIRKE

## »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«. Rechtsparteien in Dänemark

Die Demontage der sozialdemokratischen Hegemonie in Skandinavien hält an. Sowohl in Norwegen als auch in Dänemark regieren seit etwas mehr als einem Jahr bürgerliche Parteien, die von der Unterstützung der »Rechtspopulisten« abhängig sind. In Dänemark ist *Sozialdemokratiet* (SP) zum ersten Mal seit 1924 nur zweitstärkste Partei im *Folketing*. Die rechtsliberale Partei *Venstre* bildete nach den Wahlen vom November 2001 zusammen mit den Konservativen eine Minderheitsregierung. Die meisten Gesetze werden seitdem mit Hilfe der rassistischen Dänischen Volkspartei (DFP) verabschiedet, die über 12 Prozent der Stimmen erhielt.<sup>1</sup> Entgegen der Tradition des dänischen Parlamentarismus hat sich seitdem ein fester »bürgerlicher« Block gebildet, der die SP weitgehend von der Machtausübung ausgeschlossen hat. Auch anderthalb Jahre nach seinem Amtsantritt sitzt Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen vergleichsweise fest im Sattel.<sup>2</sup>

Eine Ursache des Aufstiegs der Rechtsparteien ist, daß sie sich erfolgreich um frühere sozialdemokratische Wähler bemüht haben. Sowohl DFP als auch *Venstre* haben ihr rein neoliberales Profil durch ein mehr »soziales« Outfit ersetzt. Insbesondere formuliert die DFP immer wieder den Anspruch, die »Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts« zu sein (vgl. Engelbreth Larsen 2001, S. 141 f.). In der Tat ist der Zusammenhang zwischen der Krise der institutionalisierten Arbeiterbewegung und dem Aufstieg der politischen Rechten kaum zu übersehen. Im folgenden möchte ich diesen Zusammenhang genauer untersuchen, der m. E. auf ähnliche Konstellationen in einer Reihe anderer westeuropäischer Länder verweist.<sup>3</sup>

### Vom »Thatcherismus« zur »neuen Sozialdemokratie«

Eine Diskussion der Frage, welchen Anteil sozialdemokratische Politik am Erfolg der Rechtsparteien hatte, fand bereits Anfang der 1980er Jahre in *Marxism Today*, der Zeitschrift der britischen KP, statt. Als die Tories im Jahre 1979 die britische Regierung übernahmen und eine im europäischen Maßstab zu dieser Zeit einmalige Welle von Angriffen auf gewerkschaftliche und demokratische Rechte und den Wohlfahrtsstaat einleiteten, lag der »winter of discontent« nur einige wenige Monate zurück. Die neue Militanz, mit der die Streikbewegungen im öffentlichen Dienst die Labour-Regierung herausgefordert hatten, schien der Tatsache zu widersprechen, daß der Erfolg Thatchers u. a. der massiven Unterstützung von Arbeiterwählern zu verdanken war.<sup>4</sup>

Peter Birke, Jg. 1965, Historiker, promoviert z. Z. an der Universität Hamburg mit einer Arbeit zur Geschichte der »wilden Streiks« in der Bundesrepublik und in Dänemark zwischen 1967 und 1973. Mitarbeiter der Hamburger Gruppe »Blauer Montag«, die sich seit ca. 1988 kritisch mit der aktuellen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik, sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene auseinandersetzt.

1 Die Frage, ob die DFP als »rassistisch« bezeichnet werden kann, ist in Dänemark durchaus umstritten. Ich schließe mich hier Karpantschhof (2002) an, der nach einer überzeugenden Diskussion entsprechender Äußerungen (aus) der Partei mit »ja« antwortet. Allerdings versucht die DFP seit

Jahren, sich ein »stuben-reines« Äußeres zu geben, was u. a. dazu geführt hat, daß sie sich von einem explizit biologistisch begründeten Rassismus abgrenzt.

2 Im Sommer 2003 haben die Linksparteien insgesamt, und erstmals seit der Wahl-niederlage auch die SP, ihre Anteile bei Meinungsumfragen leicht steigern können. Es muß abgewartet werden, ob dieser Trend, der u. a. mit der Kritik an der Unterstützung der Koalition gegen den Irak zusammenhängt, in der nächsten Zeit anhält. Diese Frage nach den Gründen und Folgen der Krise der SP würde allerdings eher noch dringender, wenn es in den nächsten Jahren zu einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung kommen würde.

3 U. a. ist der Versuch, die Position der Sozialdemokratie im Parteienspektrum nicht nur faktisch, sondern auch programmatisch zu besetzen, auch bei einigen anderen »rechtspopulistischen« Parteien in Westeuropa zu beobachten, vgl. Angenendt 2003, S. 5.

4 Allerdings waren diese Wähler/innen nicht einfach mit »der Arbeiterklasse« identisch. Damals wie heute sprechen »populistische« Elemente in der Rhetorik und der Praxis der politischen Rechten bestimmte Gruppen der abhängig Beschäftigten an – oft eher männliche und weiße, manchmal vorwiegend ältere Menschen (vgl. Gruppe Blauer Montag 2002, S. 22). Die Grundlage von rechten Wahlsiegen ist also nicht die Agitation der Lohnarbeiter/innen als vorgestelltem Kollektiv, sondern vielmehr

Nach 1979 hatten es die Tories geschickt verstanden, die Themen der politischen Linken zu »kolonisieren« (Stuart Hall), worunter einerseits die Übernahme, Entkontextualisierung und Entpolitisierung bestimmter emanzipatorischer Vorstellungen und andererseits ein Anknüpfen an die Enttäuschung von Erwartungen, die die sozialdemokratische Politik verursacht hatte, verstanden werden kann. Die Fixierung auf den Staat, der Glaube an technische und bürokratische Lösungen für soziale Probleme, schließlich, damit zusammenhängend, der Kampf des Parteiapparates gegen soziale Bewegungen, die sich der eigenen Kontrolle entziehen könnten: Dies waren die Voraussetzungen dafür, daß Stuart Hall 1983 konstatieren konnte, daß *the radical right has capitalized on (...) this deep weakness in Labour Socialism* (Hall 1983, p. 33).

New Labour stand für den Versuch, diese »tiefe Schwäche« zu überwinden und die sozialdemokratische Hegemonie in Europa unter veränderten Bedingungen zu erneuern. Die Konzeption war zugleich *Teil* der Suche nach einer Antwort auf die Legitimationskrise, in der sich die kapitalistischen Gesellschaften seit dem Niedergang des Staatssozialismus befinden. Die sozialen Konflikte der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, mit der Streikbewegung in Frankreich als Ausgangspunkt, aber auch mit den Protesten und Streiks gegen die Kohl-Regierung von 1997/98, trugen zu einem Umschwung bei, der im Laufe weniger Jahre fast in allen westeuropäischen Ländern sozialdemokratische Parteien an die Regierung brachte. Die Politik dieser »neuen Sozialdemokratie« grenzte sich vom Thatcherismus zunächst dadurch ab, daß in gewisser Hinsicht wieder die Notwendigkeit staatlicher Regulierung in den Mittelpunkt gestellt wurde.<sup>5</sup> Allerdings verschwanden nach der Regierungsübernahme die Reste keynesianischer Politik überall innerhalb kürzester Zeit fast vollständig. Seitdem hat sich die Tendenz zur Privatisierung und Individualisierung der Lebensrisiken und damit zum eindeutigen Bruch mit wohlfahrtsstaatlichen Regulierungsmodellen immer mehr verstärkt. Mittlerweile wird auch unabhängig von der Zusammensetzung der Regierung staatliche Regulierung fast ausschließlich als bloße Sozialtechnik verstanden, was nicht bedeutet, daß die europäischen Länder zum »Nachtwächterstaat« zurückkehren. Die Regierenden haben gelernt, daß auch die Individualisierung der sozialen Absicherung ein Projekt ist, das in Westeuropa ohne massive staatliche Eingriffe nicht denkbar wäre (vgl. hierzu bereits Hirsch 1998).<sup>6</sup>

Es kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen, daß die politische Rechte, wo sie die Regierung übernommen hat, das *New-Labour*-Projekt weitgehend bruchlos fortsetzte. Selbst noch die »Rechtspopulisten« *radikalisieren* die Suche nach Wegen aus der Krise, haben ihr aber wenig qualitativ Neues hinzuzufügen (vgl. am Beispiel Hamburg: Gruppe Blauer Montag 2002, S. 23). Eher spielen diese Parteien die Rolle des »Motors« bei der Dynamisierung der reaktiven Politik. *New Labour*, selbst bereits eine Antwort auf das Scheitern neoliberaler Vergesellschaftung, hat sich zu Tode gesiegt, und die politische Rechte hat erneut *capitalized on this deep weakness*. Daß dies in der Bundesrepublik nicht so stark wahrgenommen wird, liegt an den Illusionen, die der Wahlsieg von Rot/Grün 2002 vermit-



telt hat, wobei sich die Große Koalition, die derzeit die Bundesrepublik zwar nicht nominell, aber faktisch regiert, kaum vom rechten Mainstream in Europa unterscheidet.

Von Linken, in der Bundesrepublik und anderswo, wurde als Antwort auf diese Misere manchmal die Rückkehr zu den alten Werten der wohlfahrtsstaatlichen Politik gefordert. Meine These ist; gerade das Beispiel des »Musterlandes« Dänemark zeigt, daß es eine Rückkehr zu diesen Modellen nicht geben kann.<sup>7</sup>

### *New Labour in Kopenhagen?*

In Skandinavien wurde zur Zeit der Debatten um das Blair-Schröder-Papier im Jahre 1999 häufig festgestellt, daß die Sozialdemokratien dieser Länder »anders« seien. Die schwedische SAP teilte damals ihre ablehnende Haltung mit, und auch die dänische Sozialdemokratie äußerte sich skeptisch. Was in der damaligen Diskussion manchmal auf die besondere Situation in »universalistisch« geprägten Wohlfahrtsstaaten bezogen wurde, hatte in Wirklichkeit zwei unterschiedliche Ursachen. Während Schwedens Göran Persson in der Tat noch eine Position vertreten mußte, die eine gewisse Distanz gegenüber neoliberalen Ausschweifungen beinhaltete, war die dänische Sozialdemokratie ihren europäischen Schwesterorganisationen bereits um einige Jahre voraus. Als Gerhard Schröder seinen Eid auf die bundesdeutsche Verfassung ablegte, war die dänische SP schon fast fünf Jahre an der Macht. Bereits etwa 1994 übernahm die damalige Koalition der Sozialdemokratie mit der links-liberalen *Radikale Venstre*, nach einer kurzen neoklassischen Episode, die zentralen Anliegen der »Stabilitätspolitik«. In den Jahren darauf wurde die Konzeption einer antizyklischen, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik endgültig über Bord geworfen. Als eindeutige Prioritäten galten nunmehr wie überall im Europa der 1990er Jahre die Kontrolle der Geldmenge und die Konsolidierung der staatlichen Haushalte. Insbesondere wurde gegen die Expansion der Löhne angegangen mit der Begründung, diese würde die Inflation anheizen. Bis 1998 führte diese Politik zu einer massiven Umverteilung zugunsten der Eigentümer von Kapital. Gleichzeitig wurde die Situation auf dem Arbeitsmarkt, bei leicht sinkender, aber im Grunde anhaltender Massenarbeitslosigkeit, als Beitrag zur *Inflationsbekämpfung* neu definiert. Das Ziel der »Vollbeschäftigung« wurde abgeschrieben, statt dessen ging es (und geht es seitdem) darum, die Erwerbslosigkeit auf einer Höhe zu halten, auf der es auf keinen Fall zu einer sektoralen Knappheit des Arbeitskräfteangebots kommt (vgl. Blomkvist 8/1999, S. 8). Die neue Politik hat entscheidende Angriffe auf den »universalistischen« Wohlfahrtsstaat nach sich gezogen, der früher stolz als (sozialdemokratisch geprägtes) »dänisches Modell« bezeichnet wurde. Die Angriffe auf die sozialen Grundrechte sind in ihrer spezifisch dänischen (bzw. bis zu einem gewissen Grade »skandinavischen«) Ausprägung allerdings nur zu verstehen, wenn die Schwächen und Widersprüche des historischen »universalistischen« Modells thematisiert werden.

### *»Der Mensch im Zentrum« sozial-technischer Bemühungen*

Die Vorstellung, daß sozial-technische Interventionen des Staates den Übergang in eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft

gerade das Instrumentalisieren und Verwalten der Widersprüche innerhalb der Lohnarbeit, die für das Funktionieren der Arbeitsmärkte im Kapitalismus von zentraler Bedeutung sind. Die Schwäche der sozialistischen Parteien ist u. a. in der Weigerung begründet, selbst auf die Funktionalisierung dieser Widersprüche zu verzichten.

5 Joachim Hirsch (1998) betonte zu Beginn der ersten Legislaturperiode der Schröder-Regierung die Tatsache, daß »Deregulierung« auch in der Kohl-Ära keineswegs mit dem »Verschwinden« des Staates verbunden war. Im Gegenteil war in bestimmten Sektoren eine Ausweitung der Staats-tätigkeit erkennbar, als »Standortsicherung« mit zunehmend repressiver Tendenz.

6 Dabei kommt es allerdings darauf an, das Programm nicht mit der Realität zu verwechseln. In einer Kritik an den Ansätzen der »Governmentality-Studies« hat Cathren Müller m. E. zu Recht betont, daß die »neoliberalen« Projekte der »Selbstführung« sich nicht einfach und linear in die soziale Welt einschreiben (Müller 2003, S. 105). Auch die »Gruppe Blauer Montag« hat die Widersprüche betont, die die Herstellung des »flexiblen Menschen« begleiten (Gruppe Blauer Montag 2003, S. 710, Thesen 2 und 3).

7 Ein eben in deutscher Sprache veröffentlichtes Buch über die dänische SP kommt zu dem Schluß, daß diese »als Zukunftsmodell für eine moderne, die Kern-idee bewahrende SPD dienen« könne (Frenzel 2002,

Einbandtext). Insbesondere sei hingegen der SPD der »elektorale und organisatorische Spagat« nicht geglückt (291). Unabhängig davon, ob man die Fragestellung für interessant hält: Daß nach Auffassung des Autors ausgerechnet die dänische SP Vorbild ihrer unter elektoralen Problemen leidenden Schwesterpartei sein soll zeigt, daß der Ruf skandinavischer Sozialdemokraten außerhalb ihrer Landesgrenzen meistens besser ist als in Skandinavien selbst.

ermöglichen könnten, gehörte schon seit den 1950er Jahren zu den zentralen Bestandteilen der Ideologie der (meist an der Regierung teilhabenden) dänischen Sozialdemokratie. Die Erhöhung der Produktion durch eine bessere Zurichtung der Ware Arbeitskraft, bei gleichzeitiger ständiger Ausbreitung staatlicher Garantien für die Versorgung bei Krankheit und im Alter, das war die Formel für den dänischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit. Seit der Rentenreform von 1956 und den darauf folgenden Verbesserungen in vielen Bereichen der sozialen Versorgung erfreute sich diese Vorstellung durchaus einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Gleichwohl lag dem »historischen Kompromiß« à la Dänemark, ganz im Gegensatz zu den Assoziationen, die Esping-Andersens Begriff der »Dekommodifikation« hervorruft, stets die Einsicht in die Notwendigkeit einer Erweiterung der Kapitalakkumulation (und insbesondere des volkswirtschaftlich zentralen Exportsektors) zu Grunde (vgl. Esping-Andersen 1989).

Mit dem Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen im Allgemeinen und der Arbeitskämpfe im Besonderen begann seit 1969 auch in Dänemark der Nachkriegskonsens zu bröckeln. In den frühen siebziger Jahren modifizierte die sozialdemokratische Partei ihre Politik, und es war, wie in vielen anderen europäischen Ländern auch, wieder mehr von »industrieller« und »ökonomischer« Demokratie die Rede, von einem »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus (vgl. Dalgaard 1995, S. 236 ff.).

»Mennesket i centrum«, der Mensch im Zentrum, das zentrale Schlagwort aus dem sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1977, hatte allerdings von vornherein einen Doppelsinn. Wurden hier einerseits die durch die sozialen Bewegungen formulierten Ansprüche an soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen und politische Emanzipation aufgegriffen, so enthielt die Orientierung auf »das Menschliche« andererseits bereits die Perspektive einer Individualisierung der alten sozial-technischen Utopie, die die Partei längerfristig für eine Adaption neoliberaler Glaubenssätze öffnen sollte. Die rasanten gesellschaftlichen Veränderungen, die Herausforderungen der Wirtschaftskrise und der technologischen Erneuerungen verpflichteten den Staat aus Sicht der Regierungspolitik der späten 1970er Jahre, die Anpassung und Qualifizierung der einzelnen abzusichern und zur gleichen Zeit die sozialen Ansprüche zurückzudrängen, die sich in der Phase der Hochkonjunktur entwickelt hatten. Emanzipatorische Vorstellungen rückten in der Tagesordnung immer weiter nach hinten.

Die paternalistische Idee, daß die staatliche Bürokratie die Restrukturierung der Arbeitsmärkte in der Krise gewährleisten müsse, entfremdete insbesondere jüngere und Erste-Generations-Arbeiter von der sozialdemokratischen Partei. Ein Teil der Lohnabhängigen verlieh seinem Protest paradoxerweise durch die Unterstützung »neuer« staatsferner und extrem »marktwirtschaftlich« orientierter Politiker Ausdruck. Die »Katastrophenwahl« von 1973, die mit dem Sieg der *Fremskridtparti* als Vorgängerin der DFP den spektakulären Durchbruch der Neuen Rechten in Skandinavien brachte, war unter anderem als Reaktion auf ein bürokratisches und produktivistisches Konzept zu verstehen.<sup>8</sup>

8 Erwähnenswert ist allerdings, daß auch die *Fremskridtparti* in ihrer Rhetorik bestimmte Elemente aus der sozialdemokratischen Tradition gebrauchte: So führte der damalige Parteiführer Mogens Glistrup u. a. eigene 1. Mai-Feiern durch. Ich danke Gerd Callesen für diesen (und für mehrere weitere) Hinweise.



### *Abschied von den sozialen Bürgerrechten*

In den 1990er Jahren wurde auf Grundlage dieses Konzeptes nach und nach der wohlfahrtsstaatliche »Universalismus« zur Disposition gestellt. Nach der Ablösung der konservativen Schlüter-Regierung im Jahre 1993 verblaßte der emanzipatorische Anspruch der sozialdemokratischen Individualisierungsstrategie weiter. Forderungen wie die der »ökonomischen Demokratie« wurden in der Praxis völlig bedeutungslos (Finnemann 1985, S. 308 ff.). Der »Mensch im Zentrum« wurde zunehmend außerhalb eines kollektiven Rahmens gesehen, als »selbstverantwortlich« bezeichnet, aber er blieb an die Zwänge des kapitalistischen Verwertungsprozesses gebunden, denen in der Folge auch von früheren Kritiker/innen zunehmend Naturhaftigkeit attestiert wurde. Im Zuge der Verkürzung der Anspruchsdauer auf Lohnersatzleistungen und der tendenziellen Kopplung derselben an die Annahme irgendeiner Arbeit verschob sich die Forderung nach »mehr Eigenverantwortung« in eine repressive Richtung. Zunehmend ging es nun darum, daß die staatliche Verwaltung »Defizite« in der Persönlichkeit der Erwerbslosen ausfindig machen sollte, die verpflichtend, d. h. unter der Drohung des Entzuges der Existenzgrundlage, zu beseitigen wären. Mit dieser Verschiebung setzte sich auch eine Ideologie durch, die die fortwährende Erwerbslosigkeit mit eben diesen »Defiziten« der Erwerbslosen erklärte, was zugleich die These des europäischen Stabilitätsdogmas von einer »natürlichen Erwerbslosigkeit« zu bestätigen schien, die so lange kein volkswirtschaftliches Problem sei, wie »Flaschenhalse«, also eine sektorale Arbeitskraftknappheit, vermieden würden (vgl. hierzu Blomkvist 8/1999, S. 8). Die Politik des *workfare* wurde in den 1990er Jahren zwar auch in den USA und den meisten EU-Staaten zum Mainstream, aber in kaum einem Land wurde das Programm so frühzeitig und konsequent umgesetzt wie in Dänemark. Ein Prinzip, das staatlich getestete »Leistungsbereitschaft« zur Voraussetzung für das Recht auf eine menschenwürdige Existenz macht, steht jedoch in diametralem Gegensatz zu »universalistischen« sozialen Rechten.

Auch die Privatisierungspolitik der sozial-liberalen Minderheitsregierung stand seit ca. 1994 unter dem Motto der »Individualisierung«. Der Verkauf öffentlicher Betriebe begann in der konservativen Ära, erlebte aber in der sozial-liberalen einen Durchbruch (Kolstrup 2002, S. 1). Zwischen 1985 und 1993 wurden drei staats-eigene Betriebe voll und einer teilweise privatisiert, während unter sozial-liberaler Regie der Flughafen von Kopenhagen, Tele Danmark, eine staatliche Bank, die Datenzentrale, die staatliche Konfektion, die Klassenlotterie, die staatliche Versicherungsgesellschaft, die Verkehrsbetriebe HT und DSB inklusive der Reedereien und Busgesellschaften sowie ein großer Teil der Elektrizitätsversorgung und der Hafengebäude ganz oder teilweise privatisiert wurden (Kolstrup 2002, S. 8). Auf den Kongressen der Sozialdemokratie wurde stets betont, daß diese Verkäufe nicht nur die staatlichen Einnahmen vor dem Hintergrund des EU-»Stabilitätspaktes« erhöhen, sondern (vor allem) die »Wahlfreiheit« und »Effizienz« der Dienstleistungen gewährleisten würden. Gleichzeitig sollten die sogenannten »weichen« Dienstleistungen (wie Krankenhäuser, Altenpflege etc.) in staatlicher Regie bleiben. Aber auch diese »Haltelinie« wurde auf

dem Kongreß der zu diesem Zeitpunkt bereits oppositionellen SP im September 2002 in Frage gestellt: »Zusatzangebote«, so forderte ein Teil der Genossen mit dem ehemaligen Staatsminister Nyrup Rasmussen an der Spitze, sollten von den »Verbrauchern« eingekauft werden, allerdings zunächst nur bei staatlichen Dienstleistern. Daß alte Leute sich ihre Pflegeleistungen kaufen sollen, bedeutet einen vollständigen Bruch mit dem Modell steuerfinanzierter und allgemein zugänglicher Sozialleistungen, auch wenn zunächst betont wird, daß die Basissicherung dadurch nicht gefährdet werden solle.

Die »Verantwortung« der Menschen für ihr Schicksal wird mehr und mehr zum umfassenden Ausgangspunkt aller Überlegungen der SP, wobei sich die praktische Umsetzung für die Erwerbslosen in Gestalt eines verstärkten Arbeitszwangs und für die »Kunden« des Sozialstaats (oder der »Anbieter« sozialer Leistungen) in der jederzeitigen Verfügbarkeit der gewünschten Ware äußert, natürlich unter der Voraussetzung, daß der Kunde zahlungskräftig ist. Mit dem Durchbruch des Neoliberalismus in der SP geht schließlich auch einher, daß die Partei seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend auf die neuen Mittelschichten setzt, da sie die »alten« an- und ungelerten Arbeiter für eine »aussterbende Gruppe« hält (vgl. Callesen 2002).

Ganz unumstritten ist diese Linie jedoch nicht. Auf dem jüngsten Kongreß der SP fand sich eine Minderheit von etwa einem Drittel der Delegierten, die einer weiteren Auflösung kollektiver Garantien skeptisch gegenüber steht, wobei gleichzeitig charakteristisch ist, daß trotz Oppositionsrolle noch nicht einmal auf einer rhetorischen Ebene eine »Linkswende« der Partei stattfand, wie sie etwa in der französischen Sozialistischen Partei inszeniert wurde.

Insgesamt ist der Abschied von den sozialen Bürgerrechten ein widersprüchlicher und langwieriger Prozeß, der keineswegs abgeschlossen ist. Auch die *neue* Regierung erklärt bislang, allgemeinhin menschliche Risiken (wie z. B. Altern etc.) weiterhin absichern zu wollen, während als »individuell« definierte Risiken von den einzelnen getragen werden müßten. Was als »individuell« verstanden wird, folgt jedoch keinem »natürlichen« Kriterium, sondern der politischen Opportunität und ist von daher prinzipiell verschiebbar. Nichts spricht dagegen, daß auch »Krankheit« und »Altern« in naher Zukunft als »individuelle Risiken« definiert werden können. Zugleich spricht allerdings vieles dafür, daß zumindest auf einem propagandistischen Niveau die Aufteilung in »schlechte« (schuldige) und »gute« (unverschuldet) Arme aufrechterhalten wird, denn sie ist ein zentrales Moment in der Funktionalisierung von Hierarchien innerhalb der Klasse durch die Neue Rechte, die als Konkurrenz zur historischen Sozialdemokratie auftritt.

#### *Die Sozialdemokratie als Partei der »Neuen Rechten«?*

Schon vor der Regierungsübernahme durch die politische Rechte im Herbst 2001 hat sich der Unterschied zwischen Sozialdemokratie, Venstre und DFP bisweilen bis zur Unkenntlichkeit verkleinert. Von Thorkild Simonsen, dem sozialdemokratischen Innenminister, der niedrigere Sozialleistungen (zynisch »Integrationsleistung« genannt) für Flüchtlinge einführte, über seine Nachfolgerin, die ehemals linksradikale Karen Jespersen, die »kriminelle Flüchtlinge« auf

eine »einsame Insel« verbannen wollte, bis hin zum derzeitigen Innenminister Bertel Haarder, der zur Begründung seiner außerordentlich verschärften Flüchtlingspolitik immer wieder auf rassistische Motive zurückgreift, besteht in der Tat kein klarer Bruch. Schon die alte Nyrup Rasmussen-Regierung wurde für ihre Flüchtlingspolitik von der UN-Kommission auf einer Linie mit Jörg Haider kritisiert, der Fogh Rasmussen-Regierung von heute widerfährt ähnliches. Die Begrenzung von Familienzusammenführungen, die Verlängerung des sozial und rechtlich drittklassigen Status von Einwanderern auf eine siebenjährige Periode, die skurrilen faktischen Ausweisungen dänischer Bürger, die mit ausländischen Partnern verheiratet sind und vorgeblich ihren »Lebensmittelpunkt im Ausland« haben, sind vorläufige Höhepunkte einer Entwicklung, die bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eingeleitet wurde. Die Entrechtung der Flüchtlinge korrespondiert mit einer gezielten Verarmungspolitik, die völlig mit dem Bild »toleranter« und »gleicher« Gesellschaften bricht, das in der Bundesrepublik bisher die Sichtweise der skandinavischen Gesellschaften bestimmte. Zum 1. 1. 2003 ist die erneut eingeführte »Integrationsleistung« auf die Hälfte der Summe gekürzt worden, mit der dänische Staatsbürger ihr Existenzminimum bestreiten müssen. Mitten in einem der reichsten Länder der Welt tritt damit das Problem auf, daß Menschen nicht genug Ressourcen haben, um ausreichend Lebensmittel zu kaufen.<sup>9</sup> Folge der Politik des Aushungerns und Abschiebens ist, daß sich die Zahl der nach Dänemark eingereisten Flüchtlinge im vergangenen Jahr halbiert hat. Die sozial-liberale Regierung verantwortete einen Teil der geschilderten Verschärfungen in der Flüchtlingspolitik, und die SP hat sich davon bisher nicht distanziert. Aus diesem Grund hat Engelbreth Larsen von der SP als einer Partei der »Neuen Rechten« gesprochen (Engelbreth Larsen 2001, S. 9-13). Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie mit dem Versuch, bestimmte rassistische Motive für ihre eigene Politik zu instrumentalisieren, den bürgerlichen Parteien eine Hegemonie im Diskurs über diese Frage beschert hat. Allerdings verdunkelt die Zuschreibung der Partei als »Neue Rechte« den Zusammenhang eher, als daß sie ihn erhellt. Es ist wichtig, die Linie herauszuarbeiten, die zwischen den gar nicht »neuen«, sondern ganz traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen von »Nützlichkeit« und »Produktivität« zur Verschärfung der Politik gegen Flüchtlinge und Migranten führt. Nicht zufällig begegnete Staatsminister Nyrup Rasmussen den Flüchtlingen mit einer ähnlich schwarzen Rhetorik, mit der auch Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger konfrontiert wurden: »*Wir lassen Euch für lange Zeit nicht in Ruhe. Das wird euch schaden.*« (Engelbreth Larsen 2001, S. 184, meine Übersetzung.) Im Mittelpunkt des Diskurses in der SP über Flüchtlinge stand Ende der 1990er Jahre u. a. der Skandal, daß die Position der Einwanderer auf dem dänischen Arbeitsmarkt die im EU-Vergleich schlechteste ist. Dieser Sachverhalt, der in der traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungswelt vielleicht als Problem der »Ausgrenzung« und der »Ungerechtigkeit« hätte gefaßt werden können, wurde von Nyrup Rasmussen, ganz entsprechend der allgemeinen Tendenz sozialdemokratischer Politik, individualisiert: Der Staat habe die Aufgabe, die Einwanderer zu integrieren, aber diese Inte-

9 Vgl. die Erklärungen der Flüchtlingsorganisationen, die u. a. auf [www.modkraft.dk](http://www.modkraft.dk) dokumentiert werden.

grationsleistung sei zentral von der Bereitschaft des einzelnen abhängig. Die Verbindung zwischen diesen Vorstellungen und den Setzungen eines eher traditionell-normativen Rassismus ist zwar evident, dennoch handelt es sich um verschiedene Ausgangspunkte. Unter bestimmten arbeitsmarktpolitischen Voraussetzungen haben Sozialdemokraten durchaus auf Einwanderung bestimmter gesuchter Beschäftigtengruppen gesetzt, während die dänische Rechtsregierung derzeit bewußt in Kauf nimmt, daß auch gesuchte Fachkräfte das Land meiden.

Zwischen »Integrationspolitik« und »Ausgrenzungspolitik« besteht zwar ein systematischer Zusammenhang, allerdings hat die neue Rechtsregierung in Dänemark ihren Schwerpunkt eindeutig auf die Ausgrenzung gelegt. Gegenüber beiden Politikformen kann nur ein Bestehen auf Gleichberechtigung und Demokratisierung, auch im Interesse der vorgeblichen »Mehrheitsbevölkerung«, eine wirkliche Alternative sein.

### *The Great Moving Right Show*

Zum Eindruck der Konvergenz der großen Parteien trug auch bei, daß die einstmals ungetrübt neoliberale *Venstre* sich im dänischen Wahlkampf vom Herbst 2001 einen sozialen Anstrich gab. Sie trat für den Erhalt und Ausbau gewisser Sozialleistungen ein, die durch Einsparungen bei der Ausländerpolitik »erwirtschaftet« und mit einem Ausbau von Polizei und Armee verbunden werden sollten.<sup>10</sup> Der erste konservativ-liberale Haushalt vom Frühjahr 2002 nahm Einsparungen im Bereich der Ausländerpolitik vor, die laut Propaganda für die Erhöhung von Zuschüssen im Bereich der Kinderbetreuung, der Altenpflege und der Krankenhäuser verwendet wurden. Anlässlich der Haushaltsverhandlungen vom Oktober 2002 wurde der Deal wiederholt, als die Regierung besonders stolz darauf war, einen Pauschalbetrag für Kleinrentner sowie die Reduzierung der Steuern auf Alkohol durch ihre restriktive Ausländerpolitik »finanziert zu haben«.

Diese »Verbesserungen« für einen Teil der Bevölkerung haben bei näherem Hinsehen wenig Substanz: Bei den meisten neuen Leistungen handelt es sich um *einmalige* Pauschalen. Es ist erklärte Absicht der neuen Regierung, Zuwendungen immer wieder neu zur Disposition zu stellen und möglichst wenig Garantien abzugeben. Die Haushaltspolitik wird somit mehr und mehr zu einer öffentlich organisierten Verteilung von Geschenken an »besonders Bedürftige«. So wurde der Pauschalbetrag für Kleinrentner im Haushaltsansatz vom Oktober 2002 ausdrücklich mit einer individuellen (und von den Betroffenen nachzuweisenden) Bedürftigkeit begründet. Dieser Begründungszusammenhang legt eine Umkehrung des bisherigen Prinzips nahe: Soziale Rechte werden zurückgenommen und durch die Verteilung von Almosen ersetzt.<sup>11</sup>

Ein Teil des Sozialabbaus hat die neue Regierung seit Sommer 2002 auf die Kommunen abgewälzt, die nunmehr mit einem erheblich engeren Finanzrahmen umgehen müssen, während ihnen gleichzeitig die Zwangsbewirtschaftung angedroht wurde, falls sie es wagen sollten, gegen den Beschluß des allgemeinen »Steuerstopps« zu verstoßen. Während sich die Proteste gegen die Spar-

10 Begleitet wurde dies durch eine Wahlkampfshow nach US-Muster, die auf eine Personenentscheidung zwischen dem alten Premier Nyrup Rasmussen und seinem Kontrahenten Fogh Rasmussen abzielte. Eine der wenigen Lehren, die die Sozialdemokraten bisher aus der Wahlniederlage gezogen haben, war, daß es an professionellem Marketing à la *Venstre* gemangelt habe. Die Einstellung von 30 »Konsulenten« aus der Werbebranche soll diesen Mangel beheben.

11 Allerdings werden aus Almosen schnell Ansprüche, zumindest in der »moralischen Ökonomie« der Betroffenen. Der neue Rasmussen könnte sich deshalb schnell mit einem Problem konfrontiert sehen, das ein sozialdemokratischer Bürgermeister prägnant zusammengefaßt hat: »Wenn Du erst mal was in den Affenkäfig geschmissen hast, ist es sehr schwer, es wieder rauszuholen« (Jyllands-Posten, 6. 9. 2002, S. 2, meine Übersetzung).

politik der Regierung im Frühjahr 2002 noch auf Kopenhagen konzentrierten, mit einer Demonstration von 20 000 Menschen im März als Höhepunkt, sind seit September 2002 Streiks und Protestaktionen auf lokaler Ebene zu beobachten, die sich vor allem gegen Einschränkungen bei der Kinderbetreuung, Schließungen von Krankenhäusern sowie Verschlechterungen beim öffentlichen Transport richten. Die Zentralregierung hat es somit verstanden, die Sparpolitik und den Protest dagegen auf die häufig sozialdemokratisch regierten Kommunen und Ämter (Bezirke) abzuwälzen. Nur der Bruch mit den Kopenhagener Vorgaben könnte diese Verantwortlichkeit klarstellen – jedoch ziehen es die meisten Kommunen derzeit vor, in der Falle sitzen zu bleiben, die ihnen die Regierung aufgebaut hat.

Dennoch leidet das neue soziale Image von *Venstre* unter den Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst und den Sparmaßnahmen in fast allen Einzelhaushalten. Auf Dauer wird kaum jemand übersehen können, daß ihre Politik die Zunahme der sozialen Hierarchisierung fördert. In der Zwischenzeit versucht die »Dänische Volkspartei«, sich als »soziales Gewissen« der Rechtsregierung zu präsentieren. Den Verzicht auf einen Teil der Kürzungen im Sozialbereich und im Bildungssektor versuchte sie, als Ergebnis ihrer Interventionen zu verkaufen. Vor diesem Hintergrund rückt die Frage nach dem Verhältnis der politischen Rechten zur Gewerkschaftsbewegung in den Blickpunkt.

#### *Angriffe auf die Gewerkschaften – und ihr vorläufiges Scheitern*

Im Juni 2002 brachte die Rechtsregierung mit Hilfe der DFP und der Christlichen Volkspartei ein Gesetz über »Teilzeitbeschäftigung« durch das Parlament. In Dänemark wurden Lage und Dauer der Arbeitszeiten bis dahin von den Tarifparteien vereinbart. Das neue Gesetz brach mit dieser Tradition. Es wurde allgemein als Beginn einer Offensive gegen die gewerkschaftlichen Rechte wahrgenommen. Weitere antigewerkschaftliche Gesetze standen bereits auf der Tagesordnung – wie das Verbot der »Exklusivabsprachen« –, die gelben Gewerkschaften das Aushandeln von Sondertarifverträgen untersagen und, vor allem, die Einschränkung des Streikrechtes und der Blockade von bestreikten Betrieben.

Ein Jahr später, im Sommer 2003, muß die antigewerkschaftliche Politik der Rechtsregierung vorläufig als gescheitert betrachtet werden. Dies ist zunächst und vor allem den Protesten gegen das »Teilzeitgesetz« geschuldet. Bereits im Vorfeld der Verabschiedung dieses Gesetzes kam es zur Neugründung von gewerkschaftlichen Basisnetzwerken, die sich zur Hauptaufgabe machten, die antigewerkschaftliche Politik abzuwehren. Im März 2002 beteiligten sich auffällig viele Gewerkschafter an der Großdemonstration gegen die Regierung in Kopenhagen. Schließlich kam es anläßlich der Verabschiedung des »Teilzeitgesetzes« im Frühsommer 2002 zur größten Welle von »wilden« Streiks seit vielen Jahren, wobei etliche klassische Industriearbeitsplätze sowie der Kopenhagener Flughafen zu den Schwerpunkten zählten (Gruppe Arbeiterpolitik 2002, S. 31). Am Ende sprach sich sogar der Arbeitgeberverband gegen den Gesetzentwurf aus, da er den sozialen Konsens als bedroht ansah. Zwar konnte die Rechtsregierung das Teilzeitgesetz letztlich durchsetzen,



über die anderen, viel weiter gehenden Gesetzesvorhaben begannen angesichts der Proteste jedoch intensive Verhandlungen, die damit endeten, daß der Gesetzentwurf über das Verbot der »Exklusivab-sprachen« im Frühjahr 2003 vorläufig nicht weiter verfolgt, das Vorhaben der Einschränkung des Streikrechtes im Sommer sogar ganz zurückgezogen wurde.

Als eines der Hauptresultate der auf halbem Wege gescheiterten Regierungsoffensive kann deshalb die, leider zunächst nur recht kurzfristige Erneuerung der Gewerkschaftsopposition angesehen werden. Die aus den Kämpfen der 1970er Jahre entstandenen »Vertrauensleutetreffen«, die im Frühjahr 2002 in Silkeborg und im September in Aarhus stattfanden, erlebten einen seit vielen Jahren ungekannten Andrang und trafen auf ein hohes öffentliches Interesse. Besonders bemerkenswert war, daß die Neukonstitution dieser von den Gewerkschaftsführungen unabhängigen Instanz betrieblicher Aktivisten erstmals nicht auf den einheitlichen Widerstand des Gewerkschaftsapparates traf. Aus dem Verband der un- und ange-lernten Arbeiter (*Specialarbejderforbundet*, SiD) und sogar der traditionell eher rechtsorientierten Metallgewerkschaft kamen vielmehr zustimmende Erklärungen. Die neue Linie der alten Gewerkschaften schien sich auch darin zu zeigen, daß man sich an der Demonstration gegen die Regierung im März 2002 beteiligte, ohne eine Führungsrolle zu beanspruchen. Das Zugehen der offiziellen Gewerkschaften auf die Basisnetzwerke war nicht zuletzt eine Reaktion darauf, daß die Vermittlungsfunktion der dänischen Gewerkschaften bereits seit Jahren auch durch die massive Unzufriedenheit eines Teiles der Mitglieder in Frage gestellt wird. Seit dem Massenstreik in der Industrie von 1998 hat es keine Tarifrunde mehr gegeben, in der nicht ein relevanter Teil der Gewerkschaftsmitglieder mit den verhandelten Resultaten äußerst unzufrieden war, so daß sich der Unmut partiell, wie im Gesundheitswesen 1999, in illegalen Streiks entlud (vgl. Blomkvist 1998). Zuletzt konnte die zentrale Tarifrunde im öffentlichen Dienst Anfang Mai 2002 nur mit einer knappen Mehrheit für die Annahme des Verhandlungskompromisses beendet werden. Im August 2002 kam es dann auf der Grundlage einer Auseinandersetzung um »individuelle« Lohnbestandteile zu einem wochenlangen spektakulären Streik bei Danmarks Radio, der schließlich mit einem Kompromiß endete, der den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ein Mitspracherecht bei der Verteilung einräumt.<sup>12</sup>

Im Sommer 2003 haben sich nicht nur die Hoffnungen der Regierung auf eine nachhaltige Zurückdrängung der Gewerkschaften, sondern auch diejenigen in einen Aufschwung der nicht-institutionellen Arbeiterbewegung relativiert. Zwar ist der Rückzug der Regierung als Erfolg zu bewerten, die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaftsopposition hat zugleich jedoch wieder abgenommen. Dafür mögen mehrere Gründe ausschlaggebend sein: Neben dem (vorläufigen) Entfallen des Gegenstandes der Proteste kommt der krisenhafte Zustand der dänischen Ökonomie hinzu. Seit vielen Jahren sind die Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes erstmals wieder stark zurück gegangen und die Erwerbslosigkeit wächst. Daß die Massenentlassungen und Firmenschließungen vor allem Bereiche betreffen, in denen die Proteste gegen die Regierungspolitik am

12 Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen stand das Prinzip des Ny løn (»Neuer Lohn«), das wichtige Bestandteile des Lohnes zu einer Prämie macht, die die Vorgesetzten »in Absprache mit den Beschäftigten« verteilen können. Nachgewiesen ist, daß dieses Prinzip die Konkurrenz der Beschäftigten und die Ungleichheit der Löhne, besonders zwischen Männern und Frauen, verstärkt. Die offiziellen Gewerkschaften haben Ny løn weitgehend akzeptiert, während die oppositionellen Gewerkschaftsgruppen eine massive Kampagne dagegen geführt haben, ohne bisher erfolgreich zu sein.



stärksten waren, die Schlachtereien, der Flughafen sowie die kümmerlichen Rest der Schwerindustrie und der Werften, ist schon fast eine Tradition des Klassenkampfes à la Dänemark und trägt zusätzlich zur Demobilisierung bei.

Die Unterstützung der Basisnetzwerke durch die Gewerkschaften ist deshalb auch weder eindeutig noch dauerhaft gesichert. Die scheinbar außerhalb des Nexus des Kampfes gegen die Rechtsregierung bestehenden Arbeitskonflikte des Herbstes 2002 zeigten bereits die Begrenztheit der Zusammenarbeit zwischen offiziellen Gewerkschaften und Gewerkschaftsopposition: Massive Meinungsverschiedenheiten blieben bestehen, die Zusammenarbeit gegen die Rechtsregierung wurde auch auf Kosten der Zurückstellung derselben ermöglicht. Schon unmittelbar nach dem Ende der ersten Protestwelle gegen die neue Regierung begannen darüber hinaus Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Regierungsparteien und der DFP, deren Gegenstand vor allem die erwähnten »Exklusivabsprachen« waren. Die Gewerkschaften befürchteten, daß mit der Öffnung des EU-Arbeitsmarktes Anfang 2004 billige Arbeitskräfte die von ihnen ausgehandelten Tarife unterbieten. Die SP schlug deshalb vor, das System der »Exklusivabsprachen« beizubehalten und im Gegenzug für eine »Übergangsregelung« zu stimmen, die den osteuropäischen Arbeiter/innen den Zugang zu dänischen Sozialleistungen verwehrt. Dieser Vorschlag fand u. a. die Unterstützung der am meisten betroffenen Gewerkschaft SiD ([www.sid.dk](http://www.sid.dk), 29. 3. 2003).<sup>13</sup> Die Politik des »Kuhhandels« mit der DFP befestigt die Konstruktion und Einhegung eines »dänischen« Arbeitsmarktes und trägt damit zur Ethnisierung des Sozialen bei. Die Alternative einer solidarischen Lohnpolitik für alle in Dänemark lebenden Beschäftigten unabhängig von ihrer Herkunft hat sich bislang auch in relativ linken gewerkschaftlichen Fachverbänden nicht durchgesetzt. Davon profitiert im Moment vor allem die DFP. Sie kann ohne weiteres erklären, daß sie *für* den »closed shop« ist, wenn es darum geht, ausländische Arbeitskräfte aus den Betrieben heraus zu halten – und dagegen, wenn es darum geht, die Rechte der Gewerkschaften zu beschneiden: *»Unsere Unterstützung« sagte Pia Kjærsgaard »ist ausschließlich dazu da, die Arbeitnehmer zu schützen – und nicht ... die persönlichen und vereinsmäßigen Privilegien, mit denen aufgeräumt werden muss«* (Jyllands-Posten 23. 4. 2002, S. 4).

Die Verhandlungen mit der DFP werden innerhalb der Gewerkschaften durch eine Tendenz legitimiert, die für eine Distanzierung von sozialistischen Traditionsbeständen eintritt. Diese »unpolitische« Tendenz der Gewerkschaftspolitik wurde auf dem Kongreß des Dachverbandes (*Landsorganisation i Danmark*, LO) im Februar 2003 bestätigt. Mit der Aufkündigung der finanziellen und politischen Unterstützung für die SP, eine alte Forderung der Gewerkschaftslinken, wurde diese »unpolitische« Tendenz ironischerweise gestärkt. Der Vorstand der LO betonte, daß der Verband die Interessen der Lohnabhängigen »unabhängig von der Farbe der Regierung« vertreten wolle. Mit dem ebenfalls auf dem Kongreß beschlossenen neuen, an »individuellen Wahlmöglichkeiten« orientierten Programm der LO sei neben dem materiellen auch ein »ideologischer Bruch« mit der Sozialdemokratie verbunden (Dagbladet Arbejderens, 7. 1.

13 Eine Regel, die übrigens in der Bundesrepublik bereits beschlossen wurde.

2003) – was angesichts der oben geschilderten Tendenzen sozialdemokratischer Politik allerdings eine krasse Fehleinschätzung ist.

Insgesamt äußert sich die relative Desintegration der dänischen Gewerkschaften in widersprüchlicher Weise: Einerseits können die Däninnen und Dänen den Titel des »Europameisters im Streik« für sich reklamieren. Zwischen 1998 und 2002 gingen 462 Arbeitstage pro 1000 Beschäftigten verloren, Spanien hatte die zweitgrößte Streikbeteiligung mit 173 Arbeitstagen, selbst Italien und Frankreich wurden vorübergehend auf die Plätze verwiesen (Politiken, 30. 4. 2003). Andererseits verlieren die LO-Gewerkschaften seit Jahren Mitglieder, vor allem in der Gruppe der unter 30jährigen. In dieser Gemengelage zwischen »Entpolitisierung« und »Repolitisierung« schwanken die dänischen Gewerkschaften zwischen einer Rolle als »Verhandlungspartner« einer rechten Regierung und der Unterstützung von Protestbewegungen und politischen Streiks gegen dieselbe. Die Auseinandersetzung darum, welche der beiden Tendenzen sich innerhalb der Gewerkschaften durchsetzt, ist noch nicht entschieden. Die weitere Entwicklung der Basisnetzwerke wird hier eine wichtige Rolle spielen. Es ist zu hoffen, daß das Abebben der ersten Protestwelle gegen die Regierung nicht von Dauer sein wird.

#### *Rechte Hegemonie auf Dauer?*

Der unaufhaltsame Aufstieg der »Rechtspopulisten« scheint seit Anfang 2003 auch in Dänemark ins Stocken geraten zu sein. Die DFP verlor im Frühjahr erstmals seit langer Zeit deutlich an Zustimmung. Wie in Österreich, den Niederlanden oder auf lokaler bundesdeutscher Ebene in Hamburg hat die DFP von der Zusammenarbeit mit der Regierung nicht nur profitiert. Dabei hat die DFP ein ähnliches Problem wie die SP: Allein der Krieg, den diese Partei zusammen mit der neuen Regierung gegen Flüchtlinge führt, verbessert die soziale Situation ihres abhängig beschäftigten Klientels nicht – Resentiments machen eben nicht satt. Weil die Partei aber, im Gegensatz zu *Venstre*, schwerpunktmäßig um die Wähler/innen der alten Sozialdemokratie konkurriert, berührt sie die Zustimmung zu Kürzungen im Sozialbereich anders als die Regierungsparteien. Während die autoritäre Führung der Partei und der Personenkult um Pia Kjærsgaard dazu beigetragen haben, daß sich die DFP, kaum an der Macht, nicht sofort in konkurrierende Cliquen zerteilt hat, hat der Autoritarismus der Partei nichts an der schwankenden Position zu ändern vermocht, die sie zwischen Ansprüchen des Klientels und dem Wunsch ihrer Kader, an der Macht teilzuhaben, einnimmt. Mit den jüngsten Krisenzeichen in der dänischen Ökonomie verschärft sich dieses Problem: Von der erstmals seit etlichen Jahren wieder ansteigenden Erwerbslosigkeit sind zunächst vor allem an- und ungelernete Arbeiter betroffen, die zum bevorzugten Stimmenpotential der DFP gehören (www.sid.dk, 23. 4. 03). Die Unterstützung der Regierungsposition zum Irak-Krieg schließlich – Dänemark gehörte zu den schärfsten Befürwortern des Krieges, schickte einige Schiffe und Soldaten und beteiligt sich bis heute an der Besatzung – könnte erstmals auch der politischen Rechten insgesamt Zustimmung gekostet haben. Bemerkenswert ist, daß die Konjunkturen des Wachstums der politischen Rechten umgekehrt proportional zur Entwick-

lung der sozialen Bewegungen zu verlaufen scheinen: Auch Dänemark erlebte während der ersten Wochen des Krieges die weitaus größte Protestbewegung seit Jahren, mit mehr als 20 000 Demonstranten alleine in Kopenhagen. Allerdings fehlt derzeit noch eine politische Formation, die den verschiedenen Bewegungen gegen die Rechtsregierung seit Ende 2001 in zusammenhängender und kontinuierlicher Form Ausdruck verleihen könnte.

Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema »Rechtspopulismus« hat, zumindest in der Bundesrepublik, seit der Wahl-niederlage Haiders in Österreich und dem Auseinanderfallen der Liste Pim Fortyn in den Niederlanden deutlich abgenommen.

Grund zur Beunruhigung ist allerdings weiterhin vorhanden. Denn bestimmte zentrale Elemente wie die Orientierung an law and order, die ständigen Verschärfungen in der Flüchtlingspolitik und der »aktivierende« Sozialstaat sind von den etablierten Parteien nicht nur übernommen, sondern sogar geprägt worden, ehe die Haiders und Fortyns ihre spektakulären Wahlerfolge erzielten. Die sogenannten Rechtspopulisten dienten insofern eher als Katalysator denn als Auslöser autoritärer Politikformen, die sowohl von sozialdemokratischen als auch von bürgerlichen Regierungen überall in Westeuropa praktiziert werden. Die Gefahr, daß ein sozial-chauvinistisches Projekt, gerade auf Grundlage der Ähnlichkeit mit der Politik der »Neuen Mitte«, großen Einfluß auf die Entwicklung der dänischen (und europäischen) Gesellschaften behält, liegt auf der Hand.

Allerdings muß gleichzeitig betont werden, daß es sich »nur« um ein Projekt und »nur« um eine Gefahr handelt. Zu erinnern ist hier u. a. daran, und damit schließe ich an die Diskussion aus *Marxism Today* an, die ich eingangs zitiert habe, daß es auch der Thatcher-Regierung keineswegs gelungen ist, ihr Programm bruchlos umzusetzen. Was wir heute in verschiedenen europäischen Ländern erleben, ist bereits der Versuch, auf die Massenproteste der späten 1990er Jahre und die beginnende Rezession im Rahmen einer neuen politischen Formierung zu reagieren. Die Verbindung der humanistischen und antirassistischen Positionen, die sich im Widerstand gegen diese Formierung geltend machen, mit den sozialen Konflikten ist eine große Chance für die politische und gewerkschaftliche Linke. Die Hegemonie der Rechten ist und bleibt brüchig, tun wir etwas dafür, daß sie bricht.

#### Literatur

- Angenendt, Steffen: Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich, in: Internationale Politik Nr. 4, Bielefeld, April 2003 (online-Ausgabe: [www.dgap.org](http://www.dgap.org)).
- Birke, Peter: Streiks in Norwegen brechen mit Bündnis für Arbeit, in: analyse und kritik, Hamburg, 9/2000, S.16 f.
- Ders.: Nationale Wohlfahrt. Die Neue Rechte regiert in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, 3/2002.
- Blomkvist, Kalle: (Fast) ein Generalstreik in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, 5/1998, S. 12 f.
- Ders.: Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, 8/1999, S. 8 f. und 9/1999, S. 10 f.
- Callesen, Gerd: Ikke megen forbindelse mellem Socialdemokratiet og arbejderklassen, in: Solidaritet, Kopenhagen, Nr. 5/2002) (Nicht viele Verbindungen zwischen der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse).
- Dalgaard, Niels: Ved demokratiets grænse. Demokratisering af arbejdslivet i Danmark 1919-1994, Kopenhagen 1995 (An der Grenze der Demokratie. Die Demokratisierung des Arbeitslebens in Dänemark).
- Engelbreth Larsen, Rune: Det nye højre i Danmark, Kopenhagen 2001 (Die neue Rechte in Dänemark).

- Esping-Andersen, Gøsta: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, London 1989.
- Finnemann, Niels Ole: *I Broderskabets Aand. Den socialdemokratiske arbejderbevægelsens idéhistorie 1971-1977*, Kopenhagen 1985 (Im Geiste der Brüderlichkeit. Die Ideengeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung).
- Frenzel, Martin: *Neue Wege der Sozialdemokratie. Dänemark und Deutschland im Vergleich (1982-2002)*, Wiesbaden 2002.
- Gruppe Arbeiterpolitik: *Wilde Streiks und unbezahlte Rechnungen. Die dänische Arbeiterbewegung befindet sich in einer widersprüchlichen Situation*, Hamburg, Nr. 2, 2002, S. 31 f.
- Gruppe Blauer Montag: *Revolution der Kleinbürger. New Labour, Rechtspopulismus und die Suche nach Hegemonie*, in: *analyse und kritik* Nr. 465, Hamburg 2002 (1), S. 22-23.
- Gruppe Blauer Montag: *Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und aktivierender Sozialstaat. Die neuen Hierarchien des Arbeitsmarktes*, in: *Das Argument*, Berlin, 248/2002 (2), S. 709-724.
- Hall, Stuart; Jacques, Martin: *The Politics of Thatcherism*, London 1983.
- Hirsch, Joachim, *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin 1998.
- Karpantschof, René: *Er Dansk Folkeparti racistisk?*, in: [www.modkraft.dk/magasiner](http://www.modkraft.dk/magasiner), 6. 9. 2002 (Ist die dänische Volkspartei rassistisch?).
- Kolstrup, Søren: *Velfærdsstatens og socialdemokratiets markedstilpasning*, in: *Arbejderhistorie*, Kopenhagen, Nr. 2/2002, S. 2-30 (Die Anpassung des Wohlfahrtsstaates und der Sozialdemokratie an die Marktbedingungen).
- Müller, Cathren: *Neoliberalismus als Selbstführung. Anmerkungen zu den »Governmentality Studies«*, in: *Das Argument*, Berlin, 249/2003, S. 98-107.
- Zeitungsberichte und Informationen im Internet
- Dagbladet Arbejderen, onlineudgave, Kopenhagen, 7. 1. 2003, *LO omstiller sig til nye tider (Die LO stellt sich auf neue Zeiten ein)*.
- Jyllands-Posten, Kopenhagen, 24. 3. 2002, S. 4, *Strategi: Arbejdsmandens nye makker (Strategie: Die neuen Freunde der Arbeiter)*.
- Diess., 6. 9. 2002, S. 2, *Strejke hos pædagoger fortsætter (Der Streik der Pädagogen geht weiter)*.
- Politikens netavis, Kopenhagen, 30. 4. 2003, *Danskerne europamestre i strejke (Dänen (sind) Europameister im Streik)*.
- [www.sid.dk](http://www.sid.dk), Kopenhagen, 23. 4. 2003, *Krisen kradser på flere fronter, (Die Krise kündigt sich an mehreren Fronten an)*.
- Diess., 29. 4. 2003, *Ekklusivaftaler reddet indtil videre (Exklusivabspachen bis auf Weiteres gerettet)*.
- [www.sid.dk](http://www.sid.dk) ist die Homepage des »Specialarbejderforbund«, der Gewerkschaft der an- und ungelerten Arbeiter/innen. Die Seite enthält eine ausgezeichnete Berichterstattung über Auseinandersetzungen in Betrieb und Gewerkschaft.
- [www.modkraft.dk](http://www.modkraft.dk) informiert über aktuelle Ereignisse und theoretische Debatten in der dänischen und internationalen Linken.

FRIGGA HAUG

## Gender – Karriere eines Begriffs und was dahinter steckt

Im Folgenden soll eine historisch-kritische Darstellung das Denken von Frauenunterdrückung und, wo möglich, die entsprechenden Politiken und Praxen skizzieren und damit einen Rahmen für die Tagung setzen. Das wird, je nach Alter, Erinnerung für die einen, bloß vergangene »Geschichte« für die anderen. Geschichte für die Gegenwart zu nutzen braucht eine eigene Anstrengung. Sie muss, um lebendige Kraft zu sein, mit aktueller Gegenwart verknüpft werden. Ich beginne, historisch für die Fragen von Frauenunterdrückung spät, mit der Französischen Revolution und ende mit dem Hartzmodell. Da der Bogen recht weit gespannt wird, werden die einzelnen Etappen nur sehr knapp vorgeführt.

### *Olympe de Gouges*

In der »Zweiten Frauenbewegung« wurde außerordentlich intensiv nach den Spuren der in männlicher Geschichtsschreibung »vergessenen« Frauen geforscht – wurden historisch frühe Zeugnisse über das Wirken von Frauen ausgegraben. Gemessen an dem schon vorhandenen Wissen setze ich mit der Französischen Revolution hier relativ spät ein. Olympe de Gouges, die für die Rechte der Frauen stritt und auf dem Schafott starb, hinterließ ganz erstaunliche, bis heute bedenkenswerte Vorstellungen, die Frauenunterdrückung mit den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen zusammenbringen und sie politisch artikulieren. Zudem sind ihre Schriften (1791/1799) frech und lustvoll zu lesen. Für sie sind öffentliches Elend und Korruption der Regierungen ein Produkt der Nichteinbeziehung der Frauen. Auch das Schicksal der Revolution denkt sie abhängig von Frauen. Das weibliche Geschlecht »fühlt, dass sein Prestige nicht nur Gewalt über die Schwächen der Männer hat, deren Wünsche bald durch Verachtung ersetzt werden ... Eine Revolution bereitet sich vor, die den Geist und die Seele des einen und des anderen Geschlechts anhebt, und alle beide werden in Zukunft am Gemeinwohl mitwirken.« (de Gouges, 35) Ohne Gleichheit der Geschlechter wird die Revolution zur Farce. Die Durchsetzung von Herrschaft und Unterdrückung geschieht nach de Gouges durch das Recht. Das Recht als Mittel von Männerherrschaft wird so zugleich Mittel der Befreiung beider Geschlechter. Die widernatürliche Herrschaft der Männer über die Frauen komme aus psychologischen Quellen: männlicher Herrschaft, Unwissenheit und Dummheit. Der Mann »extravagant, blind, von den Wissenschaften aufgeblasen und degeneriert, will er in diesem Jahrhundert der Aufklärung und Scharfsichtigkeit, doch in kras-

Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. em. Dr., Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«, Redakteurin des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« sowie des »Forum Kritische Psychologie«; Forschungsschwerpunkte: Frauensozialisation und -politik, Arbeit. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Gleicher als Andere. Laudatio für Christoph Spehr, H. 125 (März 2001).

sester Unwissenheit, despotisch über ein Geschlecht befehlen, das alle intellektuellen Fähigkeiten besitzt« (de Gouges, 35). Die Folge sei, dass Frauen wie Sklaven gehalten werden und sie daher als Sklaven über Männer zu herrschen beginnen. Diese doppelte Verkehrung kennzeichnet de Gouges als Inbegriff der allgemeinen Korruption, des Verfalls, der Zerrüttung. Aus der Position der Rechtlosigkeit entwickelte das weibliche Geschlecht sich nicht menschlich, sondern setzte hinterlistige Formen von Herrschaft durch. Seine Bildung wurde vernachlässigt. So wurden Frauen mehr schädlich als gut, ihre Politik heimlich, ihr Mittel die Einsetzung von Charme zur korrupten Macht über Männer, ihre Waffe das Gift. Entsprechend verfolgt de Gouges keinen Opferdiskurs; sie denkt früh das Ineinander von Herrschaft und Unterdrückung bei Annahme einer grundsätzlichen Gleichheit der Geschlechter in Bezug auf Intelligenz, Fähigkeiten, Menschsein. (Frauen seien lediglich schöner und mutiger, da sie die Mutterschaft durchlebten). Sie ist der Auffassung, dass die gesamte Politik bis zur Revolution in Abhängigkeit von Frauen betrieben wurde, es sich de facto um Frauenherrschaft im Kabinett, in der Botschaft, in der Heeresführung, in den Ministerien, in der Präsidentschaft, bei den Bischöfen und Kardinälen handelte. »Ja alles, was die Dummheit der Männer ausmacht, ob im säkularen oder im religiösen Bereich, alles war der Habgier und der Ambition des weiblichen Geschlechts unterworfen, ein Geschlecht, das früher verachtenswert war, doch geehrt wurde, und das seit der Revolution ehrenwert ist, doch verachtet wird.« (de Gouges, 41)

In gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen zwischen den Geschlechtern große Ungleichheit besteht, bilden sich irrationale Herrschaft und eine Macht der Unterdrückten heraus. »Die Frau als Sklavin befiehlt dem Herrn.«<sup>1</sup> Wichtig also wird es, die Macht der Subalternität in die Forschung über Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnisse einzubeziehen. Und politisch wird es notwendig, die Frauen aus der Geheimpolitik in öffentliche Politik zu holen und sie bei der Entscheidung über die Verwendung der Staatsausgaben zu beteiligen. Auch das gilt bis heute.

Zur Schärfung eines Begriffs von Frauenunterdrückung gewinnt man aus de Gouges: Es ist heuristisch fruchtbar, von der Gleichheit der Geschlechter auszugehen; Verhältnisse der Ungleichheit führen zu Unmenschlichkeit und Zerrüttung von Gesellschaft; es ist wichtig, die Akteure in den Unterdrückungsverhältnissen in ihren jeweiligen Macht- und Unterwerfungsstrukturen und deren Folgen (Sklavenmoral) zu denken. Das Recht als Form, in der sich herrschende Verhältnisse reproduzieren, ist in das Dispositiv der Unterdrückungsverhältnisse einzuzeichnen. Zentrale Dimension von Herrschaft wird die Zuweisung des Reproduktionsproblems der Gattung als Privatsache an Frauen anstelle einer gesellschaftlichen Lösung.

### *Engels*

Über die Auffassungen der Klassiker des Marxismus zur Frauenunterdrückung und -befreiung herrscht eine allgemeine Ahnung, die sich als Irrtum erweist, liest man die Texte selbst. Dort stehen ganz ungewöhnliche Aussagen, die überraschend mit den Vorstellungen der Zweiten Frauenbewegung zusammenzubringen sind.

1 Dieser Faden wird von Friedrich Nietzsche aufgenommen: »Der Sklavenaufstand der Frauen wird uns eine Menge Nerven kosten.«



Ich erinnere zunächst an Friedrich Engels, der für die Fragen von Frauenunterdrückung und Produktionsweise, um die es uns bis heute geht, erheblich Weichen gestellt hat, theoretisch wie praktisch. Auch er ist mit Vergnügen zu lesen, weil er ziemlich abenteuerliche kräftige Worte für diesen Zusammenhang gefunden hat. In seinem Buch zum *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* liest man: »Der erste Klassegegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche. Die Einzelehe war ein großer geschichtlicher Fortschritt, aber zugleich eröffnet sie neben der Sklaverei und dem Privatreichum jene bis heute dauernde Epoche, in der jeder Fortschritt zugleich ein relativer Rückschritt ... Sie ist die Zellenform der zivilisierten Gesellschaft, an der wir schon die Natur der in dieser sich voll entfaltenden Gegensätze und Widersprüche studieren können.« (MEW, 21, 68) Und im gleichen Kontext taucht die Formulierung auf, die in ihrer paternalistischen Frauenfreundlichkeit ebenso fast vergnüglich zu lesen ist: »Der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau ... ist allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs.« (MEW, 21, 61.)

Engels verbindet mithin Männerherrschaft über Frauen mit einer bestimmten Form, in der die Geschlechter als natürlich verschiedene historisch zusammentreffen, der Einzelehe, in der die Reproduktion der Gattung geregelt ist. Der Herrschaftszusammenhang ist zugleich staatlich-gesellschaftlich gestützt (Zellenform der zivilisierten Gesellschaft) und gewährt zumindest den Herrschenden sexuelle Lust. Das weibliche Geschlecht ist darin zugleich erniedrigt zum Werkzeug und zurückgedrängt ins Haus. Zwischen Männern und Frauen herrscht ein »Antagonismus«, ein feindlicher Gegensatz, in der jeweils der eine gewinnt, was der andere verliert, wie in einem Nullsummenspiel. Zugleich erscheint dieser Herrschaftszusammenhang als »Fortschritt« gegenüber den unregulierten Zeiten davor, in der das Zusammentreffen der Geschlechter, die »Kinderzeugung«, mehr noch auf Kosten der Frauen geschah.<sup>2</sup>

### *Sozialistische Tradition*

In der Arbeiterbewegung ebenso wie in den staatssozialistischen Ländern orientierte sich das Frauenbefreiungsprojekt weniger auf die Sprengung der »Einzelehe«.<sup>3</sup> Vielmehr wurde Frauenunterdrückung am Ausschluss insbesondere aus dem Erwerbsarbeitsleben festgemacht und die Befreiungshebel entsprechend angesetzt. Männerherrschaft über Frauen, die »weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts« sollte aufgehoben werden durch weibliche Teilhabe an der außerhäuslichen Erwerbsarbeit, Vergesellschaftung von Kindererziehung und tendenzielle Abschaffung der Hausarbeit (auch dies ist im übrigen schon bei Engels gedacht). Das wurde bis in die heutige Zeit fortgesetzt, dabei insbesondere in sozialdemokratischem Kontext ermäßigt zur »Vereinbarkeit von Beruf und Familie«.

2 Engels denkt im übrigen, dass die Frauen auch moralische Probleme mit der Vielweiberei und dem, wie er es nennt, »zügellosen« Geschlechtsverkehr hatten.

3 Obwohl dies in den Anfängen der Sowjetrepublik etwa durch Alexandra Kollontai thematisiert wurde. Ihr war es vordringlich, dass die neue Frau aus dem »Liebesgefängnis« herauskam, um »frei zu sein wie der Wind und einsam wie das Steppengras« (1920/1978).

### *Erste Bilanz*

Was brachten mehr als 100 Jahre Politik in der Frauenbefreiung? Durchaus Erfolge, was den Grad an weiblicher Erwerbsarbeit angeht. Diese sinkt in den westlich industrialisierten Ländern jedoch heute ständig, bzw. die Frauenarbeitslosigkeit steigt unverhältnismäßig, während in den »Dritten Welten« eine überproportionale Einbeziehung weiblicher junger Arbeitskraft in extrem ausbeuterische Erwerbsverhältnisse zu verzeichnen ist.<sup>4</sup> Zugleich bleiben die einflussreichen, die qualifizierten, die Positionen mit Entscheidungsbefugnissen relativ stabil in Männerhand, bleiben Frauen weitgehend ausgeschlossen von gesellschaftlicher Macht.<sup>5</sup> Trotz zunehmender Sichtbarkeit von Frauen in der Öffentlichkeit bleiben Staat, Wirtschaft, Wissenschaft weitgehend unangefochten männlich.<sup>6</sup>

4 Ein Prozess, der auch Feminisierung der Arbeit genannt wird.

5 In Deutschland z. B. ist weibliche Teilhabe an Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik trotz Quotenpolitik kaum über die magische 10-Prozent-Marke hinausgekommen.

6 Wie das Bild der »europäischen Familie« der 40 Staats- und Regierungschefs unter dem Schutz der Madonna mit Kind verdeutlicht – siehe Titelfoto des »Argument«, 247/2002.

7 Z. B. an der erfolgreichen Serie Allie McBeal.

In den ehemals sozialistischen Ländern wurden zwar Schritte in Richtung Vergesellschaftung der Kindererziehung getan – Kinderkrippen- und Kindergartenplätze, Ganztagschulen, Subventionierung von Kleidung und Wohnen –, die nur sehr zaghaft und halbherzig in den westlichen Ländern zum Tragen kamen. Aber die sozialistischen Länder haben aufgegeben und die westlichen stehen vor der Zerreißprobe: neben dem allgemeinen Sozialabbau zumindest einigen Frauen Chancen zu eröffnen, auch in die Liga der Gewinnerinnen aufzusteigen, so sie nur »frei« genug sind, also keine Kinder haben. Diese Entwicklungen kann man auch an den Bildern, die das Fernsehen propagiert, studieren;<sup>7</sup> die Masse vollzieht diesen Aufstieg lediglich semantisch, als »Selbstunternehmerinnen« und »Ich-AGs« – darauf werde ich im Folgenden zurückkommen.

Zögerlich, mit einigen Gesetzen und wenig Wirkung wird auch der von Engels genannte Herrschaftsraum Einzelehe mit der Ehefrau als »Werkzeug sexueller Lust« beschritten – Gewalt in der Ehe, sexueller Missbrauch, sexuelle Belästigung (dies vor allem am Arbeitsplatz) sind Reformprojekte der 1990er Jahre.

Und natürlich dient die »Befreiung der Frauen« als Legitimation für Übergriffe in andere Länder, wie am Beispiel Afghanistan exemplarisch deutlich wurde, einer Befreiung, für die sich nach dem Krieg übrigens niemand mehr interessierte. So der Stand der Dinge in Bewegung.

### *Die Begriffe in der Frauenbewegung*

Selbst wenn man von der Frauenbewegung der 1970er und 80er Jahre kaum etwas weiß, so doch so viel, dass sie in Sachen Frauenunterdrückung und -befreiung andere Auffassungen als die Arbeiterbewegung hatte. Tatsächlich schloss sie aber an zwei Seiten der Engels'schen Argumentation an, wenn auch bald gespalten in zwei Richtungen. Während die einen in Verstärkung der Arbeiterbewegungspolitik für die »Befreiung aus dem Haus« für das »Recht auf Arbeit« (gemeint war Erwerbsarbeit), für Gleichstellung und zugleich gegen Kapitalismus stritten (und solcherart eine allgemeine Befreiung der Menschen, in die eben auch Frauen eingeschlossen sein sollten, anzielten), nahmen die anderen den Faden bei der sexuellen Unterdrückung auf und kämpften gegen Männergewalt. Beide Richtungen aber lehnten sich auf gegen ein Patriarchat, dessen Herrschaftsmacht so wirksam war wie ihre Reproduktionsweise weitgehend im Dunkeln blieb.

Also wie kommt es eigentlich, dass Männer über Frauen verfügen? Die Begriffe, mit denen Männerherrschaft über Frauen eingreifend verstanden werden sollte, waren Ungleichheit, ein fast paradoxer Begriff, der zwar erlaubte, auf Gleichstellungspolitik zu orientieren, jedoch das im Wort anklingende Ziel der Gleichheit der Geschlechter gar nicht vorsah. Der Begriff *Unterdrückung* wiederum denkt Frauen als Opfer und versucht mit essenzialistischen Annahmen über das Wesen der Frau einen öffentlichen Raum für Frauen zu erringen. Dieser sucht ihre Einschreibung in Geschichte, Literatur und Wissenschaften darzustellen und entziffert diese als Werke von Männern über Männer. Der von Engels gebrauchte Begriff der *Unterwerfung* schließlich lässt die Akteure die Kämpfe auf beiden Seiten sichtbar werden. Allerdings bleibt auch dieser Begriff, der den beiden vorherigen entschieden vorzuziehen ist, in einer Art von Geschichtslosigkeit gefangen, die ihn für weiteres Begreifen, für Forschung und Politik unbrauchbar macht. Er erlaubt es nämlich kaum, die Taten der Unterworfenen als Teilhabe sowohl an ihrer eigenen Unterwerfung als auch an der folgenden Geschichte zu untersuchen.

### *Gegenwart*

In einer historischen Lage, in der durch die Krise, die seit dem Ende des Fordismus selber nicht enden will, die Frauenerwerbsarbeit wieder zurückgedrängt, der Sozialabbau begonnen, das Wirtschaftswachstum gesichert wurde durch Export auch von Arbeit in »Niedriglohnländer«, verlor die Frauenbewegung in den 1980er Jahren an Energie. Die Unruhe aus den nicht »westlich-weißen« Frauenzusammenhängen führte zunächst dazu, die im Begriff *Ungleichheit*, aber auch *Frauenunterdrückung* oder *-unterwerfung* unterstellte gleiche Betroffenheit von Frauen zu verwerfen zugunsten des Begriffes der *Differenz*. Es wurde herausgestellt, dass Frauen untereinander verschiedener sind als Männer und Frauen der gleichen Klasse. So führte die kolossale Erweiterung des Erfahrungsraumes durch Einbeziehung von »schwarzen Frauen« – ein Begriff, der militant für alle Nichtweißen in diesem Kontext aufkam – nicht zu einem besseren Begreifen von Frauenunterwerfung. Im Gegenteil wurde solches Verlangen als verspätete Suche nach einer universalen Theorie verworfen. An die Stelle der oben diskutierten, unzureichenden, aber doch immerhin gegen Herrschaft opponierenden Begriffe trat das neutrale Wort *Geschlecht – gender* – seine Karriere an. Es erlaubt eine Ahnung, dass der natürliche »Trennungszusammenhang« der Geschlechter ein wesentliches Forschungsfeld ist, und es legt nahe, über beide Geschlechter (nicht bloß über unterworfenen Frauen) in diesem Kontext nachzudenken. So konnten die Nachteile der gebräuchlichen politischen Begriffsbildung überwunden werden durch Preisgabe des Befreiungsprojekts. Oder anders: Befreiung wurde gewissermaßen verlagert: auf der einen Seite in das Projekt, Geschlecht selbst »abzuschaffen«, wenn es denn am Grunde von Herrschaft liegt (Butler u. a.) und auf der anderen Seite in die als »gendermainstreaming« entwickelte Politik. Mittels dieser sollen Frauen von Anfang an und überall gleich berücksichtigt werden, im Guten wie im Bösen, oben wie unten, ihnen soll – wie Ingrid Kurz-Scherf dies ausdrückt – ebenfalls ein Platz erster Klasse auf der untergehenden Titanic erstritten

8 Man wird kaum Zustimmung – z. B. in einem Supermarkt – finden, wenn man behauptet, dass es das weibliche Geschlecht ebenso wenig wie das männliche gäbe oder dass der Unterschied unerheblich sei.

9 Das gilt für den Durchschnitt und macht sich praktisch insbesondere in den »alten Bundesländern« geltend. Da in den »neuen Bundesländern« die Löhne noch insgesamt niedriger sind, scheint diese Ungleichbehandlung die zwischen den Geschlechtern eher auszugleichen. (Vgl. Christina Klenner, 2002)

10 Wie meine Untersuchung über die Zukunftserwartungen der Schuljugend 2002 belegt: In 8 Schulen in 15 Klassen schrieben Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren einen Aufsatz zum Thema: Ein Tag in meinem Leben in 20 Jahren, in dem insbesondere Gymnasiastinnen aus der ehemaligen DDR Hoffnung aufs Hausfrauendasein äußerten (vgl. Das Argument 247, H. 4).

11 Durch die Einführung des großen I in der Verwaltungs-, in der juristischen, in der gewöhnlichen Sprache.

12 Dies ist z. B. in der ArbeiterInnenbewegung oder bei ProfessorInnen auf den ersten Blick offensichtlich.

werden. Während die erste Position theoretisch gewiss wichtig und heuristisch fruchtbar, politisch jedoch gegen den alltäglichen Augenschein kaum Überzeugungskraft in der Menge des Frauenvolks gewinnen kann,<sup>8</sup> hat die andere jede Kritik am Kapitalismus als notwendig zu überwindendes Herrschaftsverhältnis abgestreift.

Nehmen wir die Herausforderungen aus den verschiedenen Positionen auf und suchen einen tragfähigen Begriff, der Herrschaft und Befreiung zwischen den Geschlechtern im gesellschaftlichen Zusammenhang erarbeiten lässt.

Das Merkwürdige an der Herrschaft über Frauen ist, dass sie zugleich allgegenwärtig scheint, dann wieder nirgends wirklich greifbar, gewissermaßen atmosphärisch wird wie Luft zum Atmen. Sobald man sie in einem bestimmten Kontext festhält und durch politische Maßnahmen aus dem Wege räumt, etwa im Verbot ungleichen Lohns für gleiche Arbeit, lässt sich beobachten, dass »Lohngleichheit« überhaupt nicht zu gleichen Löhnen führt. Überall erzielen Frauen durch Erwerbsarbeit weiterhin weniger Einkommen als Männer, in Deutschland sind dies etwa 30% weniger.<sup>9</sup> Oder in der Bildung: Schafft man die Separierung der schulischen Erziehung in Mädchen- und Jungenklassen als Frauendiskriminierung ab, stellt sich heraus, dass Koedukation gerade für die naturwissenschaftlichen Fächer äußerst problematisch ist und Mädchen erst recht benachteiligt. Wird das Gesetz über die Abhängigkeit der Erwerbstätigkeit von der Einwilligung des Ehemanns abgeschafft, verlagert sich offenbar die Wahl des Hausfrauenberufs ins Innere eigenen Wünschens.<sup>10</sup> Setzt man durch, dass Männerherrschaft, soweit sie sich in der Alltagssprache symbolisch festmacht, dadurch zurückgedrängt wird, dass Frauen immer genannt werden,<sup>11</sup> stellt sich über kurz oder lang heraus, dass gerade solche »political correctness« die tatsächliche Abwesenheit von Frauen in den entsprechenden Feldern verstellt<sup>12</sup>.

Kurz: Herrschaft um die Geschlechterfrage scheint ein vagierendes Phänomen zu sein, weder mechanisch festzumachen, noch durch korrigierende Maßnahmen auf eine Weise veränderbar, dass nicht Rückschläge im gleichen Bereich oder anderswo das Getane wieder zu-nichte machen. Wir haben es mithin mit einem Herrschaftszusammenhang zu tun, in den beide Geschlechter verstrickt sind, der sich immer wieder hartnäckig reproduziert. Entsprechend ist zum Begreifen und Erforschen des Zusammenhangs ein Begriff notwendig, der der Beweglichkeit und Dialektik seines Gegenstandes Rechnung trägt. Hierfür schlage ich den Begriff Geschlechterverhältnisse analog zu dem der Produktionsverhältnisse vor.

### *Zum Begriff Geschlechterverhältnisse*

Mit diesem Begriff soll die Einspannung der Geschlechter in die gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse kritisch untersuchbar sein. Im Begriff ist zunächst gleichzeitig vorausgesetzt, was selbst in gewisser Weise Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse ist: die Existenz von Geschlechtern. Auf der Grundlage einer Komplementarität bei der Fortpflanzung, mithin auf zunächst natürlicher Basis wird im historischen Prozess sozial überformt, auch, was als natürlich zu gelten hat. Auf diese Weise treten die Geschlechter als Ungleiche aus dem Gesellschaftsprozess, wird ihre Nicht-Gleichheit zur Grundlage weiterer

Überformungen und werden Geschlechterverhältnisse fundamentale Regelungsverhältnisse in allen Gesellschaftsformationen. Sie durchqueren bzw. sind wiederum zentral für Fragen von Arbeitsteilung, Herrschaft, Ausbeutung, Ideologie, Politik, Recht, Religion, Moral, Sexualität, Körper und Sinne, Sprache, Kultur – d. h. es kann kein Bereich sinnvoll untersucht werden, ohne die Weise, wie Geschlechterverhältnisse formen und geformt werden, mit zu erforschen. Davon abzusehen gelingt nur, wenn man zugleich – wie dies in der bürgerlichen Wissenschaftstradition üblich ist –, davon ausgeht, dass es nur ein, das männliche Geschlecht gibt und alle Verhältnisse also als männliche abzubilden sind. Freilich wird es schwierig, die Analyse auf bloß Zwischenmenschliches zu vermeiden wegen der Phänomenologie der Männer und Frauen, die in Gesellschaft in einem bestimmten Verhältnis, einer Beziehung zueinander auftreten. Diese Konstellation ist jedoch ein Effekt von Geschlechterverhältnissen, d. h., sie muss als Folge, nicht als Ursache analysiert werden.

Es gilt also, Begriffe so zu bilden, dass sie zum einen der Beweglichkeit und Veränderbarkeit des von ihnen Ergriffenen Rechnung tragen und zum anderen sich selbst mit zur Diskussion stellen. Unter *Geschlechterverhältnissen* sollen – wie im Begriff Produktionsverhältnisse – (viele) Praxisverhältnisse der Geschlechter fassbar werden; zugleich soll sowohl die Formierung der Akteure als auch die Reproduktion des gesellschaftlichen Ganzen auf dieser Grundlage der Erkenntnis zugänglich gemacht werden. *Geschlechterverhältnisse* implizieren damit kein festes Verhältnis und keine natürlichen festen Akteure.

### *Die Forschungsfrage*

Die Analyse der Einspannung der Geschlechter in die Gesellschaftsreproduktion ist die Weiterentwicklung der alten Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat. Beide Herrschaftsverhältnisse werden in Wechselverhältnissen gedacht. Daher ist zu erforschen, wie die Akteure in ihrer Beziehung zueinander und bei der Aneignung von Gesellschaftlichkeit ihre gesellschaftlichen Verhältnisse herstellen, wie sie die vorgefundenen Bedingungen modifizieren, einverständlich und widerständig gestalten und sich selbst dabei formen.

Für diese Arbeit machen wir noch einmal einen Schritt zurück: Bei Marx und Engels finden sich eine Reihe vorbereitender Überlegungen zum Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und gesamtgesellschaftlicher Reproduktion. Dies vor allem in der Bestimmung, dass menschliche Reproduktion auf doppelte Weise geschieht: als Produktion sowohl von Menschen als auch von Lebensmitteln. « Die Produktion des Lebens, sowohl des eignen in der Arbeit wie des fremden in der Zeugung, erscheint nun schon sogleich als ein doppeltes Verhältnis – einerseits als natürliches, andererseits als gesellschaftliches Verhältnis –, gesellschaftlich in dem Sinne, als hierunter das Zusammenwirken mehrerer Individuen ... verstanden wird. Hieraus geht hervor, daß eine bestimmte Produktionsweise oder industrielle Stufe stets mit einer bestimmten Weise des Zusammenwirkens oder gesellschaftlichen Stufe vereinigt ist, ... also die ›Geschichte der Menschheit‹ stets im Zusammenhange mit der Geschichte der

Industrie und des Austausches studiert und bearbeitet werden muß.« (MEW, 3, 29 f.)

Es geht also darum, die unterschiedlichen Produktionsweisen in der Geschichte immer auch als Geschlechterverhältnisse zu untersuchen, um die Frage also, wie die Produktion des Lebens im Gesamt der Produktionsverhältnisse geregelt wird und in welchem Verhältnis sie zur Produktion der Lebensmittel steht. Das schließt die Etablierung der Geschlechter selbst, die jeweiligen Konstruktionen von Weiblichkeit und Männlichkeit ebenso ein, wie Fragen von Arbeitsteilung und eben von Herrschaft – darin die ideologischen Legitimationen, Politik um Sexualität und die Entwicklung der Produktivkräfte.

#### *Antonio Gramsci*

Wichtige Überlegungen für den Versuch, Geschlechterverhältnisse und Produktionsweise zusammenzudenken, finden wir bei Antonio Gramsci. In seinem Text zu *Amerikanismus und Fordismus* (Gramsci, Heft 4, §52) macht Gramsci die Anpassung der Arbeiter und Arbeitshaltungen an die Produktionserfordernisse zum Thema. Ausgangspunkt ist, dass es sich nicht bewährt hatte, mit militärischem Drill Disziplin und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das »militärische ›Vorbild‹ war zu einem verhängnisvollen Vorurteil geworden, die Arbeitshere scheiterten.« (Gramsci, Heft 4, §52, S. 529) Gramsci geht davon aus, dass Lebensweise und neue Arbeitsmethode in einem Zusammenhang studiert werden müssen, weil sich in keinem der beiden Bereiche Erfolge verzeichnen ließen ohne Ergebnisse im anderen. Er stellt einen Zusammenhang her zwischen der Rationalisierung im Betrieb, dem staatlich verordneten Prohibitionismus und dem Interesse der Industriellen für das Privatleben ihrer Arbeiter. Nachvollziehbar geht er davon aus, dass hoher Alkoholkonsum und die rohe Form des Familienlebens inkompatibel mit der neuen Arbeitshaltung waren. Der »von einigen Industriellen geschaffene Inspektionsdienst zur Kontrolle der ›Moralität‹ der Arbeiter sind Erfordernisse der neuen Arbeitsmethode«. Man muss dies »studieren, um den Sinn und die *objektive Tragweite* des amerikanischen Phänomens zu verstehen, das *auch* die größte *bisher dagewesene* kollektive Anstrengung ist, mit unerhörter Geschwindigkeit und einer in der Geschichte nie dagewesenen Zielbewußtheit einen neuen Arbeiter- und Menschentyp zu schaffen.« Gramsci denkt folgenden Entwicklungszusammenhang: Bestimmte Arbeitserfordernisse brauchen einen bestimmten Menschentyp, ohne diesen (später subjektiver Faktor genannt) sind sie schwer zu erfüllen. Dieser Typ ergibt sich nicht als Reflex auf neue Anforderungen, er ist vielmehr Produkt kultureller Anstrengungen, hier u. a. von Seiten der Unternehmer und des Staates.

Gramsci bezieht Taylors Bemühungen ein, durch neue Formen von Arbeitsteilung und Rationalisierung von Arbeitshandlungen für die neue Industrie den »dressierten Affen« zu schaffen. Es sei darum gegangen, »beim arbeitenden Menschen maximal den maschinenhaften Teil zu entwickeln, den alten psycho-physischen Zusammenhang der qualifizierten Berufsarbeit zu zerreißen, der eine gewisse Beteiligung der Intelligenz, der Initiative, der Phantasie des Arbeiters verlangt hatte, um die Produktionstätigkeiten auf den bloßen physischen Aspekt zu reduzieren.« (Gramsci, Heft 4, §52, S. 529) Er nimmt an, dass in



solchen Umbrüchen viele auf der Strecke bleiben. In diesem Zusammenhang studiert er die Initiativen Henry Fords. Menschlichkeit und Geistigkeit, Kunst und Handwerk sind das, was zerstört wird; statt dessen werde das psycho-physische Gleichgewicht außerhalb der Arbeit aufrechterhalten, um den individuellen Zusammenbruch zu verhindern. Der Industrialismus setzt auf Freizeit und Familie und eine funktionierende Verausgabung in der Fabrik. Solches Gleichgewicht nennt Gramsci wegen der Verlagerung nach außen, ein äußerliches. Das notwendige innere Gleichgewicht wird Produkt der Arbeitenden selbst.

Der Industrielle setzt nicht auf den einzelnen Arbeiter, sondern auf die eingespielte Belegschaft; Gramsci nennt sie einen *industriellen Komplex*, deren Zusammenhalt etwa durch höhere Löhne stabilisiert werden soll. Damit der Lohn zugunsten von Leistungsfähigkeit ausgegeben wird, muss sich der Industrielle nicht nur dafür interessieren, dass überhaupt konsumiert wird, sondern auch für das Wie der Konsumtion. Kampagnen zur richtigen Lebensführung werden Staatsfunktion, so die Kampagne gegen den Alkoholismus. Gramsci denkt auch daran, dass Arbeitslosigkeit Moralkrisen hervorruft, die wiederum vom Staat aufgefangen werden könnten oder müßten. Ins Zentrum der Maßnahmen rückt auch die Frage der Regelmäßigkeit bzw. umgekehrt die Unregelmäßigkeit im Sexuellen, die einem stabilen Funktionieren in der Arbeitswelt abträglich sein soll. Er gibt einen Hinweis darauf, wie solche, dem Funktionieren in der Arbeit geschuldeten Initiativen zur Staatsideologie werden, indem sie mit Pioniermoral, Puritanismus etc. überhöht als Kampagne zurückkommen. Alkoholkonsum wird in der Prohibition ein Problem von Geld und Zeit; beides ist im Arbeiterleben kaum zu haben. Gleiches gelte für die Jagd auf Frauen, die Zeit, Müßiggang und Geld kosteten. »Der neue Industrialismus will die Monogamie, will, daß der arbeitende Mensch seine Nervenkräfte nicht bei der krampfhaften und ungeordneten Suche nach sexueller Befriedigung verschwendet: der Arbeiter, der nach einer ausschweifenden Nacht zur Arbeit geht, ist kein guter Arbeiter, der Überschwang der Leidenschaft verträgt sich nicht mit der zeitgemessenen Bewegung der Maschinen und der menschlichen Produktionsgesten.«

Folgen wir Gramsci, so sind im widersprüchlichen Zusammenhang von Arbeits- und Lebensweise die Möglichkeiten der Herausbildung neuer Menschentypen folgendermaßen zu studieren 1. als subjektive Tat; 2. als bestimmt durch Arbeitsweise (Entwicklung der Produktivkräfte) und 3. durch Produktionsverhältnisse als ideologische Veranstaltung durch industrielle Apparate (Schule bis Betrieb); 4. schließlich als staatliche Kampagnen, in denen neue Erfordernisse unter Aufnahme von Tradition und herkömmlicher Sitte verdichtet werden zu quasi weltanschaulichen Systemen (Beispiel Puritanismus). Der Stoff, um den gerungen wird, ist die Psychophysis der Menschen, motivierte Verausgabung auf dem geforderten Niveau und subjektive Zustimmung. Das schließt alle Fragen der Haltung zum Körper und zur Seele, schließt die Geschlechterverhältnisse ein.

### *Entwicklung der Produktivkräfte*

In umfangreichen empirischen Untersuchungen hat das Projekt Automation und Qualifikation (PAQ) Analysen vorgelegt zum Wechsel

der Lohnarbeiter-Identitäten, von körperlicher zu kognitiver Inanspruchnahme, von Teilarbeiten zu planenden Strategien, vom abhängig Tätigen zur paradoxen Gestalt des Lohnarbeiters als Eigentümer u.s.w. Es ist ganz eindeutig so, dass die noch von Gramsci wahrgenommenen Wechsel auf Disziplin und angestrenzte körperliche Verabgabung, die ihre Kompensation in der Familie brauchten und zum Protest gegen eine Art maschineller Vernutzung menschlichen Lebens herausfordern sollten, einem neuerlichen, mindestens ebenso radikalen, Wechsel unterliegen. Zerstört werden jetzt eben die Protestpotentiale, die wir als Solidarität, Arbeiterbewegung, männliches Arbeitskollektiv bezeichnen, die aus Fordismus, Taylorismus, Massenproduktion hervorgegangen sind und abgesichert wurden durch Familie, Sexualmoral, Gesundheits- und Lernverhalten, Regelmäßigkeit, Ordnung, Disziplin und eingebettet waren in eine allgemeine nationale Moral. Zugespitzt gesprochen erfahren wir nun eine Verlagerung aller im Kollektiv abgesicherten Dimensionen menschlichen Lebens (Arbeit, Konsum, Reproduktion) in die Verantwortung jedes Einzelnen.<sup>13</sup>

13 Fitnesstraining,  
Gesundheitsverantwortung,  
Bildungsmanagement.

#### *Neoliberalismus und Mikroelektronik*

30 Jahre der Entwicklung und Ausbreitung von Hochtechnologie in der Produktionsweise und 13 Jahre (nach 1989) verschärfter Unterwerfung unter Marktgesetze, einer Entwicklung, welcher der Staat unterstützend zu Hilfe eilt, haben Bewegungen, Verwerfungen, Brüche hervorgebracht, in denen einige Konturen neuer Arbeits- und Menschentypen – um mit Gramsci zu sprechen – erkennbar sind, anhand derer Vermutungen über die jeweiligen Veränderungen in der Zivilgesellschaft ausgesprochen werden können.

Offensichtlich sind z.B. die Umbrüche im Sexuellen: Hier erleben wir seit fast dreißig Jahren eine zunehmende Liberalisierung der Sexualmoral – sowohl in theoretischen Abhandlungen, in Ratgeberbüchern und Zeitschriften, vor allem in Film und Fernsehen, wie im tatsächlichen Verhalten der Individuen, soweit es öffentlich zugänglich gemacht wurde – die zugleich einhergeht mit einem zunehmenden Verfall der Familie. Beides – die Liberalisierung der Sexualmoral ebenso wie der Zerfall der Familie – trifft auf verschärften Widerstand zumeist konservativer Kreise. Medial und halbstaatlich begleitet, unterstützt, verdichtet werden diese Entwicklungen durch sexualpolitische Kampagnen insbesondere der letzten zwanzig Jahre. Man denke an sexuellen Missbrauch, Gewalt gegen Frauen, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Kinderpornographie, Prostitution aus den Dritten Welten, Sextourismus, Kampagnen, in denen jeweils der Staat als Gesetzgeber und Ordnungshüter eingriff, und in denen alte Moral, alte Formen, alte Ordnungen Maßstab und Anrufungsinstanz waren, wie wir sie aus der Zeit des Fordismus als funktional kennen. Sie sind verknüpft mit anderen Institutionen aus der Zivilgesellschaft, staatlichen oder institutionellen Mischformen, die sich mit Fragen von Gesundheit und ihrer Kontrolle beschäftigen. Hierher gehören u. a. die Indienstnahme von Aids für die Stärkung der Sexualmoral auf der einen Seite, die Verknüpfung von sexuellem Missbrauch mit der Psychiatrie in den Kampagnen um multiple Persönlichkeiten auf der anderen. (Vgl. dazu Haug, F. 1999)

### *Der neue Menschentyp des Peter Hartz*

Man muss gegenwärtig nicht einmal besonders aufmerksam hinschauen, um die verschiedenen Instanzen, die bei Gramsci ausgestellt waren, am Werk zu sehen bei der »Schaffung des neuen Menschentyps«, wie er für die hochtechnologische Produktionsweise aktuell ist: den Staat, die Betriebe, die Erziehungsapparate (Schule, Universität, Berufserziehung) und die Sekundärapparate wie Medien. Das gleiche gilt für die einzelnen in diesen Instanzen, wie sie sich auf einem global umbrechenden Arbeitsmarkt auch in ihrer Lebensweise zurechtzufinden versuchen.

Prüfen wir diesen ungeheuren kulturellen Umbruch und zum Abschluss darin insbesondere die Frage der Geschlechterverhältnisse, in denen wir die Verschiebung der Frauenfrage buchstabieren wollen. Dazu analysiere ich das Projekt von Peter Hartz<sup>14</sup> bzw. das, was als Agenda 2010 von unserer Regierung durchgesetzt werden wird.

14 Leiter der gleichnamigen Kommission.

Hartz macht den Bezug zur durch Technologie bestimmten Produktionsweise explizit. Er verkündet wiederholt, dass die Zeiten von Ford und Taylor vorbei sind, und es jetzt um Neues gehe. Zum geforderten neuen Menschentyp, den durchzusetzen er mit geradezu religiösem Eifer verfolgt, heißt es: »Die Job-Revolution kommt. Das wird keine betuliche Entwicklung, die Job-Inhaber aus geschützten Positionen überleben könnten. Dramatisch wird sie für jeden, dessen persönliche Lerngeschwindigkeit und Beschäftigungsfähigkeit mit der Dynamik ... nicht mehr Schritt hält.« (2001, S. 10) Fünf wichtige Weichen sind in diesem einzigen Satz gestellt: 1. es ist eine Revolution – da bleibt nichts beim Alten; 2. es geht um Leben und Tod, da kann man untergehen; 3. Arbeitsplätze kann man nicht einfach haben und behalten; 4. es geht um die einzelnen als Individuen und ihre persönliche Ausstattung und Haltung – hier ihre Lerngeschwindigkeit; 5. es kommt eine ganz neue Qualifikation auf, ein neues Wort: Beschäftigungsfähigkeit. Aber »kein Berufsabschluss garantiert mehr Beschäftigungsfähigkeit«, heißt es an anderer Stelle (2001, S. 70) – wodurch als Eigenschaft der einzelnen erscheint, ob sie auf dem Arbeitsmarkt verkaufbar sind oder nicht. Der Arbeitsplatz, der Job, die Beschäftigung sind die neuen Subjekte, denen die einzelnen sich als »geeignet« zu unterwerfen haben, indem sie die richtige Passform erreichen.

Im Buch (herausgegeben von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 2001) finden sich die Bestandteile des »neuen Menschen« fast drohend vorgetragen: es geht um Hightech-Qualifikationen; wer sie nicht beherrscht, ist in der neuen Zeit »Analphabet«; es geht um den äußersten Einsatz eines jeden: »rennen, rackern, rasen«, ohne den ein anderer das Rennen macht. Es geht vor allem um die Unterordnung der ganzen Menschen unter ihre Verkaufbarkeit auf dem Markt (Hartz benutzt dazu das auch unter einigen Feministinnen beliebte Wort »ganzheitlich«). Dieser Verkaufbarkeit muss die konzentrierteste Anstrengung gelten, d. h., man muss um die eigene Marktfähigkeit wissen und diese darstellen können. Es geht um »performance«, »Auftrittenssicherheit« – dies ist in erster Linie ein affektives Problem. Der neue Mensch braucht »eine neue Job-Moral, in der sich die Menschen nicht nur als Inhaber ihrer Arbeitskraft verstehen (sozusagen als shareholders ihrer Human Assets), sondern die Verantwort-

tung für ihre Beschäftigungsfähigkeit übernehmen, also sich als »workholder«, als Bewahrer und aktive Entwickler ihrer Chancen und Arbeitsplätze verhalten.« (Hartz, 2001, S. 41) In dieser Weise wird die Verantwortung – das zentrale Wort der neoliberalen Umordnung – den einzelnen zugleich übereignet, sie werden Manager ihrer Biographien, ihrer Gesundheit, ihres Lernens – und im gleichen Moment in einen Bann gezogen, der nichts außer der Verkaufbarkeit auf dem Markt gelten lässt. »Emotionalität wird Kapital« (ebd., S. 57); »wer bisher Gültiges, Geglaubtes, Erlebtes, Machbares, Wahrnehmbares, Gefühltes oder Denkbares noch einmal überschreiten kann – der schafft einen neuen Wert, erzeugt Qualität als ultimatives entertainment« (ebd.).

Man muss sich immer wieder vor Augen halten, dass hier nicht einfach ein Werbebüro spricht, sondern Peter Hartz, ehemaliger Leiter der Hartzkommission der Regierung mit ihren Vorschlägen für den Arbeitsmarkt, dessen Maßstab es ist, »die Differenz zu allem Vorhandenen als Wahrnehmungskitzel unter Haut und Hirn« (ebd.) herauszufinden. Es geht um den »Kampf um neue Kunden«, wo sich der »Horizont bis zum Abgrund« öffnet: »Hohes und Rohes droht« usw. (ebd.) Und so muss man sein: »Fit, fähig, flexibel und jetzt auch noch fantastisch« (die vier f) – so sind wir auf dem Weg zum »atmenden eventiven Unternehmen. Die Jobs der Zukunft leben von der Inszenierung. Des feinen Unterschieds wegen: Design, Farbe, Haptik, Geruch und Ton sollen die Sinne fesseln, Erlebnisse den Kunden ans Unternehmen binden. Dies Individuelle und Authentische vermitteln nur Mitunternehmer und Mitunternehmerinnen.« (Hartz, 2001, S. 59) Die politisch korrekte Nennung beider Geschlechter wirft uns zurück auf unsere Fragen nach den Geschlechterverhältnissen in der neuen Produktionsweise.

Zunächst folgende Resultate: Wo Gramsci bei monotoner physischer Verausgabung von Arbeitskraft die Notwendigkeit sah, die innere Balance durch eine Verschiebung des Lebensmittelpunktes nach außen in Familie und Freizeit zu legen – entsprechend »man« sich eine sorgende Ehefrau »leisten« konnte, die monogam einzubinden war<sup>15</sup> –, geht es jetzt um eine energische Verschiebung des gesamten Lebenssinns ins Innere von Arbeit und Unternehmen: Familie, Ehefrauen, Freizeit bilden eher eine Bedrohung des Zentrums, in dem der einzelne ganz allein und hochkompetent an seiner ständigen Verkaufbarkeit/Beschäftigungsfähigkeit arbeitet. So ist der einzelne, gleich welchen Geschlechts ein/e Unternehmer/in seiner/ihrer selbst geworden, rastlos bestrebt, fremdes Kapital zu vermehren, ohne selbst Kapitalist zu sein.

Drei Fragen bleiben offen: 1. Diese Aussagen, so sehr sie schon Zeugnisse einer gigantischen Verdinglichung von Menschen, ihrer Unterwerfung unter ihnen äußere Zwecke sind, sind doch zugleich nur Aussagen über eine Elite, in der die Geschlechter als Singles jung, fit und flexibel auftauchen, sich aber nicht als Geschlechter aufeinander beziehen, noch irgend sichtbar an der Produktion von Leben und seiner Unterhaltung beteiligt sind. 2. Wo also bleibt das Verhältnis zur eigenen und zur außermenschlichen Natur, in denen die Geschlechterverhältnisse je historisch für Über- und Unterordnung sorgen? Und 3. Wo bleibt eigentlich das Gros der Menschen, die Ar-

15 Insofern entschlüsselt sich uns die Monogamie auch als eine Art einseitiger Vorratshaltung, legitimiert durch die Positionen von Konsument und sexuellem »Vorrat«.

beitslosen, die Jungen ohne Einstieg in diese Welt<sup>16</sup>, ganz zu schweigen von den Behinderten und Kranken, Alten usw. – die aber doch unter dem Namen Sozialreform Brennpunkt der Hartzkommission und also Agenda 2010 sind?

Zunächst zu den Frauen und der Reproduktion der Gattung: Wie schon angemerkt, treten Frauen als Ehefrauen bei Hartz ebenso wenig mehr auf, wie die männlichen Ernährer noch irgendeine Rolle spielen. Die Familie kommt im Begriff »Job-Familie« zu neuen Ehren. Dies ist im Prinzip die Arbeitsgruppe mit Älteren (Job-Eltern) und Jüngeren (Job-Kids). Kinder im alten Sinn tauchen kurz als Aufgabe auf, die mittels Trainings zu lösen ist, mit Anleitung zur Problematik: »Wie werdende Eltern ihr individuelles »work & life balance«-Modell gestalten können.« (Hartz, S. 60 f.) Wieder geht es um Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit wie lange schon, diesmal als partnerschaftliches Konfliktmodell – da gibt es nichts, in das sich Gesellschaft einmischen müsste. Hartz kann seine emanzipatorische Gesinnung, soweit sie Frauen gelten soll, auf anderthalb Seiten damit begründen, dass etwas gegen sexuelle Belästigung im Betrieb zu tun sei, dass Frauen Selbstverteidigung lernen müssten, dass Frauenförderung an sich sein müsse, denn »beim Erfolg von morgen« »die Hälfte der Menschheit übergehen zu wollen, halbiert die unternehmerische Energie und zerstört die Wurzel unternehmerischer Verhaltenskultur – das persönliche Engagement, Initiative mit Herz und Hirn«. (Hartz, S. 61) Damit wird, was einmal als »weibliche« Tugenden bezeichnet wurde, in der Unternehmenskultur aufgehoben; zugleich wird offensichtlich, dass die staatlichen Kampagnen, die für diese neuen Arbeitsplätze mit der Anrufung individuellen Unternehmers als Verantwortung werben, dies zugleich ausdehnen können auf große Teile der Bevölkerung, die als prekär Beschäftigte oder Arbeitslose zu den Verlierern dieser Umbrüche gehören. Auch sie sollen zukünftig durch »Ich-AGs« oder »Selbstunternehmer« zu Unternehmern werden. Hartz gibt auch hierfür das Brückenstichwort: es geht um Zumutbarkeit – ein Begriff, der in der Agenda 2010 ganz zentral ist. Bei diesem Begriff geht es nicht allein darum, dass man jeden Arbeitsplatz annehmen, also als zumutbar interpretieren sollte; sondern zunächst wird klargestellt, warum dies so ist; Zumutbarkeit wird so erklärt, dass sie einem in Fleisch und Blut übergeht: »Zumutbarkeit gehört zu den zentralen Begriffen für die Gesellschaftspolitik der Zukunft.« Wir müssen über »veränderte Erwartungen sprechen«. Zumutbarkeit ist nämlich einfach »die Rückseite des Leistungsprinzips«. Wo Erfolg ist, wird nach Leistung gemessen, wo Misserfolg ist, »gilt die Regel der Zumutbarkeit«. Zumutbarkeit ist demnach die Quittung aufs Pech, das selbst auch zum persönlichen Schicksal wird. »Zumutbarkeit und Beschäftigbarkeit sind die Eckpfeiler jeder Zukunftsgestaltung unserer Sozialsysteme.« (Hartz, S. 52) Die Zumutbarkeit wächst, während die Beschäftigbarkeit schrumpft. Es gibt mehr Pechvögel als Glückspilze. Und man erfährt, dass bei einem Teil des Nachwuchses bei »steileren Lernkurven« und »schneller verfallenden Qualifikationen« die »Grundgeschwindigkeit« unter »der Schwelle zum Take-Off« bleibt. Zumutbar ist: sich selbst mehrere Sprachen anzueignen; IT-fit zu werden, sich im Internet zu bewegen. Wer nicht ins Internet geht, ist »out«, ein »Analpha-

16 Allein im Sommer 2003 melden die Arbeitsämter 70 000 Schulabgänger beiderlei Geschlechts ohne Aussicht auf eine Lehrstelle.

bet«. »Durch Zumutbarkeit und Beschäftigbarkeit verliert ... die Gesellschaft an den Rändern die, die sich im Hochleistungssystem« nicht mehr halten können oder wollen.« (ebd.)

Unter der unbarmherzigen Leistungsfähigkeit dieses Hochgeschwindigkeitszuges, als den wir uns die Gesellschaft vorstellen sollen, bleibt die Frage nach den Geschlechterverhältnissen, bzw. danach, wie die Geschlechter eingespannt werden in die Reproduktion dieser Gesellschaft, seltsam unbestimmt.

### *Perspektiven*

Die alten Geschlechterverhältnisse mit ihrer bewährten Arbeitsteilung von sorgenden, pflegenden, umsonst arbeitenden Frauen und den dazugehörigen Werthaltungen, die für das Funktionieren bei der gewinnbringenden Verausgabung männlicher Arbeitskraft stehen, die darum im Austausch ein Recht auf eine gewisse Verfügung über weibliche Hilfe bei der eigenen Bedürfnisbefriedigung auch im Sexuellen hat, bleiben für die neue Produktionsweise ebenso notwendig wie sie überflüssig werden. Die Auflösung dieses Paradoxes ist die Spaltung des Arbeitspersonals. Die Akteure der neuen informationsgesteuerten Produktionsweise sind offenbar Singles, die in der Lage sein müssen, ihren Geist, ihren Körper, ihren Charakter und also auch ihren Sex so zu kontrollieren und zu managen, daß der aufs Äußerste konzentrierten Verausgabung ihrer Arbeitskraft, welche die ganze Person verlangt, nichts im Wege steht. Dafür müssen sie jung und allein sein, leistungsfähig und also ihre eigenen Bedürfnisse in den entsprechenden Zeiten rationell organisieren. Sie sollten keine Hilfe brauchen, die abhängig macht, und nicht sorgen müssen für andere, die von ihnen abhängig sind. Insofern wird es unerheblich, ob sie Männer oder Frauen sind, heterosexuell oder homosexuell, schwarz oder weiß, sofern sie nur ihr eigenes Leben vollständig in der Hand haben. Die Politik um Sex, Körper und Arbeit betrifft das übrige Volk in der Arbeit. Hier gelten die alten Regeln verschärft. Denn die Verwerfungen und Brüche in der Arbeitswelt lassen den Wettkampf um die verbleibenden Plätze härter werden und schaffen einen Boden, auf dem die alten Sorgeideale, zumeist erfüllt von Frauen, umso dringlicher werden, da sie jetzt auch die fallengelassenen Arbeiten des Sozialstaats im Abbau absichern müssen.

Politisch, so lässt sich festhalten, gibt es Solidarität (diese »Nibelungentreue« *Hartz*) nicht mehr, ebenso wenig wie überhaupt Sorge für andere, auch nicht für Kinder, Alte, Kranke. Jede/r ist auf sich gestellt, nur so kann das Olympiateam funktionieren. Dies ist jedoch nur im Politischen möglich; in der menschlichen Wirklichkeit werden weiter Kinder geboren und durch Frauen aufgezogen, gepflegt, ernährt usw., wodurch diese geradezu automatisch in die Gruppe der Armen fallen. Working poor – die arbeitenden Armen –, diese Schicht wird immer größer. Zu ihr gehören zu 70 bis 80 % alleinerziehende Frauen. Doppelt frei gesetzt, ohne den Familientyrannen als Ernährer, springen sie »gleichberechtigt« in die Job-Revolution, eröffnen im Wohnzimmer eine Ich-AG mit Bügeleisen usw. und werden andererseits um des Überlebens willen, alle Niedriglohnjobs der Welt akzeptieren. Insofern beginnt diese Gesellschaft ein neues Drama in der Geschichte der Geschlechterverhältnisse. Frauen wer-



den nicht mehr ins Haus gesperrt, sie werden nicht illusionär verklärt oder mit Gewalt zur dienenden Hausfrau gezwungen. Sie sind frei, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Und die Gesellschaft, die sich so hartnäckig um das Problem der menschlichen und außer-menschlichen Natur herumdrückt, um alle Natur als Steinbruch zu benutzen, kann die Menschen (und besonders die Frauen) ausbeuten und Profit aus ihnen schlagen und diejenigen, die sich »natürlich« verstricken, aus dem Klassenspiel ausschließen und in immer größere Armut schicken. Eine wenig widerständige Auftreffstruktur für diese Umbrüche ist zweifellos, dass schon lange nicht mehr von einer Frauenfrage gesprochen wird; dass Frauen als kollektive Subjekte aus unserem theoretischen Vokabular gestrichen sind. Statt dessen begleiten *gender* oder *Geschlecht* als geeignete monadische Posten für jeweils beide Geschlechter einen Prozess, in dem durchaus alle gleichberechtigt am Rennen teilnehmen dürfen. Dass die einen dabei als Behinderte auftreten, mit Einkaufstüten und Babies im Arm, zeigt lediglich an, dass sie je individuell die Grundaxiome der neuen Gesellschaft, nämlich alles in ihre Beschäftigbarkeit zu investieren, nicht verstanden haben.

Die neue Arbeitsdisziplin ist ausschweifend. Sie verlangt nicht mehr so sehr die weibliche Kontrolle über einen männlichen Arbeitskörper, wie dies für den Fordismus von Gramsci beschrieben wurde. Der passende postfordistische Arbeitsmensch ist einer, der sein Begehren auch virtuell zu befriedigen vermag und insofern der Unterwerfung von Frauen nicht wirklich bedarf, wie er auch Verantwortung für die Nachkommen nicht abzuschieben braucht, weil er keine hat. Wer sich jetzt zu wehren in der Lage ist, kann das Anrecht auf die neue Arbeitswelt erkämpfen zusammen mit der Rücksichtslosigkeit, die für die völlige Verachtung menschlicher und außermenschlicher Natur gebraucht werden. So gelesen sind die weiblichen Tugenden, die konservativ in diesem Kontext noch angerufen und befestigt werden, auch Nachzügler eines Gesellschaftsprojekts, welches der neoliberale Kapitalismus zu zerstören begonnen hat.

#### Literatur

- Butler, Judith: Phantasmatische Identifizierung und die Annahme des Geschlechts, in: Institut für Sozialforschung (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Politik, Frankfurt 1994.
- Engels, Friedrich: Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21.
- de Gouges, Olympe: Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin (1791), in: Hannelore Schröder (Hg.): Die Frau ist frei geboren. Texte zur Frauenemanzipation, München 1979.
- Gramsci, Antonio: Gefängnishefte (hg. von K. Bochmann und W. F. Haug). Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden, Hamburg und Berlin 1991 – 2002.
- Hartz, Peter: Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können, Frankfurt am Main 2001.
- Haug, Frigga u. Silke Wittich-Neven: Lustmolche und Köderfrauen. Politik um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Berlin und Hamburg 1997.
- Haug, Frigga: Sexuelle Deregulierung oder der Kinderschänder als Held im Neoliberalismus, in: Dies.: Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit, Hamburg 1999, S. 153-176
- Haug, Frigga: Lebensentwürfe von Schuljugend, in: Das Argument 247 2002, H. 4.
- Haug, Wolfgang Fritz: Entfremdete Handlungsfähigkeit. Fitness und Selbstpsychiatisierung im Spannungsverhältnis von Produktions- und Lebensweise, in: Fremde Nähe. Festschrift für Erich Wulff (hg. v. H. Pfefferer-Wolf), Berlin 1987.
- Klenner, Christina: Geschlechtergleichheit in Deutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34, 2002.
- Kollontai, Alexandra: Die neue Moral und die Arbeiterklasse (Berlin 1920), Münster 1978.
- Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23.
- Projekt Automation und Qualifikation (PAQ): Zerreißproben. Automation im Arbeiterleben. Empirische Untersuchungen, Band 4, Berlin 1983.
- Dies.: Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch, Berlin 1987.

# VOLKER WOLTERSdorFF

## ALIAS LORE LOGORRHÖE

### Queer Theory und Queer Politics

#### *Der geschichtliche und politische Ausgangspunkt*

Die Entstehungsbedingungen von *queer* als politischer Bewegung und theoretischem Denkansatz liegen in den USA der späten Achtzigerjahre. Der Hintergrund, aus dem sich das *Queer Movement* ableitet, ist sehr vielfältig: Die Schwulen-, Lesben-, und Frauenbewegung hatten separatistische Politiken mit im Einzelnen sehr unterschiedlicher Ausrichtung verfolgt, die die Entstehung von homogenisierten Ghettos unterstützte. Im kapitalistischen Verwertungsprozess hatte sich die *pink economy* zu einem eigenständigen Marktsegment gemausert (vgl. Gluckman 1997). Die fortschreitende Institutionalisierung der Lesben-, Schwulen- und Frauenbewegung leitete eine Hinwendung ihrer Funktionäre zur Lobby-Politik ein, die auch ihr Stück vom Kuchen abhaben wollte. Führende schwule Aktivist\*innen versuchten, Schwule und Lesben als »ethnische Identität« zu verkaufen und damit in die us-amerikanische Verteilungspolitik zu integrieren (vgl. Epstein 1987). Sie stellten Schwule als assimilationswillige großstädtische Einkommenselite dar, die sich nach Anerkennung durch den Mainstream sehnt. Ein Ergebnis dieser Ausrichtung war die Kommerzialisierung und Entpolitisierung der CSD-Paraden. All dies förderte eine homogenisierte Darstellung nicht-heterosexueller Lebensformen, die stillschweigend ihre weißen, mittelständischen und männlichen Vertreter zur Norm machte. Die lesbisch-feministische Szene formulierte einen sexuellen Verhaltenskodex, der von vielen Frauen ebenfalls zunehmend als beengend und normativ erlebt wurde. Die Auseinandersetzungen, die sich vor allem um Pornografie, Bisexualität, Promiskuität, Penetration und Sadomasochismus drehten, waren so heftig, dass sie als *sex wars* bezeichnet wurden (vgl. Duggan 1995). Diese Entwicklungen führten dazu, dass sich viele Lesben und Schwule nicht mehr in diesen Bewegungen repräsentiert sahen.

Zeitgleich mobilisierte die Neue Rechte gegen die bescheidenen Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegungen der Sechziger- und Siebzigerjahre. Der Kampf gegen Abtreibung und Homosexualität stand dabei ganz oben auf der Agenda.

Ein weiterer zentraler Beweggrund für die Entstehung von *queer politics* waren die sozialen Folgen der Aids-Epidemie. Vor allem zu Beginn wurden über Aids massiv homophobe Vorurteile geschürt: Das Gerede von Risikogruppen grenzte die Zahl der »Betroffenen« auf die Randgruppen der *moral majority* ein: Schwarze, Schwule, Prostituierte und Junkies. Diese Gruppen waren aus Sicht eben die-

Volker Woltersdorff alias Lore Logorrhöe – Jg. 1971, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Studium der deutschen, französischen und italienischen Literaturwissenschaft in München, Pisa und Paris; zeitweise Redakteur der Tuntentinte und des Internet-Magazins [www.etuxx.com](http://www.etuxx.com); laufende Promotion zu »Coming out als Technologie des schwulen Selbst« am Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft der FU Berlin; seit 1999 Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich »Kulturen des Performativen« im Teilprojekt »Erzähltes Geschlecht«; seit 2002 Arbeit am Verlängerungsprojekt »Rebellieren mit Stil: zur Theorie performativer Strategien in Subkulturen.« Veröffentlichungen u. a.: In and out: Thesen zu schwulen Coming-out-Erzählungen, in: Forum Homosexualität und Literatur 33 (1998); Wie male ich einen Schwu-

ser *moral majority* für ihre Krankheit auf Grund ihrer riskanten Lebensweise selbst Schuld. Die Verbindung von Homosexualität und Krankheit wurde neu aufgewärmt. Obwohl weitaus weniger durch HIV gefährdet, hatten Lesben unter diesem wachsenden homophoben Klima fast genauso zu leiden. Von der Reagan-Administration wurden die Erkrankten und Infizierten völlig alleingelassen, Aids als Problem ignoriert und keine Gelder für Pflege und Forschung bereitgestellt. Da es in den USA keine gesetzliche Krankenversicherung gibt, konnten sich viele die teuren Therapien nicht leisten, verloren bald ihre Erwerbsfähigkeit und rutschten unter die Armutsgrenze. Nicht-weiße Menschen, die traditionell den ärmeren Schichten angehören, waren davon besonders betroffen.

### *Queer politics*

Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Krisen und Konflikte entwickelte sich eine aggressive Politik der Wut. *Queer politics* versuchten, die randständigen Positionen der offiziellen Identitätspolitik ins Zentrum zu rücken. *Queer* entstand also als eine neue Form der Bündnispolitik von sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Außenseiterinnen und Außenseitern, die deshalb auch als »Regenbogenkoalition« bezeichnet und symbolisiert wurde. Die Bezeichnung »queer« wurde gewählt, weil dieses Schimpfwort im Englischen ziemlich unbestimmt alle diejenigen meint, die nicht in die Wertvorstellungen der *moral majority* passen. Die Selbstbezeichnung als »queer« hatte, ähnlich wie bei den Wörtern »Schwuler«, »Tunte«, »Lesbe«, »Krüppel«, »Kanake«, »Irre«, einen provokanten, kämpferischen Charakter. Es verstörte das Publikum, wenn sich die Diffamierten selbst so nannten, und es nahm der Verletzung die Schärfe und kehrte den Spieß um in die Richtung, aus der er kam.

Da in den USA die heterosexuelle Kleinfamilie als Keimzelle der Nation gilt, die deren Reproduktion und Reinheit sichert, gab sich eine aktivistische Neugründung 1990 den Namen »Queer Nation« als bewusste, aber nicht unproblematische Provokation dieses Nationenbegriffs. *Queer Nation* verbreitete sich in kürzester Zeit in allen größeren Städten der USA. Die Organisation bevorzugte als Instrument der Politik schrilles Auftreten und theatralische Performances wie *kiss inns* und *die inns* an stark frequentierten Orten wie Verkehrsknotenpunkten, Fußgängerzonen und Einkaufszentren. 1992 entstanden die *Lesbian Avengers* (dt. »Lesbische Rächerinnen«), die ähnlich öffentlichkeitswirksame Auftritte machten.

Im Umfeld von queer politics, aber auch in Abgrenzung davon sind im Verlauf der Neunzigerjahre weitere Initiativen und Bewegungen entstanden. Transsexuelle und *transgender*-Menschen haben sich selbstständig in eigenen Gruppen organisiert wie z. B. *Transsexual Menace*, unter anderem deshalb, weil für sie das Etikett *queer* zu sehr von Schwulen und Lesben und von der Privilegierung von Belangen der Sexualität gegenüber solchen des Geschlechts geprägt wird. Intersexuelle Menschen (landläufig »Zwitter«) haben das *Intersex Movement* angestoßen.

Die politischen Stoßrichtungen dieser verschiedenen queeren Kämpfe überkreuzen sich an vielen Punkten, führen aber auch zu sehr kontroversen Einschätzungen.

len? Wege und Umwege der Schwulenbewegung, in: S. Haunss, M. Mohr, K. Viehmann (Hg.): Vorwärts bis zum nieder mit. 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen, Berlin 2001; Stiefkinder des Marxismus, in: UNITAT 4 (2002); zusammen mit G. Mattenklott: Eintrag zum Stichwort »Homosexualität« im Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus, erscheint Ende 2003.

Überarbeitete Fassung eines Beitrages auf dem workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung Queer zwischen Theorie und Praxis. Multiplikatorinnentraining für »queer, Lebensweise und Identität« vom 23.-25. Mai 2003 in Oberursel (b. Frankfurt/Main)

Die Gruppe der von HIV-Infizierten oder besonders Gefährdeten wurde durch das offizielle Selbstbild der lesbischen und schwulen Communities nicht repräsentiert. Plötzlich saßen sie alle im selben Boot: reiche weiße Mittelstandsschwule, lesbische Latzhosen-Feministinnen, Stricher, Huren, Fixer und Fixerinnen, Arme, Nicht-Weiße und Familienväter, die in Parks und Klappen anonymen sexuellen Kontakten mit anderen Männern nachgingen. Das Virus machte keinen Unterschied, ob jemand »out and proud« oder versteckt lebte, ob jemand ein politisches Identitätsbewusstsein besaß oder nicht.

Zum Beispiel demonstrieren die Lesbian Avengers vor Schulen gegen das Totschweigen von Homosexualität im Lehrplan und fragten die Schulkinder, was sie denn im Unterricht über

Lesben gelernt hätten. Bereits 1987 war *Act up* (»Aids Coalition To Unleash Power«) gegründet worden, das mit seinen spektakulären und medienwirksamen Aktionen auf die Situation der Menschen mit HIV und Aids aufmerksam machte: Zum Beispiel stürmten Aktivistinnen und Aktivistinnen den Nachrichtensender NTV oder besetzten die New Yorker Börse, wo sie ein Transparent entrollten, das die Verwertung des Schicksals von HIV-Positiven durch die Pharmakonzerne angriff. Um die Präventionsbotenschaft von *safer sex* sinnvoll zu vermitteln, mussten die bisherigen Identitätsvorstellungen infrage gestellt werden. Außerdem war es dazu nötig, haarklein über Sexualpraktiken zu sprechen, und das waren oft Dinge, die der *moral majority* die Schamesröte ins Gesicht trieben. Und schließlich mussten nicht-eheliche soziale Bindungen gegen eine Gesellschaft verteidigt werden, die die Trauer und die Rechte der Angehörigen nicht anerkannte. Ganz ausdrücklich mit der Kritik herrschender Vorstellungen über sexuelle Identität hat sich aus dem Kreis des Poststrukturalismus der französische Historiker und Philosoph Michel Foucault in seiner dreibändigen »Geschichte der Sexualität« befasst (Foucault 1983-86). Er hebt darin hervor, dass Sexualität keine persönliche Eigenschaft, sondern eine gesellschaftliche Größe ist, die durch Macht hervorgebracht und nicht einfach von ihr unterdrückt wird. Damit hat er den Befreiungsdiskurs der sexuellen Revolution entzaubert und der Sexualität jeden romantischen Restbestand ausgezogen. Denn er setzt alles daran, die Hoffnung zu

Parallel zu diesen politischen Entwicklungen, teils als Reflex darauf, teils unabhängig davon, entstand *queer* im universitären Bereich der *Gay and Lesbian Studies* als Sammelbegriff für einen neuen kritisch-theoretischen Zugang zum Feld nicht-normgerechter Sexualitäten. Teresa de Lauretis war die erste, die 1991 *queer* in diesem Sinne anlässlich einer Schwerpunkt-Nummer der feministischen Zeitschrift *differences* verwendete, die sich mit lesbischen und schwulen Sexualitäten beschäftigte (de Lauretis 1991).

### *Der poststrukturalistische Hintergrund von queer theory*

Mindestens genauso wichtig wie *queer politics* war für das Entstehen von *queer theory* allerdings das poststrukturalistische Denken. Der Poststrukturalismus versteht sich – grob gesagt – als eine Kritik an der Überheblichkeit des Subjekts der Aufklärung und seinem Erkenntnisanspruch. Poststrukturalistische Denker haben grundsätzliche Skepsis gegenüber groß angelegten Theoriegebäuden angemeldet, die behaupten, die Welt als ganze beschreiben zu können. Sie ziehen die Erkenntnisfähigkeit und den Fortschrittsoptimismus des aufklärerischen Rationalismus grundsätzlich in Zweifel. Im Zentrum poststrukturalistischer Kritik steht die Vorstellung vom autonomen, in sich ruhenden Subjekt. Schon Sigmund Freud hatte behauptet, dass das Ich nicht Herr im eigenen Hause sei. Während die bürgerliche Aufklärung im Subjekt den gefährlichsten Gegner von subalternen Ideologiegläubigkeit hatte sehen wollen, interpretierte der marxistische Philosoph Louis Althusser das Subjekt gerade umgekehrt als das Produkt der Unterwerfung unter eine Ideologie (Althusser 1977). Um diese kühne Behauptung zu illustrieren, wählte er das Beispiel eines Polizisten, der auf der Straße ruft: »He, Sie da!« Der Passant oder die Passantin, die sich daraufhin umdreht, erkennt damit erst die Macht des Polizisten, Leute anrufen und zum Stehen bringen zu können, an und macht sich auch damit erst zum Subjekt einer Staatsbürgerin.

Der Poststrukturalismus radikalisiert nun diese Kritik am Subjekt. Aus seinen Angeln heben wollen es seine Gegner, indem sie ihm sein Herrschaftsinstrument unbrauchbar machen, nämlich die Sprache. Der französische Philosoph Jacques Derrida hat zu zeigen versucht, dass Sprache ihrem Anspruch, die Wirklichkeit eins zu eins abzubilden, nie gerecht werden kann und notwendig auf Mehrdeutigkeit von Bedeutungen angewiesen ist. Es sei das Wesen der Sprache, begriffliche Grenzziehungen beständig zu unterlaufen und Ordnung zu verunreinigen. Den methodischen Nachweis dieser systematischen Subversion von Herrschaft durch begriffliche Ordnung nennt er »Dekonstruktion.«

Identität als Ordnungsprinzip wird damit fragwürdig. Jeder Versuch, das unveränderliche Wesen einer Identität zu bestimmen, wird anrühlich, weil es als ideologische Verkürzung der Wirklichkeit erscheint. Diese theoretische Position nennt man auch »Anti-Essenzialismus.« Der Poststrukturalismus verzichtet damit ausdrücklich auf einen letztgültigen Wahrheitsanspruch. Da er sich sträubt, Aussagen über das »wahre« Wesen der Dinge zu treffen, kritisiert er ebenfalls die Vorstellung, dass es so etwas wie Authentizität überhaupt geben könne. Eine Konsequenz daraus ist die Dekonstruktion

des Gegensatzpaares von Original und Kopie. Jedes Original, so versuchen poststrukturalistische Analysen nachzuweisen, ist bereits eine Kopie. Jede Kopie ist bereits ein Original. Man merkt, dass der Poststrukturalismus eine Denkbewegung ist, die versucht, radikal Hierarchien abzubauen.

Identität, Authentizität, Natürlichkeit, Originalität – das sind alles Begriffe, die für das Selbstverständnis von lesbischen und schwulen Emanzipationspolitiken von enormer Bedeutung sind. Wenn sie fragwürdig werden, kann das eine produktive Krise auslösen. Bestimmte altgediente politische Waffen können dadurch abstumpfen, aber es können auch emanzipative neue Strategien entwickelt werden. Zum Beispiel lässt sich die Hierarchie einer eigentlichen, wahren, authentischen Hetero-Sexualität und einer verirrten, falschen, unnatürlichen Homo-Sexualität vor dem Hintergrund poststrukturalistischen Denkens nicht mehr aufrechterhalten. Auf der anderen Seite kann dann aber auch keine sexuelle Identität für sich in Anspruch nehmen, die richtige zu sein, auch die nicht, die sich selbst für die progressivste oder revolutionärste hält.

#### *Queer theory: Das Wichtigste in Kürze*

Seit Mitte der Achtzigerjahre haben sich feministische Theoretikerinnen bemüht, die Geschlechtsblindheit des Poststrukturalismus zu beenden und die Kategorie Geschlecht in poststrukturalistische Theoriebildung einzuschreiben. In Anknüpfung an Foucaults Entzauberung der sexuellen Befreiungsbewegungen hat Judith Butler Anfang der Neunziger den Feminismus entzaubert, indem sie die Kategorie »Frau« als Subjekt des Feminismus dekonstruiert hat. In ihrem Buch *Gender Trouble* von 1990 (dt. »Das Unbehagen der Geschlechter«), so einer Art »Bibel« der Queer Theory, versuchte Butler nämlich nachzuweisen, dass der Feminismus gegen seine ausdrücklichen Ziele arbeiten würde, wenn er am Subjekt »Frau« als seiner unhinterfragten Grundlage festhalten würde. Dieser Provokation schickte sie eine Analyse der Geschlechterordnung voraus, mit der sie eine grundsätzliche Verunsicherung bzw. Verflüssigung der Kategorie »Geschlecht« bezweckt, also eben: »Gender Trouble«.

Butler liefert dazu eine Theorie, mit der sich Stabilisierungs- und Destabilisierungsprozesse sexueller und geschlechtlicher Identitätsbildung beschreiben und erklären lassen. Dazu führt sie den Begriff der »heterosexuellen Matrix« ein. Sie bezeichnet damit eine soziale und kulturelle Anordnung, mit Foucault gesprochen: ein »diskursives Dispositiv«, das aus den drei Dimensionen von erstens anatomischem Geschlechtskörper (*sex*), zweitens sozialer Geschlechterrolle (*gender*) und drittens erotischem Begehren (*desire*) besteht. Diese drei Kategorien sind jeweils wechselseitig aufeinander bezogen. Mal leitet sich das Begehren aus dem Geschlecht ab, mal wird über das Begehren Geschlecht erst verankert. Mal folgt aus dem Körper eine bestimmte soziale Rolle, mal erzeugt eine bestimmte Rolle ein bestimmtes Begehren usw. Die heterosexuelle Matrix zeichnet sich nun dadurch aus, dass sie dieses Dreigestirn normativ einrichtet sowie ihre Deckungsgleichheit erzwingt. Sie teilt die Menschen in genau zwei und nur zwei, deutlich voneinander zu unterscheidende Geschlechter. Dadurch entsteht der »anatomische Geschlechts-

entkräften, dass mit der Benennung bisher gelegneter und zum Schweigen gebrachter lesbischer und schwuler Identitäten und Sexualitäten der Macht die Stirn geboten werden könnte. Foucault versteht Macht nicht mehr nur repressiv, sondern produktiv. Foucaults Machtverständnis ist für die *queer theory* von zentraler Bedeutung. Seiner Meinung nach kann man nämlich nicht fein säuberlich in mächtige Täter einerseits und ohnmächtige Opfer andererseits trennen, womöglich noch schön marxistisch geordnet nach herrschender und beherrschter Klasse. Macht ist für ihn überall, und wir sind alle irgendwie in Macht eingebunden, Täter und Opfer zugleich, wenn auch in je sehr unterschiedlicher Zusammensetzung. Foucaults Denken hat in den sexuellen Emanzipationsbewegungen zu enormer Verunsicherung und Sinnkrisen geführt. Es hat aber auch geholfen, die Komplexität der Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns im spätmodernen Kapitalismus besser zu begreifen. Mittlerweile ist Foucault sogar so eine Art Säulenheiliger der *queer theory* geworden. Sicherlich hängt das auch damit zusammen, dass er sich als selbstbewusster schwuler Mann zu erkennen gab. David Halperin hat diesen Umstand ironisiert und sein Buch über den Einfluss von Foucault auf *queer theory* dann auch *Saint Foucault – A Hagiography* (»Foucault – Eine Heiligengeschichte«) genannt.



körper« nicht als etwas rein Natürliches, sondern außerdem als ein kulturelles Produkt, das eine bestimmte Funktion in einem ideologischen System ausübt. Dem Geschlechtskörper wird dann nach dieser Logik nämlich eine ganz bestimmte soziale Rolle und Identität und ein heterosexuelles Begehren zugewiesen. Geschlecht wird deshalb fast immer sexualisiert und zwar hetero-sexualisiert wahrgenommen. Diese Organisationsform ist nicht nur die vorherrschende, sondern nimmt für sich auch in Anspruch, die naturgemäße zu sein. Heterosexualität kann mit Hilfe des Begriffs der heterosexuellen Matrix also als ein Herrschaftssystem dargestellt werden, das Körper und ihr Verhältnis zueinander normiert und diese aufgezwungene Ordnung als natürlichen Grundzustand legitimiert. Die Kategorie »Frau« ist also immer eingebunden in die heterosexuelle Matrix und trägt deshalb immer normative Effekte im Gepäck mit sich herum. Sie erscheint so betrachtet als machtdurchwirktes, interessegeleitetes »diskursives Konstrukt« und nicht als unhintergehbare biologische Gegebenheit.

Die Abtrennung der drei Kategorien Sex/Gender/Begehren ist nicht erst Butlers Leistung. Diese konzeptuelle Differenzierung war bereits in den Siebziger- und Achtzigerjahren ein bewusster Eingriff feministischer Theoriebildung gewesen, mit dem die vermeintliche Einheitlichkeit der Triade unterwandert werden sollte und Biologie nicht mehr als unabwendbares soziales Schicksal begriffen werden musste. Butlers Neuerung bestand nun darin, dass sie ihre Kritik nun außerdem auf die Kategorien der Triade selbst richtet. Ihre Dekonstruktion der heterosexuellen Matrix zielt darauf ab, einen Blick auf den Geschlechteralltag zu werfen, der Widersprüche, Brüche und Alternativen zu dieser Matrix sichtbar werden lässt. Sex/Gender/Begehren erscheinen so nicht als selbstevidente und essenzielle Gegebenheiten. Vielmehr begreift sie Butler nun als performative Effekte. Performative Effekte entstehen erst im Prozess der Herstellung. Man könnte das auf die Formel bringen: es gibt kein Geschlecht, außer man tut es. In der Soziologie ist deshalb das Schlagwort des »Doing Gender« geprägt worden. Geschlecht gilt hier nicht mehr als eine Form des Seins, sondern des Handelns. Da Handeln sich erst in der Zeit realisieren kann, ist es ständig im Fluss. Die Kategorie »Geschlecht« kann so als Produkt eines fortlaufenden Konstruktionsprozesses betrachtet werden. Zum Selbsterhalt ist die Konstruktion von Geschlecht auf identische Wiederholungen angewiesen. Eine solche Struktur ist automatisch instabil. Sie produziert nämlich beständig Unfälle und Abweichungen. Butler interessiert sich nun gerade für die Brüche bei der Reproduktion der heterosexuellen Matrix und rückt sie damit von der Peripherie ins Zentrum der Analyse von Geschlecht. Die Analyse misslungener Realisierungen der heterosexuellen Matrix erlaubt ihr einen Einblick in die allgemeine Funktionsweise der Geschlechter- und Sexualitätenordnung.

Butler interpretiert Geschlecht als eine Norm, ein gesellschaftliches Ideal, dem alle versuchen nachzueifern, entweder als Mann oder als Frau. Alle wollen authentisch Mann oder Frau sein, und es gelingt ihnen doch nie. Entweder es stimmt am Körper etwas nicht oder das Verhalten passt nicht in die erwarteten Rollenvorstellungen



oder die Wahl der geliebten Person entspricht nicht der Norm. Immer steht etwas quer beziehungsweise *queer*. Der Trick daran, dass solche uneinholbaren Normen überhaupt Beachtung finden und nicht alle einfach auf sie pfeifen, ist ihre disziplinierende Wirkung. Die normative Geschlechterordnung ist ein Zwangsregime. Wer der Norm mehr entspricht als andere, genießt Privilegien. Das macht es so erstrebenswert, in der Norm zu sein. Wer ihr nicht entspricht, fühlt sich schuldig oder mangelhaft und hat mit mehr oder weniger massiven Sanktionen zu rechnen.

Es wird schon deutlich, dass eine solche Betrachtungsweise Koalitionen möglich macht, die quer zu den üblichen Identitätsgrenzen verlaufen. Butlers erklärtes politisches Ziel ist die Subversion der gültigen Geschlechternormen. In *Gender Trouble*, aber auch in ihren späteren Büchern beschäftigt sie sich immer wieder mit Strategien, die es möglich machen, Risse in der Norm aufzuklaffen zu lassen und die damit die Autorität der Norm anzugreifen (Butler 1991, 1995, 1998, 2001 a,b). Ein berühmt gewordenes Beispiel ist ihre Analyse der Geschlechterparodie bei der Travestie. Sie befasst sich aber auch mit transsexuellen und intersexuellen Lebenswelten, mit alternativen Lebens- und Fürsorgegemeinschaften, mit *queer politics*, mit der Uneindeutigkeit von ethnischen Identitäten und schließlich mit der Verschränkung verschiedener sexueller, geschlechtlicher, ethnischer, kultureller und sozialer Identitäten. Sie geht dabei nicht von der Vorstellung aus, dass man die Norm mit einem gezielten Schlag zu Fall bringen könnte. Eine Perspektive der Veränderung sieht sie nur in der Arbeit an der Norm. Dabei macht sie sich ihre theoretische Einsicht zu Nutze, dass die Norm nicht einmal in die Welt gesetzt wird und dann ein für allemal fortbesteht, sondern fortwährend reproduziert werden muss und dabei offen für Veränderungen ist. Als ein Beispiel für die Veränderbarkeit von Normen führt sie die Geschichte des Begriffes »queer« an. Dadurch, dass sich politische Aktivistinnen und Aktivisten dieses Schimpfwort angeeignet haben, ist seine diffamierende Bedeutung mit neuen Bedeutungsinhalten konfrontiert worden. Die Macht des Begriffes zu verletzen ist angegriffen worden. Butler nennt das eine performative Praxis der subversiven Resignifizierung. Das heißt, es geht um eine Neubestimmung der kulturellen Muster von Geschlecht und Sexualität, die mit der bestehenden Ordnung bricht.

### Rezeption in Deutschland

Die Neunzigerjahre haben einen beeindruckenden Boom der wissenschaftlichen Arbeiten und Forschung zu queeren Themen erlebt. Besonders die auffälligen Formen der Transgression von Geschlechternormen, wie *drag kings* und *queens*, *butch/femme* und *transgender*, standen im Zentrum des Interesses. In den Kultur- und Geschichtswissenschaften unternahm zahlreiche Studien eine Historisierung der Geschlechterordnung und versuchten damit, die Veränderlichkeit von normativen Geschlechterwelten unter Beweis zu stellen.

In der Bundesrepublik kristallisierte sich die Auseinandersetzung um *queer theory* an der Person und dem Werk von Judith Butler, weil sie hier zu Lande einfach deren bekannteste Vertreterin ist. Das deutschsprachige Erscheinen von *Gender Trouble* entfachte in

Butlers Beschreibung der Funktionsweise von Geschlecht und Sexualität ist zeitgemäß. Sie wäre sonst wohl nicht so erfolgreich gewesen. Ihre Analyse ist nur denkbar vor dem Hintergrund unserer aktuellen Erfahrung von Geschlecht und Sexualität: Bio- und Reproduktionstechnologien haben eine Entkopplung von Sexualität und Fortpflanzung ermöglicht. Sexualität ohne Zeugung und Zeugung ohne Sexualität sind dadurch alltäglich geworden. Die kosmetische und plastische Chirurgie erlauben neue Veränderungen der Geschlechtskörper, wie z. B. die Geschlechtsangleichung bei Transsexuellen. Es ist dadurch einfacher geworden, den Körper den eigenen bzw. den gesellschaftlichen Erwartungen anzupassen. Die Sexualmoral ist liberaler geworden. Verschiedene Emanzipationsbewegungen haben Geschlechterhierarchien und -normen angegriffen und Alternativen der geschlechtlichen und sexuellen Lebensgestaltung erkämpft. Das dreigeteilte Modell von *sex/gender/desire* ist also als ein Wissen über Geschlecht und Identität bis zu einem gewissen Grad »normalisiert«.

der Nummer 2 der Feministischen Studien von 1993 einen Sturm der Entrüstung, der sich zu einem feministischen Generationenkonflikt entwickelte. Zur Debatte stand vor allem ihre Dekonstruktion des feministischen Subjekts »Frau« und des anatomischen Geschlechtskörpers. Ihre Heterosexualitätskritik wurde fast gar nicht rezipiert. Lesbische und schwule Wissenschaftlerinnen haben sich dagegen durchaus positiv auf *queer theory* bezogen, um homosexuelle Identitäten zu dekonstruieren und zu historisieren (vgl. Kraß 2003). Ob *queer theory* einen festen institutionellen Platz an bundesdeutschen Universitäten bekommen wird, ist allerdings eher unwahrscheinlich. An mehreren Unis gibt es Forschungsprogramme für Geschlechterforschung. Sexualität wird dabei nicht ausdrücklich erwähnt. Nur in Hamburg ist in diesem Jahr eine eigene Professur zu *queer theory* eingerichtet worden.

Außerhalb des universitären Rahmens war das Echo auf *queer* etwas verhaltener. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass die politische Situation in der BRD eine in weiten Teilen andere war als in den USA. Die Schwulen- und Lesbenbewegung blickt auf eine andere Geschichte zurück. Das Sozialstaatssystem dämpfte die Folgen der Aids-Krise ab. Das Wiedererstarken nationalistischer Diskurse geschah in Deutschland nicht so sehr über das Phantasma sexueller, sondern vor allem völkischer und kultureller Reinheit und führte so anstelle von homophoben zu fremdenfeindlichen und rassistischen Kampagnen. Deshalb hatten die im vereinigten Deutschland unter dem Label *queer* gegründeten Gruppen vor allem eine antifaschistische und antirassistische Ausrichtung. Von einigen wenigen Versuchen abgesehen, hat sich in Deutschland kaum eine eigenständige Queer-Bewegung gebildet. Dieses Ungleichgewicht zwischen einem großen Interesse für die Theorie und einer vergleichsweise geringen politischen Praxis hat dazu geführt, dass *queer* hier mehr als in englischsprachigen Ländern der schlechte Ruch des Akademischen, Abgehobenen, Weltfremden anhaftet, das sich nicht in die Praxis umsetzen lässt. Außerdem gibt es oft Schwierigkeiten mit dem sehr hohen Komplexitätsgrad queer-theoretischer Analysen. (Und ich weiß nicht, ob meine Ausführungen daran etwas ändern können).

Anders als in den USA haben hiesige lesbische und schwule Szenen ihre separatistische Ausrichtung erst in den Neunzigerjahren aufgegeben und sich auf lesbisch-schwul orientiert, als man in den USA längst Erfahrungen damit gesammelt hatte und an die Grenzen auch dieser Form der Identitätspolitik gestoßen war. Vielleicht bot sich für die BRD dagegen der Begriff »Queer« an, um diese neue Form der Zusammenarbeit zu dokumentieren. Die politische Agenda, die darunter verhandelt wird, ist aber sehr oft eine auf Integration und Assimilation zielende Lobby- und Bürgerrechtspolitik. Außerdem sind diese Organisationen erfahrungsgemäß sehr schwulendominiert, wie beispielsweise der »Lesben- und Schwulenverband in Deutschland«, LSVD, aber auch die AG Queer in der PDS.

Inzwischen nimmt dagegen die Bereitschaft für eine Wahrnehmung von *queer* zu, die über den Nenner von »lesbisch-schwul« hinausgeht. Das beweisen die Diskussionen um eine Anerkennung von trans- und intersexuellen Lebensweisen. Diese Auseinandersetzungen sind aber lange noch nicht zu Ende geführt. Die Teilhabe trans-

In den Neunzigerjahren haben sich in den alten und neuen Bundesländern viele Gruppen, Medien und Organisationen das Label *queer* zugelegt – darunter eben auch die AG Queer in der PDS. Mich würde nun interessieren, welches Konzept von Queer bei so einer Namensgebung im Hintergrund stand. Wenn *queer* als Begriffsimport hierzulande verwendet wird, meint er meistens nur dasselbe wie »schwules/bisch.« Nur dass *queer* vielleicht interessanter und moderner klingt und nicht gleich verrot, was sich Schmutziges dahinter verbirgt. Die Schockwirkung, die Queer für das Englische besitzt, wird dann gerade nicht transportiert. Ins Deutsche ließe sich Queer vielleicht am ehesten mit »pervers« übersetzen. Nur dass hier niemand auf die Idee käme, von »perverser Theorie« oder »perverser Politik« zu sprechen. Schade vielleicht! Einen politisch-kritischen Unterton besitzt der Begriff *queer*, wenn er in der Subkultur auftaucht, nämlich nur selten.

sexueller Frauen an Frauen- und Lesbenräumen ist ein unausgestandenes Reizthema, das immer wieder hochkocht, z. B. auf der Lesbenwoche 1997 in Berlin. Gerade in der lesbischen Szene, wo traditionell eine hohe Sensibilität für eigene Minderheiten besteht, ist aber die Aufmerksamkeit für das Thema transgender gewachsen. In der Schwulenszene werden dagegen Tunten und transsexuelle Männer nach wie vor marginalisiert.

### *Perspektiven für die Politisierung von queer theory*

Abschließend möchte ich einige Vorschläge machen, welche Chancen für eine lebendige Praxis von *queer theory* und *queer politics* bestehen könnten. Dabei bin ich natürlich vor allem auf die Erfahrungen aus der politischen Arbeit angewiesen.

Zunächst müssen wir uns in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob *queer* heute überhaupt noch ein politisches Potenzial entfalten kann, wo Defizite und Sollbruchstellen queerer Gesellschaftsanalyse liegen. Heute, über zehn Jahre nach der Entstehung von *queer*, hat sich manche Euphorie gelegt und man kann bereits eine erste kritische Bilanz seiner Effekte ziehen.

Eine Kritik an *queer theory* beläuft sich z. B. darauf, dass sich *queer* zu sehr in der Nähe von Kommerz und Spaßkultur bewegen würde. Queer diene dann nur noch als Distinktionsmerkmal für eine junge konsumorientierte Generation von Schwulen und Lesben, die mit dem moralischen Rigorismus ihrer Vorläufergeneration nichts mehr zu tun haben wollen. All das, zusammen mit der absichtlichen Unschärfe des Begriffes *queer* würde zur Beliebigkeit dieser Kategorie beitragen. Außerdem würde *queer* Sexualität überbetonen und andere Achsen der Herrschaft vernachlässigen. Dieser Vorwurf verbindet sich meistens mit der Feststellung, dass *queer* eine kulturalistische und damit idealistische Politik betreiben würde. Es gehe nur um Fragen der kulturellen Anerkennung und nicht um Fragen der Verteilung von gesellschaftlichem Wohlstand. Schließlich wurden queere Politikstrategien kritisch ins Visier genommen: Angekreidet wurde eine einseitige Bejahung von Öffentlichkeit und *outness*. Zum einen würde *queer* dadurch im Bannstrahl des Medienmarktes stehen, zum anderen könne der Gang in die Öffentlichkeit gerade für illegalisierte Menschen sehr gefährlich sein. *Queer politics* seien darüber hinaus zu sehr auf den Einzelnen/die Einzelne bezogen und damit nicht in der Lage, Kollektivität zu denken und nachhaltig zu organisieren. *Queer theory* würde die Illusion wecken, die Geschlechterordnung ließe sich durch individuelles Handeln verändern. Die queere Theorie von der Performativität des Geschlechts würde allzu oft so verstanden, dass sich Geschlecht nach Gusto frei wählen lässt. Sexuelle und geschlechtliche Identität würden auf diese Weise warenförmig verdinglicht. Geschlecht sei aber vielmehr ein sehr stabile Kategorie gesellschaftlicher Hierarchiebildung, die sich nicht willentlich verändern oder ablegen lässt. All diese Kritikpunkte hauen in die gleiche Kerbe: sie überprüfen, wo *queer* in ein affirmatives Verhältnis zu neoliberalen Ideologien und Umstrukturierungsprozessen gerät. Hier ist in der Tat Vorsicht geboten.

Wenn man aber das kritische Potenzial von Queer ernst nimmt und für die Zukunft lebendig halten möchte, müsste das heißen, das

Feld der Politik so zu begreifen, dass Sexualität an allen Stellen eingeschlossen ist: sozusagen eine Art »Sexuality Mainstreaming« (wenn auch der Begriff des »Gender Mainstreaming« schon unerträglich abgenutzt und realpolitisch diskreditiert ist). Ich möchte zum Schluss einige Arbeitsfelder hierfür aufmachen und Fragen formulieren, an denen angesetzt werden könnte (vgl. Genschel/Lay/Wagenknecht/Woltersdorff 2001).

*Erstens:* Eine Kritik an Heteronormativität: Wissenschaftlich liegt das Potenzial von Queer vor allem darin, zu zeigen, dass Heterosexualität als »Heteronormativität« elementaren Gesellschaftskonzepten zu Grunde liegt. Heterosexualität wird demgemäß als Grundbedingung und Urform aller sozialen Beziehungen betrachtet. Es gehört zum diskreten Charme heterosexueller Herrschaft, dass sie Bereiche durchzieht, die auf den ersten Blick nichts miteinander und schon gar nichts mit Sexualität zu tun haben: Privatheit und Öffentlichkeit, »Nation« und »Rasse«, Wahrheit und Lüge, Original und Kopie, Geheimnis und Evidenz, Frau und Mann, Aktivität und Passivität, Männlichkeit und Weiblichkeit, Mutter und Kind, Spaß und Ernst. Heteronormativität ist als gesellschaftlicher Zwang in den Staat und seine Institutionen (Schule, Militär, Ehe) eingelagert. Der von *queer* eingeleitete Perspektivenwechsel müsste also fortgesetzt werden: weg von der Fokussierung auf Minderheiten hin zum Blick aufs Zentrum und zur Entprivilegierung der normierten Heterosexualität. Nicht nur lesbische und schwule Identitäten gehören also dekonstruiert, sondern ebenso auch heterosexuelle Identitäten. Dabei geht es darum, Widersprüche und Brüche in der Heterosexualität zu benennen und zu verstärken. Doch es fällt offensichtlich noch schwer, Normalisierung als Herrschaftsprinzip zu begreifen.

*Zweitens:* Eine Kritik an einem biologistischen Verständnis von Verwandtschaft und am Ideal biologischer binärer Elternschaft. Queer-theoretische Forscher und Forscherinnen, allen voran Judith Butler, haben in jüngster Zeit den Begriff der Verwandtschaft einer queer-theoretischen Kritik unterzogen (Butler 2001, Bernstein/Reimann 2001) und eine Erweiterung angesichts der Vielfalt gegenwärtig gelebter Fürsorgemodelle. Die Neuverhandlung und politische Regulierung des Familienbegriffes wird aber, wie der letzte Bundestagswahlkampf bereits ahnen ließ, auch ein praktisches Politikfeld von zunehmender Bedeutung werden, da die Familie im Zuge des neoliberalen Sozialabbaus wieder wichtiger wird. Alternative Lebensformen werden vor allem dann von der Politik wahrgenommen und anerkannt, wenn sich an sie vormalig staatliche Aufgaben ab-schieben lassen.

*Drittens:* Eine Kritik an Zweigeschlechtlichkeit: Das war zwar von Anfang an Bestandteil queerer Kritik, der Fokus lag aber auf den spektakulären Formen von Transgression und Subversion. Kaum ein Interesse gab es bisher für die weniger glamourösen Alltagspraxen. Gerade dem Wunsch nach Kohärenz und dem Einklagen von geschlechtlicher Authentizität bei Transsexuellen wurde wenig Respekt entgegengebracht.

*Viertens:* Eine Analyse des Verhältnisses von Rassismus und Sexualität, die die Verwobenheit von Sexualität mit anderen Achsen gesellschaftlicher Hierarchiebildung aufzeigt. Wie werden migranti-

sche Communities marginalisiert und als homogen konstruiert? Welche Rolle spielt Sexualität bei diesen Differenzierungsoperationen? Welche Form von Sexualität wird auf die Figur des Ausländers/der Ausländerin projiziert und mit ihr aus der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen?

*Fünftens:* Und zuletzt: eine Analyse des Verhältnisses von Kapitalismus und Sexualität, die leider immer noch als eine Lücke in queeren Untersuchungen klafft: Wie wird Sexualität in kapitalistischen Verhältnissen geprägt? Wie werden sexuelle Bedürfnisse reguliert und vermarktet? Welche Klassenpositionen sind in den so geformten »Ikonen des Begehrens« enthalten? Der Neoliberalismus erlaubt eine Entraditionalisierung und Flexibilisierung der Geschlechter- und Sexualitätenordnung, zugleich verdinglicht und verwertet aber gerade diese Identitätsvielfalt. Er erkennt sexuelles und geschlechtliches Abwechlertum an, weil er es als produktive Ressource ausbeuten kann. Der Abbau staatlicher Solidarsysteme führt außerdem zu einer Reprivatisierung von Reproduktionsarbeit und bürdet die Reproduktion damit wieder den sozial Schwachen – Frauen, Migrantinnen und Migranten, Softies – auf. Schließlich würde zu so einer Analyse aber auch gehören, die Klassenwidersprüche innerhalb der lesbischen, schwulen und *transgender* Communities, die sich mit der wachsenden Kommerzialisierung der Szenen verstärken, zu erkennen und zuzuspitzen.

#### Literatur

- Louis Althusser (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg/Westberlin.
- Mary Bernstein, Renate Reimann (2001): Queer Families, Queer Politics. Challenging Culture and the State, New York.
- Judith Butler (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a. M.
- Dies. (1995): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts, Berlin.
- Dies. (1998): Hass spricht. Zur Politik des Performativen, Berlin.
- Dies. (2001a): Antigones Verlangen: Verwandtschaft zwischen Leben und Tod, Frankfurt a. M.
- Dies. (2001b): »Jemandem gerecht werden. Geschlechtsangleichung und Allegorien der Transsexualität« in: Das Argument 242, S. 671-684.
- Lisa Duggan, Nan D. Hunter (1995): Sex Wars. Sexual Dissent and Political Culture, New York/London.
- Steven Epstein (1987), »Gay Politics, Ethnic Identity: The Limits of Social Constructionism« in: Socialist Review 17.3/4, S. 9-54
- Michel Foucault (1983-86): Sexualität und Wahrheit, 3 Bde, Frankfurt a. M.
- Corinna Genschel, Caren Lay, Peter Wagenknecht, Volker Woltersdorff (2001): »Anschlüsse«, in: Annamarie Jagose: Queer Theory. Eine Einführung, Berlin, S. 167-194.
- Amy Gluckman, Betsy Reed (1997): Homo Economics, Capitalism, Community, and Lesbian and Gay Life, New York/London.
- David Halperin (1995): Saint Foucault. Towards a Gay Hagiography, New York/Oxford.
- Andreas Kraß (2003): Queer Denken. Gegen die Ordnung der Sexualität (Queer Studies), Frankfurt a. M.
- Teresa De Lauretis (1991): »Queer Theory: Lesbian and Gay Sexualities. An Introduction« in: differences: A Journal of Feminist Cultural Studies, 3.2, iii-xviii.

ARMIN BERNHARD

## Bildung als Bearbeitung von Humanressourcen.

Die menschlichen Wesenskräfte  
in einer sich globalisierenden Gesellschaft

Armin Bernhard, Jg. 1957 – Prof. Dr., Dipl.-Päd., Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Münster, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft; Arbeitsschwerpunkte: Allgemeine Pädagogik, kritische Erziehungs- und Bildungstheorie, historische Reformpädagogik, Fachdidaktik Pädagogik; jüngste Veröffentlichungen: Erziehung und Bildung. Grundlagen emanzipativer Subjektwerdung, Kiel 2001; Kritische Erziehungswissenschaft und Bildungsreform, 2 Bde., Baltansweiler 2003 (Mithrsg. mit Armin Kremer und Falk Rieß); Pädagogik und die Zukunft einer verkehrten Welt, in: Jahrbuch für Pädagogik 2001 – Zukunft, Frankfurt a. M. 2001; in Vorbereitung: Antonio Gramsci und die Pädagogik. Grundlegung einer praxisphilosophischen Erziehungs- und Bildungstheorie

In einem philosophischen Zugriff hat Karl Marx Mitte des 19. Jahrhunderts ein Phänomen der modernen Gesellschaft in die Forschungsperspektive gerückt, das er unter Rückgriff auf den in den Traditionen bürgerlicher Aufklärung entwickelten Begriff der Entfremdung charakterisiert. In dieser streng philosophisch bestimmten begrifflichen Fassung gilt uns diese Kategorie im folgenden als Schlüssel zur Herleitung der Implikationen und Konsequenzen gegenwärtiger Strategien der Wissensvermittlung und des Lernens und des in ihnen erkennbaren neuen Menschenbildes. In der Marxschen Kategorie der Entfremdung sind sämtliche Dimensionen keimhaft enthalten, die die pädagogischen Grundprobleme einer neoliberalen Gesellschaft im Prozeß wirtschaftlicher Globalisierung bestimmbar und interpretierbar machen, ohne sie auf blanken Ökonomismus zu reduzieren. Nicht nur wird die durch den Modernisierungs- und Globalisierungsprozeß verursachte Fragmentierung von Identität vermittels der Kategorie der Entfremdung erschließbar; auch die Verdinglichung des Prozesses der Bildung der menschlichen Wesenskräfte wird als notwendiges Moment dieser Fragmentierung von Identität selbst erkennbar.

*Entfremdung – Verdinglichung – Fragmentierung:  
Die Blockierung der menschlichen Wesenskräfte*

Entfremdung in der Tradition der Marxschen Theorie stellt eine Kategorie dar, in der philosophische, subjekttheoretische und kritische politisch-ökonomische Überlegungen zusammenfließen: Jede Verdrängung auf die eine oder andere Dimension würde daher zur Depotenenzierung der Erklärungskraft und zu einer Verflachung dieses Begriffs führen. Die Theorie der Entfremdung ist zunächst eine Antwort auf die zeitgenössischen nationalökonomischen Verhältnisse, in denen Marx die Tendenz zur Versachlichung der gesellschaftlichen Beziehungsverhältnisse auf Kosten der lebendigen menschlichen Austauschformen registriert. Dieser Vorgang des *Fremdmachens* ist ein Prozeß, der aus den Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionszusammenhangs entspringt, sich wie ein geheimes Netz über die zwischenmenschlichen Beziehungen legt und sich im Innenleben der Menschen einnistet. In der konkreten Struktur gesellschaftlicher Produktion angelegt, bewirkt die Entfremdung nicht nur die Fremdheit der Menschen gegenüber der Realisierung ihrer Arbeitsvollzüge und den Gegenständen, die sie in diesen herstellen, sondern auch die Fremdheit gegenüber anderen



Menschen und gegenüber ihrer eigenen Natur sowie gegenüber ihren eigenen geistigen Fähigkeiten. Der Mensch wird insgesamt »seinem Gattungswesen entfremdet« (MEW, Ergänzungsband I, S. 518).

Im Vorgang der Entfremdung wird nicht nur strukturelle Fremdheit gegenüber der Lebenstätigkeit und den produzierten Gegenständen erzeugt: »Die *Entäußerung* des Arbeiters in seinem Produkt hat die Bedeutung, nicht nur, daß seine Arbeit zu einem Gegenstand, zu einer *äußern* Existenz wird, sondern daß sie *außer ihm*, unabhängig, fremd von ihm existiert und eine selbständige Macht ihm gegenüber wird, daß das Leben, was er dem Gegenstand verliehen hat, ihm feindlich und fremd gegenüber tritt.« (Ebenda, S. 512) In demselben Prozeß wird das gesamte Gattungswesen des Menschen von der Entfremdung ergriffen und nach außer ihm liegenden Maßstäben zugerichtet, ja selbst das Bewußtsein des Menschen von seiner Gattung wird außer Kraft gesetzt und auf ein Mittel zur Existenzsicherung reduziert. Die subjekt- und bildungstheoretisch zentralen Aussagen beziehen sich auf die Folgewirkungen der Entfremdung, die die Weiterentwicklung der *menschlichen Wesenskräfte* (Ebenda, S. 542) nachhaltig blockieren. Im Umschlag der menschlichen Äußerung in Entäußerung, der Vergegenständlichung in Verdinglichung, der Verwirklichung in Entwirklichung macht die Entfremdung »das *Gattungswesen des Menschen* sowohl die Natur als sein geistiges Gattungsvermögen, zu einem ihm *fremden* Wesen, zum *Mittel* seiner *individuellen Existenz*. Sie entfremdet dem Menschen seinen eigenen Leib, wie die Natur außer ihm, wie sein geistiges Wesen, sein *menschliches* Wesen.« (Ebenda, S. 517)

Die freie Entfaltung der menschlichen Wesenskräfte wird unterbrochen, die Potentiale des menschlichen Subjektvermögens werden eingekapselt in die Logik der Entfremdung, das Gattungswesen des Menschen bleibt forthin unter Verschuß. Bis in die Tiefe unserer Persönlichkeit, »bis in die Materialität« unseres Subjektseins (Rosanda 1994, S. 25) sind wir entfremdet, vereinseitigt, deformiert, enteignet derjenigen Potentialitäten, die das Gattungswesen Mensch ausmachen.

Die Entfremdung freilich ist keine anthropologische Grundtatsache, der Vorgang des Fremdmachens ist vielmehr strukturell mit der Entstehung einer Wirtschaftsform verknüpft, die die Verwertbarkeit des Menschen in den Vordergrund stellen muß, weil nur durch sie der Gewinn realisierbar ist, der die oberste Maxime gesellschaftlicher Produktion darstellt. Ist Entfremdung in gewissem Ausmaß bereits vor der Etablierung bürgerlicher Gesellschaft vorhanden, weil die Menschen ihre Existenzweise in vorindustriellen Sozialformationen nur partiell kontrollieren können, so wird im entwickelten Kapitalismus der Verlust dieser Kontrolle dramatisch (Mandel 1984, S. 203).

Diese Wirtschaftsform wird erst unter gesellschaftlichen Bedingungen möglich, unter denen Kapital als Geld, das nach der Vermehrung dieses Geldes strebt, in die Produktionssphäre der Gesellschaft eindringt, was wiederum voraussetzt, daß diejenigen, die produzieren, von den Mitteln ihrer Produktion getrennt sind und die Eigentümer der Produktionsmittel den gesellschaftlich produzierten

Reichtum privat aneignen können. Diejenigen, die diesen Reichtum aber produzieren, müssen ihre Arbeitskraft als Waren verkaufen, um ihre Existenz sichern zu können (Mandel 1980, S. 56 ff.; Haug 2002, S. 235). Aufbau und Reproduktion des menschlichen Subjektvermögens stehen letztendlich, wie immer subtil auch vermittelt, unter der Direktive der permanenten Aktualisierung der menschlichen Ware Arbeitskraft. Die Produktionsmittelbesitzer stehen ihrerseits aufgrund der durch das Privateigentum verursachten Ausdifferenzierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und Arbeitskräfte unter dem objektiven Druck, »Profit und Wachstum zu maximieren, ungeachtet der Ergebnisse dieses Strebens für die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit.« (Mandel 1980, S. 58) Denn um den Marktanteil zu erhalten oder zu erweitern, müssen die Kosten der Produktion herabgedrückt werden, ein Erfordernis, das durch serielle Produktion und Maschinisierung erfolgen kann. Steckt damit im Kapitalismus ein gewaltiges Potential zur »Entfaltung des technischen Fortschritts, zur beständigen Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse auf die materielle Produktion, zur uferlosen Ausdehnung des Warenbergs und des Maschinenparks bis hin zur ... Halbautomation« (ebd.), so produzieren die ständige Maschinisierung der Produktion, ihre Instandhaltung und Versorgung mit Energie einen Widerspruch, den Marx im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ausgedrückt hat (MEW, Bd. 25, S. 221-277).

Weil nur lebendige Arbeitskraft mehr Wert zu produzieren in der Lage ist, aus der der Gewinn angeeignet werden kann, diese lebendige Arbeitskraft aber im Verhältnis zu den von einem Eigentümer aufgewendeten sachlich-gegenständlichen Produktionselementen immer stärker schwindet, muß die allgemeine Profitrate zwangsläufig beständig sinken. Die objektiven Gesetzmäßigkeiten, die die kapitalistische Produktion erfordert, treiben die Verdinglichungstendenzen der Gesellschaft hervor, verschärfen die Fremdheit in allen Dimensionen des menschlichen Daseins durch dessen Fixierung auf die Dinghaftigkeit der Mensch-Welt-Beziehungen. Die menschlichen Wesenskräfte werden in ihrer kreativen Potentialität reduziert nach Maßgabe ökonomischer Direktiven, nur singular können sie die Hülle der Dinghaftigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen durchdringen. Die von der bürgerlichen Klasse propagierte Freiheit realisiert sich als Freiheit, die Selbstentfremdung als Mittel zum Zweck der Existenzsicherung in Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt einzusetzen. Konkrete Formen und Intensität der Verdinglichung hängen von der jeweils besonderen Art und Weise der Produktion und Reproduktion der Lebensverhältnisse des Menschen in der modernen bürgerlichen Gesellschaft ab. Auf der Stufe des Übergangs zur »transnationalen Produktionsweise« (Haug 1999, S. 32), die durch die hochtechnologischen Produktivkräfte ermöglicht wird und in deren Kontext der Weltmarkt zum ersten Mal in der Geschichte geschaffen wird, ändern sich die gesellschaftlichen Anforderungen an die Subjektausstattung und demzufolge auch die Formen der Entfremdung in den Mensch-Welt-Beziehungen und in den Beziehungen des Menschen zu sich selbst. Es ändern sich damit auch die Direktiven und die geplante Bearbeitung der menschlichen Wesenskräfte.

Marx schreibt hierzu: »Da die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit, der produktiv konsumierten Produktionsmittel, so muß auch der Teil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist und sich in Mehrwert vergegenständlicht, in einem stets abnehmenden Verhältnis stehn zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals. Dies Verhältnis der Mehrwertsmasse zum Wert des angewandten Gesamtkapitals bildet aber die Profitrate, die daher beständig fallen muß.« (MEW Bd. 25, S. 223)

*Homo materia: Die Humanressourcen als Rohstoffquelle  
im hochtechnologisierten Kapitalismus*

Unter diesen objektiven Gesetzmäßigkeiten, deren Grundlage wir hier nicht weiter verfolgen können, ist die Frage der Bildung subsumiert. In der Maxime der Verwertbarkeit des Menschen und den immer wieder konfliktreichen Versuchen, sie in Arbeitsprozessen umzusetzen, ist die Entfremdung strukturell angelegt, in die Bildung konstitutiv eingeht. Wir wenden uns nun ihrer gegenwärtigen Ausdrucksform zu, denn die philosophische Bestimmung der Entfremdung unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung verlangt nach ihrer Auslegung in subjekt- und bildungstheoretischer Perspektive. Daß Bildung von den Zwängen der Entfremdung frei sein könne, ist eine Illusion idealistischer Theorien, die Bildung in einem jenseits der realen Verhältnisse angesiedelten Reich des Schönen verorteten. Denn um die menschliche Natur in ein spezifisches Arbeitsvermögen umzuwandeln, »bedarf es einer bestimmten Bildung oder Erziehung, welche ihrerseits eine größere oder geringere Summe von Warenäquivalenten kostet.« (MEW, Bd. 23, S. 186) In einer sich in wirtschaftlichem Bereich globalisierenden, informations- und kommunikationstechnologisch gestalteten Gesellschaft, in der die Tendenzen der Maschinisierung und Automatisierung die Möglichkeit von Erwerbsarbeit systematisch ausdünnen, wächst der gesellschaftliche Druck auf eine Bildung, die in effizienterem Maße und in schnelleren Zyklen die gewünschten Subjektvermögen hervorbringen soll. Die Indizien dieses Drucks sind erdrückend: Die Bemühungen um Elitförderung, Hochbegabtenförderung, Bildungsstandardisierung im Kindergarten, Verkürzung von Schulzeiten, Komprimierung der Zeit in der Vermittlung von Bildung, Modularisierung von Ausbildungsgängen und nicht zuletzt die Versuche der Privatisierung der Bildung durch Schaffung eines Bildungsmarktes für Bildungskonzerne (GATS) sprechen eine deutliche Sprache. In der Vision der Realisierung eines internationalen Bildungsmarktes würde sich dem Aspekt der Verwertbarkeit von Bildung der ihrer Käuflichkeit zugesellen.

Im folgenden geht es einerseits darum, das Menschenbild zu bestimmen, das in den gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussionen um die Verwertbarkeit von Wissen und die Kompetenzen zum Ausdruck kommt. Der von Günther Anders entwickelte Begriff des *homo materia* (1987, S. 21 ff.) dient dabei als Folie zur Kennzeichnung dieser versteckten Anthropologie. Bezieht sich die Formulierung von Anders auf die realisierbare menschliche Möglichkeit, sich allgemein in Rohstoff zu verwandeln, so betrachten wir im Kontext unserer Fragestellung speziell die *Bearbeitung der Humanressourcen* im Hinblick auf die Freilegung geistig-kreativer Kompetenzen. Andererseits sollen diejenigen *Humantechniken* identifiziert werden, vermittels derer eine warenförmige Bildung in Fortführung der Entfremdung die menschliche Natur mit denjenigen Wissensbeständen und Kompetenzen ausstatten soll, die sie als verwertbare Ware Arbeitskraft benötigt. Neben der philosophisch-anthropologischen Tendenz menschlichen Daseins zur Selbstverwertung seiner eigenen Existenz und damit ihrer nihilistischen Interpretation geht es um die nähere Bestimmung derjenigen Humantechniken, mit denen die

Die Bezeichnung »Humanressourcen« kennzeichnet ihrerseits eine verdinglichte Kategorie. Denn sie faßt nichts anderes als eine zu bearbeitende »natürliche« Reichumsquelle.

Gesellschaft aus Neugeborenen arbeitsfähige Menschen macht, meint Brückner.

Die gegenwärtigen Humantechniken, die perspektivisch auf die Bearbeitung der menschlichen Humanressourcen gerichtet sind, haben ihren Kern in neuen Formen der Generierung und Transformation von Identitätskonfigurationen, in denen der Wissensaufnahme, -verarbeitung und -transferierung als Subjekteigenschaft eine zentrale Bedeutung zukommt. Die mobile, flexible, fluide, wandlungsfähige, auf permanente Selbsttransformation geeichte Persönlichkeit charakterisiert das psychologische Korrelat des homo materia. Die gegenwärtige gesellschaftliche Tendenz, die in den bildungspolitischen Diskussionen ihren symptomatischen Ausdruck findet, enthält die Gefahr einer marktkonformen Modularisierung des Menschen. Modularisierung kennzeichnet die Grundtendenz eines Menschenbildes, das vom Menschen als einem beliebig in unterschiedliche marktgerechte Module aufspaltbaren Wesen ausgeht. Der zukunfts-fähige Mensch soll demgemäß nicht mehr nur soziale Rollen übernehmen und ihren Erfordernissen gemäß handeln; vielmehr soll ihn eine nachgiebige, formbare Identität dazu befähigen, mit den ständig wechselnden Anforderungen in einem globalisierten, informations- und kommunikationstechnologisch gestalteten Arbeits- und Konsummarkt umzugehen. Umgang ersetzt in diesem Falle die Konfrontation, denn es geht um einen spielerischen Umgang mit sozialen Zwängen, nicht um die intellektuelle Auseinandersetzung mit der Welt, es geht um die möglichst optimale *Selbstbehauptung* des Subjekts, nicht um den Widerstand, der gesellschaftlichen Zumutungen entgegengesetzt werden könnte. Das Bild vom modularisierbaren Menschen enthält den Imperativ, die eigene Persönlichkeit elastisch auf die Erfordernisse des Marktes einzustellen, es zielt auf *Marktfähigkeit* des menschlichen Innenlebens. Eine chamäleonhafte Identität, eine Art mobile Nomadenidentität soll der neuen Anforderungsstruktur der Gesellschaft entsprechen. Das von dem Soziologen Richard Sennet analysierte Leitbild vom *flexiblen Menschen* (Sennet 2000) entspricht den Anforderungen einer globalisierten Ökonomie, deren Grundbedingung die ubiquitäre Einsetzbarkeit des homo materia ist.

In dem Maß, wie sich die gesellschaftliche Produktion auf die zerebral-geistigen Fähigkeiten stützt und diese zu entscheidenden Produktivkräften werden läßt, in dem Maß wird Bildung noch stärker in den Prozeß der Verdinglichung einbezogen. In der gegenwärtigen Form des ökonomischen Systems werden Wissen und Kompetenzen zu grundlegenden Elementen der Mehrwertschöpfung und damit zu Ressourcen der betriebswirtschaftlichen Rendite. Daß im Rahmen eines Akkumulationsmodells, das verstärkt auf dem jeweiligen geistig-rationalen Subjektvermögen des Menschen aufruht, Bildung systematisch zu einer Ware degradiert wird, in deren Präsentation und Aufbereitung sämtliche im bürgerlichen Bildungsideal immer auch enthaltenen widerständig-emanzipatorischen Elemente eingefroren werden sollen, ist evident. Die Begriffe der Wissensgesellschaft, der Informationsgesellschaft, der Mediengesellschaft verschleiern nur die widersprüchlichen Prozesse, in deren Rahmen eine Umstrukturierung gesellschaftlicher Produktivkraftnutzung und Mehrwert-

schöpfung auf einer qualitativ neuen Stufe des bestehenden ökonomischen Systems erfolgt.

Der französische Sozialwissenschaftler Moulier-Boutang, der diesen Prozeß der Umstrukturierung als Wechsel vom industriellen hin zum kognitiven Kapitalismus charakterisiert, arbeitet die verschiedenen Strukturelemente dieses Wandels heraus: In einem ökonomischen System, dessen Akkumulation wesentlich auf Wissen basiert, wächst die Bedeutung von Forschung, Bildung, Informationsfluß, Kommunikationssystemen, organisiertem Lernen, strategischem Management beständig. Der Wert der Bildung, die zugleich eine auf Warenförmigkeit reduzierte Form der Bildung bleiben muß, steigt in einer Gesellschaft, die über die Schaffung, Gestaltung, Bedienung informations- und kommunikationstechnologisch angelegter Systeme die Produktion strukturiert, er steigt in dem Maße, wie menschliche Arbeitskraft für die Erfordernisse der Wissens- und Informationsproduktion präpariert werden muß (Moulier-Boutang 2001, S. 31 ff.).

Diese Bedeutungssteigerung der geistigen Fähigkeiten impliziert die Tendenz, eine Art Privateigentum an Mitteln der Bearbeitung des Rohstoffs Humanressourcen aufzubauen: Die Kontrolle über die Entwicklung des Wissens, der Kompetenzen, der Kreativität und der Phantasie der Mensch, muß in den privaten Verfügungsbereich übergehen, wenn die eigene Position im internationalen Wettbewerb aufgebaut, stabilisiert und erweitert werden soll: »Es geht hauptsächlich darum, technisches Wissen zu verwalten, die Entwicklung von Lernprozessen sicherzustellen, neues Wissen zu schaffen und sich den Zugang zu allen verfügbaren Kenntnissen zu sichern.« (Ebenda, S. 31)

In den zentralen bildungspolitischen Dokumenten ist der Gedanke der Verwertbarkeit von Wissen und Kompetenzen der grundlegende Dreh- und Angelpunkt bildungsreformerischer Innovationen schulischer Lern- und Bildungsprozesse, wobei allein die Akzentverschiebung vom Begriff der Bildung hin zur Kategorie des Lernens unter ideologiekritischer Perspektive aufschlußreich ist. In einer gesellschaftlich-historischen Situation, in der wirtschaftlicher Fortschritt immer stärker auf Wissen, Wissenstransfer, geistig-zerebralen Leistungen beruht, werden die sogenannten Humanressourcen zu einem umkämpften »Schlüssel für die Zukunft« (Lehner/Widmaier 1992, S. 96), sie werden immer stärker als grundlegender »Standortfaktor« im internationalen Konkurrenzkampf aufgefaßt (Bildungskommission NRW 1995, S. 43). Der Geschäftsbericht der rot-grünen Bundesregierung sieht in der Kreativität und Kompetenz der Menschen den »wichtigsten Rohstoff Deutschlands« (Bundesregierung 2000, S. 34), denn die »Innovationen von morgen fangen in den Köpfen der jungen Menschen von heute an.« (Schröder 2000, S. 49) Die Begriffe »Ressource« und »Rohstoff« verraten die Anthropologie des homo materia, der die innovativen Ansätze leitet und im verdinglichten Begriff die Entfremdung sowohl ausdrückt als auch noch einmal in der Wissenschaftssprache verdoppelt. Rohstoffe werden geplündert, bearbeitet und in eine gesellschaftlich profitable Form gebracht. Das Kind als Rohling ist diejenige Quelle, aus der nach seiner schulischen Umarbeitung in Humankapital die verwertbaren Innovationen entspringen sollen, ein Vorgang, in dessen Rahmen die

Der Gedanke der Verwertbarkeit von Bildung ist mittlerweile derart hegemonial geworden, daß er sogar vor der pädagogischen Arbeit in Kindergärten nicht halt macht. All diejenigen Momente, die sich von der Position der Erwachsenen als zweckfreie Tätigkeiten im Leben von Kindern ausmachen lassen, werden von selbsternannten Bildungsreformerinnen und -reformern als nutzlos eingestuft. In einer ontogenetischen Zeitspanne - so die Argumentation -, in der eine ungeheure Offenheit der menschlichen Subjektvermögen gegeben ist, läßt man diese unbearbeitet und verschwendet in der Folge wertvolles Humankapital.

über den Tauschcharakter der gesellschaftlichen Beziehungsverhältnisse vermittelte Warenförmigkeit des Humanvermögens von Kindern konstituiert wird.

Das Neue an dieser Bildungsökonomie ist freilich, daß sie sich der Entfremdung in anderer Weise bedient als vorangegangene Varianten. Die gesellschaftspolitische Intention, Kinder über eine Umstrukturierung schulischer Lernprozesse für das Leben in einer Gesellschaft auf dem Weg wirtschaftlicher Globalisierung »fit« zu machen, wie es neudeutsch heißt, Kinder besser und zugleich schneller, effektiver und in kürzeren, gleichsam hochselektiven Bearbeitungszeiten einem zukünftigen Arbeitsmarkt zuzuführen, war zwar schon immer das Ziel einer Ökonomie des Lernens; doch eignet der gegenwärtigen Bildungsökonomie ein neues Qualitätsmerkmal insofern, als im Unterschied zu früheren Indienstnahmen des schulischen Lernens hier noch die physiologischen, biographischen, emotionalen und kreativen Momente des Lernens für dieses Ziel nutzbar gemacht und unter ein progressives Design gestellt werden.

Im Rahmen eines neuen, strukturell erweiterten Qualifikationsbegriffs werden nicht nur einzelne Segmente der Persönlichkeit zum Gegenstand der Überlegungen, sondern die Allseitigkeit der menschlichen Wesenskräfte in ihrer entfremdeten Form: Der neue Qualifikationsbegriff faßt die Vielseitigkeit menschlicher Fähigkeiten, ohne sie aus dem Koordinatensystem der Entfremdung herauszulösen. Er berücksichtigt nicht nur die kognitiven Fähigkeiten, obgleich nur aus ihnen direkte Verwertungsmöglichkeiten erschlossen werden können, sondern auch die leiblichen, ästhetischen, affektiven und sozio-emotionalen, auf denen jene aufruhen und die mit diesen in ständiger Korrespondenz stehen.

In der Quantifizierung, Komprimierung und Verdichtung von Bildungszeit liegt ein wesentliches Moment gegenwärtiger Human-techniken zur Umwandlung von Humanressourcen in verwertbare Qualifikationen, das die Verdinglichung in den Mensch-Welt-Beziehungen nochmals steigert. Denn die Effizienzsteigerung in der Wissens- und Kompetenzproduktion erfordert die Ignorierung all derjenigen Momente, die für einen gelingenden Bildungsprozeß die unhintergehbaren Bedingungen sind: Muße, Zeit, Hingabe, Gelassenheit und Liebe, grundlegende Elemente, die den Menschen auch unter entfremdeten Bedingungen immer wieder dazu befähigen, die Grenzen der Verdinglichung zu überschreiten. Geleitet von einem »technologisch-verdinglichten Zeitbegriff« (Kofler 1982, S. 40), wird auch die Bildung den aus den beschleunigten Produktionsprozessen entspringenden zeitökonomischen Maximen unterworfen. Bildung reduziert sich auf Aneignung, der das Mensch-Welt-Verhältnis, Gegenstand des Bildungsprozesses, äußerlich bleiben muß, sie reduziert sich auf die Aneignung einer Welt, die nur noch als kontextlose Ansammlung von Modulen präsentiert wird. Im verwertungsbezogenen Blick auf Lernprozesse bleiben die Grunderfordernisse einer humanen Bildung in Hinsicht auf ihre zeitliche Dimension unberücksichtigt. In dem Unterfangen, die zeitökonomischen Prinzipien gesellschaftlicher Produktion umstandslos auf die Herstellung von Qualifikationen und Kompetenzen zu übertragen, wird unerfülltes Menschsein massenhaft produziert, dessen Auswirkun-



gen für die zivilen Grundlagen menschlichen Zusammenlebens unabsehbar sind.

Die in unterschiedlichen Kontexten entwickelten Kategorien des *kulturellen* und des *sozialen Kapitals* (Bourdieu/Passeron 1973; Coleman/Hoffer/Kilgore 1982) fassen bildungssoziologisch die Verdinglichung der menschlichen Wesenskräfte, die Verkapselung der vielseitigen Dimensionen menschlicher Subjektwerdung im Kontext des bestehenden Produktions- und Reproduktionszusammenhangs der Politischen Ökonomie. Auf die Produktion und Verwertung dieses kulturellen und sozialen Kapitals sind die Bestrebungen von Staat, Wirtschaft und Konzernen gerichtet. Auch das theoretische Rahmenkonzept der PISA-Studie beruht auf einem erweiterten Qualifikationsbegriff, der zwar die Ebene einer an formalen Bildungszertifikaten fixierten und kognitivistisch verengten Analyse verläßt, aber gerade in der Erweiterung seines Zugriffs auf *Basiskompetenzen* eine verdinglichende Bildungsökonomie fortführt, die die Implikationszusammenhänge der Entfremdung systematisch ausschließt. In den Überlegungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu Investitionen in das sogenannte Humankapital wird dieser Wechsel angezeigt: »Beurteilungen der Qualifikationsbasis des Humankapitalstocks tendierten bestenfalls dazu, aus »Stellvertreterindikatoren« wie »Schulabschluß« gewonnen zu werden. Sobald das Interesse an Humankapital ausgeweitet wird auf Eigenschaften, die es den Menschen erlauben, »lebenslang Lernende« zu werden, wird die Unangemessenheit deutlich. Durch die direkte Befragung von Wissen und Fertigkeiten überprüft OECD/PISA das Ausmaß der Fähigkeiten junger Menschen, sich dem Erwachsenenleben zu stellen, und zum anderen (bis zu einem gewissen Grad) die Effektivität von Bildungssystemen.« (OECD, zit. nach: Klausenitzer 2002, S. 48)

*Entfremdung im Bildungsprozeß und supplementäre Entfremdung:  
Die Integration pädagogischen Handelns  
in den Prozeß der Verwertung*

Wir müssen an dieser Stelle eine bildungstheoretisch notwendige Differenzierung einführen, nämlich die Unterscheidung zwischen pädagogisch begründeter *notwendiger Entfremdung*, die allen menschlichen Bildungsprozessen gemeinsam ist, und *supplementärer, also künstlich zugesetzter Entfremdung*, die keinen sozialanthropologischen Tatbestand darstellt, sondern das historische Produkt einer spezifischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse bildet. Diese Differenzierung können wir auch als Unterscheidung zwischen *unerläßlicher, im Bildungsprozeß des Menschen selbst begründeter Entfremdung* und *gesellschaftlich produzierter Verdinglichung* fassen. Jeder ernsthafte Vorgang von Bildung schließt Entfremdung ein, weil jede Auseinandersetzung mit einem Bildungsinhalt einen gewissen Grad an Entpersönlichung, an der Zurückstellung subjektiver Interessen und Wünsche, eine Irritation gegenüber bisherigen persönlichen Erfahrungen erfordert. Die über vermittelte Rationalität mögliche Entfremdung gegenüber der eigenen unmittelbaren Lebenswelt ist die Bedingung für die Aufhebung der Unmittelbarkeit und damit der Instandsetzung der

menschlichen Handlungsfähigkeit. Die Hingabe an einen Gegenstand oder Sachverhalt setzt einen Prozeß notwendiger Entfremdung in Gang, der allerdings nur temporär ist und nichts mit der elementaren Entfremdung im Verhältnis des Menschen zu seiner persönlichen und gesellschaftlichen Welt gemein hat. Entfremdung ist die Bedingung von Bildung, sie erfordert nach Hegel nur »den leichteren Schmerz und Anstrengung der Vorstellung, sich mit einem Nicht-unmittelbaren, einem Fremdartigen, mit etwas der Erinnerung, dem Gedächtnisse und dem Denken Angehörigen zu beschäftigen.« (Hegel 1996, S. 321)

Daß der Mensch sich in dieser Entfremdung nicht verliert, bedeutet, daß er seine Identität nicht in dem Fremden auflöst, mit dem er sich auseinandersetzt, sondern vielmehr ein qualitativ neues Verhältnis zu seiner Welt gewinnt, mithin die temporäre Entfremdung wieder aufhebt, sobald er sich aus der lernenden Auseinandersetzung mit einem Gegenstand zurückzieht. Abstraktionsvermögen, geistige Verfügbarkeit über die eigenen Lebensverhältnisse, kritische Urteilsfähigkeit repräsentieren die Persönlichkeitsdimension, die in diesem Bildungsprozeß angesprochen werden sollen.

In der supplementären Entfremdung dagegen, die nur zu analytischen Zwecken von der bildungstheoretisch bzw. pädagogisch notwendigen getrennt werden kann, liegen die Dinge anders. Die supplementäre Entfremdung ist im Lernprozeß diejenige grundlegende Form der Entfremdung, die das Verhältnis des Menschen zur Welt verdinglicht, ein Vorgang, der aus der verallgemeinerten Warenstruktur entspringt. Georg Lukács zufolge beruht das Wesen der Warenstruktur auf dem Umstand, »daß ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen Personen den Charakter einer Dinghaftigkeit und auf diese Weise eine ›gespenstische Gegenständlichkeit‹ erhält, die in ihrer strengen, scheinbar völlig geschlossenen und rationalen Eigengesetzlichkeit jede Spur ihres Grundwesens der Beziehung zwischen Menschen verdeckt.« (1986, S. 170 f.)

Diese Verdinglichung des Verhältnisses des Menschen zu seiner Welt und zu sich selbst, die Entfremdung von seinen eigenen geistigen Fähigkeiten und damit von seinem Gattungswesen findet sich auf allen Ebenen der schulischen Rohstoffbearbeitung wieder, ja sie ist selbst ein Motor für diese Verdinglichung, deren Produkt sie ist. Die pädagogisch erforderliche Entfremdung, die die intellektuelle Distanz zum Gegenstand des Prozesses der Bildung herstellen kann, wird durch Einfassung in die von der gesellschaftlichen Produktions- und Arbeitsorganisation ausgehenden verdinglichenden Tendenzen überlagert, die im Bildungsprozeß mögliche Selbstobjektivierung des Menschen als Bedingung seiner Handlungsfähigkeit schlägt in *Selbstinstrumentalisierung* um. Nicht nur erhalten die sozialen Beziehungen zwischen Personen im Kontext des schulischen Bildungsprozesses durch den Eingang der Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzipien in den Umgang von Lehrenden und Lernenden den Charakter von Dinghaftigkeit; auch in den präsentierten Bildungsinhalten und darüber hinaus insbesondere in der Form, im Medium ihrer Präsentation, schlägt die Verdinglichung der menschlichen Wesenskräfte insofern durch, als der menschheitliche Entstehungszusammenhang von Bildungsinhalten und ihrer methodischen Ver-

In idealistischer Form verkleidet liegt diese Form der Entfremdung rudimentär bereits in der Hegelschen Bildungstheorie vor, die Marx später mit den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise systematisch verknüpft. »Unglücklich der«, schreibt Hegel 1809, »dem seine unmittelbare Welt der Gefühle entfremdet wird; denn dies heißt nichts anderes, als daß die individuellen Bande, die das Gemüt und den Gedanken heilig mit dem Leben befreunden, Glauben, Liebe und Vertrauen, ihm zerrissen wird!« (1996, S.321)

mittlung nicht mehr in den Horizont des schulischen Lernens tritt, geronnenes menschliches Handeln nicht mehr als deren verursachendes Element in den Bewußtseinshorizont Eingang finden kann. Die Struktur eines Bildungsprozesses jedoch, der tiefgreifende Erkenntnisse ermöglichen soll, die im Durchgang durch die Entfremdung diese aufheben könnten, kann nicht an bereits vorgefabrizierten, die Bildung präjudizierenden Materialien entwickelt werden, denn diese stabilisieren und vertiefen die supplementäre Entfremdung auf hohem Niveau.

Im Zusammenhang der im Bildungsprozeß zum Ausdruck kommenden und ihn auch gleichermaßen produzierenden supplementären Entfremdung sind zwei Ebenen zu unterscheiden, die in unterschiedlicher Weise auf Verwertbarkeit der Humanressourcen bezogen sind. Diese in der bildungstheoretischen Unterscheidung von materialer und formaler Bildung reflektierten Ebenen betreffen die durch Inhaltsorientierung und Subjektorientierung bzw. die Mischungsverhältnisse zwischen beiden Maximen freilegbaren Möglichkeiten der Verwertung. Zwar ist auch in der materialen Bildung supplementäre Entfremdung in dem Maße vorhanden, wie in der An- und Zueignung eines Bildungsinhalts auf die reflexive Verflüssigung seiner konkreten Entstehungsgeschichte verzichtet wird. Doch liegt auf der Ebene der formalen Bildung ein gewaltiges Entfremdungspotential, weil in der Konzentration auf die Freilegung der kreativen Fähigkeiten des Subjekts der Schein der Weiterentwicklung der menschlichen Wesenskräfte vor dem Hintergrund ihrer wachsenden Deformierung erzeugt wird. Progressive Didaktik, Wirtschaftskreise und Bildungskonzerne konvergieren in diesen Bemühungen, wenn sie ihre Anstrengungen auf Wege der Herstellung von Qualifikationen und Kompetenzen konzentrieren.

Diese repräsentiert die wichtigste pädagogische Humantechnik in der Bearbeitung von Humanressourcen. Methodenfetischismus und Medienfixierung dienen wohl der Repräsentanz einer vorgeblichen pädagogischen Kreativität, allein sie bleiben extrem unpädagogisch, verstärken sie doch die schablonenhaften Wahrnehmungs- und Erfahrungsformen, die es gerade aufzubrechen gelte. Bildungsinhalte, die die Sichtweisen der Heranwachsenden auf die Welt und die eigene Persönlichkeit in ihr zu erschließen hätten, geraten so zu warenförmigen Lernmaterialien, die den schematischen Bildungsprozeß befördern und damit die Entfremdung steigern.

Solch eine Verdinglichung von Bildung durch »kommerziell produzierte Curriculum-Pakete«, die der Erleichterung der Aneignung nicht erleichterbarer Frage- und Problemstellungen dienen, verstellen den Blick auf die gesellschaftlich-historische Genese von Erkenntnis und Wissen (Tillmann 1989, S. 175) und schneiden die Wissensaneignung vom Prozeß der Erfahrung ab.

Die Didaktik der letzten Jahrzehnte mit ihren Prinzipien der Lebensweltorientierung, der Subjektorientierung, der Handlungsorientierung, der Erfahrungsorientierung setzt auf der Basis eines naiv aufgefaßten Philanthropismus die supplementäre Entfremdung fort, insbesondere durch die Illusion, die Aneignung von Mensch und Welt könne auf dem Weg minimaler, dem Inhalt gegenüber indifferenter kognitiver Anstrengung vollzogen werden. Der Konsumismus

in der Bildung ist nicht nur eine Begleiterscheinung der Sozialisation in der gesellschaftlichen Glitzerwelt von Kulturindustrie und Warenästhetik, sie ist auch das Ergebnis eines Lehr-Lern-Prozesses, der qualitative Anspruchshaltungen durch spielerische Aneignung, durch die unerträgliche Leichtigkeit des Lernens ersetzen möchte. Die Einsicht, daß es im Vorgang der Bildung auch darum gehen könnte, die Heranwachsenden mit der ernsthaften Aufgabe zu konfrontieren, ihre »Subjektivität einem objektiven Sachverhalt unterzuordnen« (Heydorn 1994/1, S. 131), gibt längst eine randständige Position wieder. Die oben genannten methodischen Prinzipien implizieren eine Selbsterfahrung, die sich nicht über geistige Arbeit, über die Anstrengung ästhetischer und begrifflicher Erkenntnis konstituiert, die vielmehr die Wiedergewinnung humaner Menschwerdung ohne jeden Umweg, unmittelbar freisetzen möchte. Es ist dies ein Lernkonzept, das die pädagogisch legitimierte Entfremdung unterläuft, zugleich aber die supplementäre Entfremdung steigert. Als Alternative zur Möglichkeit, über die tiefgreifende Zueignung von Bildungsinhalten das eigene Welt- und Selbstverhältnis zu klären, setzt dieses Lernkonzept auf die konformistische Performanz, die es systematisch mit Kompetenz verwechselt, wodurch die supplementäre Entfremdung auf hohem Niveau stabilisiert und vertieft wird.

*Verwertbarkeit als Kriterium? Zur internen Irrationalität  
und zur Kritik eines Prinzips der Sozialisation,  
Erziehung und Bildung von Menschen*

Verwertbarkeit ist, wenn wir den Begriff nicht naiv etymologisch auslegen, sondern uns auf seine real-historische Bedeutung beziehen, sicherlich kein Kriterium für die Beurteilung der Qualität von Bildung. Im Begriff der Verwertbarkeit ist der Verwendungszusammenhang von Wissen und Kompetenzen nach Maßgabe ökonomischer Gestaltungsdirektiven definiert, die die erfahrungs- und lebensweltlichen Kontexte der Menschen partikularistisch, gefiltert durch das besondere Interesse durchstrukturieren. Die Nützlichkeit von erworbenen Wissensvorräten und Kompetenzen ist eben nicht dem Zwang der emanzipativen Bewältigung der Probleme widersprüchlicher Lebensverhältnisse geschuldet, sondern wird von den Erfordernissen eines sich wandelnden ökonomischen Systems privater Aneignung gesellschaftlich produzierten Reichtums definiert. In der Tat lernen wir nicht für die Schule, sondern für das Leben. Gerade darin liegt der Skandal bürgerlich-neuzeitlicher Gesellschaften: in der Vorbereitung auf ein Leben, von dem das Leben abgezogen ist, weil es abstrakten Gesetzmäßigkeiten gehorcht, die die Verdinglichung beständig reproduzieren.

Verwertbarkeit ist demgemäß nicht ein eigenständiges Qualitätsmerkmal von Bildung, sondern repräsentiert einen Zwang, dessen Wahrnehmung und Überwindung zu den wichtigsten Gegenständen einer kritischen Theorie der Bildung gehört. Verwertbarkeit ist ein völlig untaugliches Kriterium für die Beurteilung von schulisch ermittelten Wissensbeständen und Kompetenzen, weil ihr Maßstab außerhalb des Menschen angesiedelt ist, sie in pädagogischer Hinsicht schlichtweg nicht legitimierbar ist. Aussagen zur Qualität des kulturellen und sozialen Kapitals, zu dem auch instrumentelle Fer-

tigkeiten, Kulturtechniken und Basiskompetenzen gehören, und Überprüfungen seiner »Konvertierbarkeit« in ökonomisches Kapital (Baumert/Schümer 2001, S. 326) können keinen *pädagogischen* Maßstab bilden, allenfalls können sie empirische Daten für eine pädagogische Beurteilung liefern. Diese verschließt sich notwendig einer szientistisch verkürzten Analyse, die nur ein Segment menschlicher Subjektentwicklung betrifft.

Die einzige grundlegende Form der »Anerkennung« in unseren Bildungsinstitutionen ist entgegen den humanistischen Anstrengungen vieler Lehrerinnen und Lehrer das formale Leistungsprinzip, das in der verdinglichten Weise des Notensystems glaubt, das auf Verwertbarkeit des Menschen reduzierte Subjektvermögen beurteilen zu können. Zugleich erliegen die Versuche einer zeitökonomischen Verplanung von Bildung der Illusion, die Verwertbarkeit der Ware Bildung bestimmen zu können. Daß aber gerade die Herabsetzung von Bildung zu einer zeitökonomisch und damit quantitativ bestimmbar Größe, die innovativ-kreativen Entwicklungspotentiale von Menschen freilegen könne – eine Auffassung, wie sie in dem Unterfangen von Bildungskonzernen zum Ausdruck kommt, vermittelt einer privatisierten Bildungsproduktion eine billigere und effizientere Bearbeitung der Humanressourcen garantieren zu können –, ist schon innerhalb der Logik vorherrschender Politischer Ökonomie als Bildungsökonomie zweifelhaft, gehört es doch zu den pädagogischen Binsenwahrheiten, daß eine qualitative Menschenbildung ohne raum-zeitlich offene Gestaltung nicht möglich ist, mithin die Talente aller Gesellschaftsmitglieder systematisch verschwendet werden. Weder werden innerhalb der Logik einer Ökonomisierung und Quantifizierung der Bildung der Zusammenhang zwischen sozialem und kulturellem Kapital noch die Auswirkungen einer das soziale Kapital erodierenden Form menschlicher Beziehungsverhältnisse bedacht, noch treten die Folgeprobleme in den Horizont der Reflexion, die die »unerfüllte Zeit des entfremdeten Bewußtseins« (Kofler 1982, S. 41) für die Motivation und die kreativen Potentiale der Menschen hat, deren Aktivierung doch die Bedingung für den wirtschaftlichen Erfolg sein soll. Die »Kosten« der Verwertung von Humanressourcen im Prozeß der Bildung und Erziehung für das Selbst- und Weltverständnis der Heranwachsenden und damit für die Grundlagen einer zivilen Gesellschaft spielen freilich in der Investitionsphilosophie von Wirtschaftskreisen und Bildungskonzernen keine Rolle.

Verlassen wir diese Logik und legen genuin pädagogisch-bildungstheoretische Maßstäbe an neuere bildungsökonomische Überlegungen an, so erscheint der Versuch der Ausweisung der Verwertbarkeit von Wissen und Kompetenzen in seiner blanken Irrationalität. Die Symptome von Entfremdung und Verdinglichung werden gerade im Zusammenhang mit pädagogischen und sozialpädagogischen Problemkonstellationen als Skandale im Sektor von Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen, ihre gesellschaftliche Tiefendimension, ihre gesellschaftliche Entstehungsgeschichte im Sozialisationszusammenhang von Kindern wird dagegen systematisch ausgegrenzt.

Der eigentliche gesellschaftliche Grundskandal – der einer verhin- derten oder nur partiell ermöglichten Menschwerdung in einer wirt-

schaftlich reichen Sozialformation, deren global players mittlerweile gar den Kampf um die Patentierung der Vielfalt organischen Lebens angetreten haben – verschwindet in der Betroffenheitsgeste von Politikerinnen und Politikern. Daß die Verkapselung der menschlichen Wesenskräfte auf Dauer die zivilisatorischen Grundlagen der Gesellschaft in Frage stellt, ist evident. Die aus ihrer verdinglichten Form entspringenden Sozialpathologien spiegeln die irrationale Gesellschaft, die den Menschen in einen »Zustand autonomer Entfremdung« (Hardt/Negri 2002, S. 38) hineinzwängt. Die ständige Entwertung des Menschen durch Degradierung seiner Subjektvermögen zu einer in einer kurzen Zeitspanne herzustellenden und zu verwertenden Ware, die nach Gebrauch entsorgt werden kann, kann nicht folgenlos für die psychische Struktur bleiben, die Belege für ihre Explosion nach außen sind überwältigend (vgl. vor allem: Eisenberg/Gronemeyer 1993).

Gleichsam ist das Prinzip der Verwertbarkeit von Humanressourcen nicht nur in allgemeinen gesellschaftlichen Sozialisationsprozessen eine Grundlage für die Entstehung und Ausbreitung sozialer Pathologien, der Prozeß der Bildung selbst enthält und transportiert Mechanismen, die die Identität des Menschen aufzuspalten drohen und die aufgrund ökonomistisch verengter Bildungsprozesse, welche weder Raum noch Zeit für die Bearbeitung von Problemen im Verhältnis von Mensch und Welt gewähren, unbewältigte Anforderungen und Konflikte in das Innenleben des Menschen verlagern, wo sie sich anreichern und aggressiv wieder nach außen entladen können. »Ein irrationales System kann sich jedoch nicht rational vermitteln, nicht einmal in der verkürzten Form der Rationalisierung, der auf den reinen Anwendungscharakter heruntergekommenen Ratio. Der gesellschaftliche Widerspruch wird vom Menschen real erfahren. ... Die Inkommensurabilität des Systems wird immer unübersehbarer, der materielle Widerspruch wird auf eine bisher unbekannte Weise in psychologische Widersprüche übersetzt, die sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte unaufhaltsam und suizid produzieren.« (Heydorn 1995/4, S. 122 f.)

Ein grundlegendes Segment der im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung quasi naturwüchsig entstehenden Identitätskonfigurationen repräsentiert die auf Qualifikation von Arbeitskraft fixierte Persönlichkeit, die nicht allein automatisch durch den Sozialisationsgehalt gegenwärtiger Produktions- und Arbeitsformen und Marktverhältnisse geschaffen wird, sondern auf spezifische Human-techniken verwiesen ist, die intentionale Bildungsprozesse in eigens dafür geschaffenen Bildungseinrichtungen implizieren. Die Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Humantechniken, von denen Erziehung einen wesentlichen Teil darstellt, wird gerade in dem Zwang der geplanten Verarbeitung von Humanressourcen in menschliche Arbeitskraft deutlich, weil über den zum Zwecke ihrer Generierung erforderlichen Akt der Entfremdung zugleich Elemente ihrer potentiellen Selbstaufklärung transportiert werden. In die Identitätskonfigurationen des modernen Menschen drängt mit der internalisierenden Identifizierung partikularer Interessen als der eigenen, des Subjekts nämlich, die Perspektive von Mündigkeit als eine widersprüchliche ein, die die Entfremdung fortführt, sobald das Subjekt deren Wider-

Siehe hierzu die brillante Analyse des Psychologen Götz Eisenberg zum Zusammenhang von Lebensverhältnissen in globalisierten Gesellschaften und Amok als neuem kulturellen Muster (Eisenberg 2002).



sprüchlichkeit verleugnet. Welche unterschiedlichen Phasen und Strukturen der Akkumulation das kapitalistische Wirtschaftsmodell auch immer durchläuft, in welchen hegemonialen Beziehungsverhältnissen seine Erfordernisse auch immer artikuliert und verhandelt werden, in welchen konkreten Lebensverhältnissen und Sozialisationskontexten sich seine Auswirkungen auch immer ausdrücken, stets ist mit dem Druck, die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produktion zu befriedigen, auch der »dumpfe Zwang zur Mündigkeit« gesetzt (Koneffke 1997, S. 49), als deren Subjektform das in den Tauschverhältnissen frei und rational handelnde Subjekt als partiell mündiges Subjekt erscheint.

Den widersprüchlichen Auftrag von Pädagogik konstituieren die Pole der gesellschaftlichen Verwertbarkeit und der Freisetzung des Menschen zu selbstbestimmtem Handeln, welches die bewußtseinsmäßige Aufhebung der Entfremdung voraussetzt. Aus dieser Widersprüchlichkeit der Orientierungen ist die Dialektik gesellschaftlicher Humantechniken zu entfalten in Richtung ihrer humanen Rationalität. Durch den Zwang der Verwertbarkeit hindurch, ihn nutzend, jedoch nicht bestätigend, fragt Pädagogik nach den Möglichkeiten gelingender Menschwerdung unter Bedingungen, die diese unterlaufen.

Daß Heranwachsende ihre Probleme im Verhältnis zur Welt und zu sich selbst thematisieren, daß sie in personalen Anerkennungsverhältnissen ihre Schwierigkeiten mitteilen können, daß sie das andere – das nicht in der Ware Identität eingeschlossene – Subjektvermögen artikulieren können: Diese Perspektiven wären Mindestanforderungen an eine Organisation schulischer Bildung und Sozialisation, die ihre Aufgabe nicht funktionalistisch auf verwertungsorientierte Bearbeitung von Humanressourcen beschränkt. Die im pädagogischen Verhältnis enthaltenen, Eigengesetzlichkeiten konstituierenden Strukturmomente der Offenheit, des Vertrauens, des Zuppruchs kämen einer solchen Bildungsinstitution entgegen: Denn wenn der Mensch auch »für fremde Zwecke herangezogen wird, so ist er im Umfeld seiner Erziehung auch Zweck an sich.« (Gamm 1991, S. 194)

Freilich ist dies nur ein Funken von Hoffnung, der die Zerstörungskraft der in der Verdinglichung verkapselten menschlichen Wesenskräfte nicht außer Kraft zu setzen vermag ohne die Macht einer sich vielleicht abzeichnenden sozialen Bewegung, die der Zentrifugalkraft neoliberaler Modernisierung das Projekt humaner Menschwerdung entgegensetzen könnte. Über das »Schicksal« der menschlichen Wesenskräfte in einer globalisierten Welt ist noch nicht entschieden.

So ist es erlaubt zu sagen, daß ... das pädagogische Verhältnis die am wenigsten akute Entfremdungsproblematik aufweist, weil darin dem Menschen um seiner selbst willen aufgeholfen werden soll. Wenn er unzweifelbar für fremde Zwecke herangezogen wird, so ist er im Umfeld seiner Erziehung auch Zweck an sich. (Gamm 1991, S. 194)

#### Literatur:

- Anders, G. (1987): Die Antiquiertheit des Menschen zwei. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München.
- Baumert, J. u. Schümer, G. (2001): Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb, in: Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000 ..., a. a. O., S. 321-407.
- Bourdieu, P.; Passeron, J.-C. (1973): Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt a. M.
- Bundesregierung (2000): Deutschland erneuern. Geschäftsbericht der Bundesregierung 1999/2000, Berlin.
- Coleman, J.S./Hoffer, T./Kilgore, S. (1982): Public, catholic and private schools compared, New York.
- Deutsches PISA-Konsortium (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen.

- Eisenberg, G./Gronemeyer, R. (1993): Jugend und Gewalt. Der neue Generationenkonflikt oder Der Zerfall der zivilen Gesellschaft, Reinbek.
- Eisenberg, G. (2002): Die niedergerissenen Grenzen im Inneren des Menschen. [www.fr-aktuell.de/fr/160/t160003.htm](http://www.fr-aktuell.de/fr/160/t160003.htm)
- Gamm, H.-J. (1991): Anmerkungen zum »pädagogischen Grundgedankengang« im Horizont der Entfremdung, in: Zeitschrift für Pädagogik. 26. Beiheft. Wilhelm Flitner und die Frage nach einer allgemeinen Erziehungswissenschaft im 20. Jahrhundert, Weinheim u. Basel.
- Hardt, M./Negri, A. (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a. M./New York.
- Haug, W. F. (1999): Politisch richtig oder Richtig politisch, Berlin/Hamburg.
- Haug, W. F. (2002): Karl Marx - Der Kritiker des Kapitalismus, in: Das Argument 44 (2002) 2, S. 229-240.
- Hegel, G. W. F. (1996): Werke Bd. 4. Nürnberger und Heidelberger Schriften 1808-1817, Frankfurt a. M.
- Heinemann, K.-H. (2002): Allerweltsprodukt Bildung? GATS - Freihandel und die Folgen für das Bildungswesen, in: Erziehung und Wissenschaft 54 (2002) 4, S. 7-9.
- Heydorn, H.-J. (1994): Werke Band 1. Bildungstheoretische und pädagogische Schriften 1949-1967, Vaduz.
- Heydorn, H.-J. (1995): Werke Band 4. Bildungstheoretische und pädagogische Schriften 1971-1974, Vaduz.
- Klausenitzer, J. (2002): Investitionen in das »Humankapital«. PISA und die Bildungspolitik der OECD, in: Forum Wissenschaft 19 (2002) 3, S. 47-49.
- Kofler, L. (1982): Der Alltag zwischen Eros und Entfremdung, Bochum.
- Koneffke, G. (1997): Erziehung ist der zum gesellschaftlichen Leib gewordene Widerspruch. Zur Begründung der Pädagogik, in: Gamm, H.-J./Koneffke, G. (Red.): Jahrbuch für Pädagogik 1997: Mündigkeit. Zur Neufassung materialistischer Pädagogik, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien.
- Lehner, Fr./Widmaier, W. (1992): Eine moderne Schule für eine moderne Industriegesellschaft, Essen.
- Lukács, G. (1986): Geschichte und Klassenbewußtsein, Darmstadt/Neuwied.
- Mandel, E. (1980): Der Mensch ist das höchste Wesen für den Menschen, in: Raddatz, F. J. (Hrsg.): Warum ich Marxist bin, Frankfurt a. M., S. 52-85.
- Mandel, E. (1984): Einführung in den Marxismus, Frankfurt a. M.
- Marx, K. (1983): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 1. Bd., Berlin/DDR (im Text unter MEW).
- Marx, K. (1984): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 3. Bd., Berlin/DDR (im Text unter MEW).
- Marx, K. (1981): Ergänzungsband. Teil 1, Berlin/DDR 1981 (im Text unter MEW).
- Moulier-Boutang, Y. (2001): Marx in Kalifornien: Der dritte Kapitalismus und die alte politische Ökonomie, in: Politik und Zeitgeschichte (2001) B 52-53, S. 29-37.
- Rossanda, R. (1994): Auch für mich. Aufsätze zur Politik und Kultur, Hamburg.
- Schröder, G. (2000): In der Bildung liegt die Zukunft: Auf dem Wege in eine lernende Gesellschaft, in: Zukunftswerkstatt Schule 10 (2000) 2, S. 47-54.
- Sennet, R. (2000): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin: Siedler.
- Tillmann, Kl.-J. (1989): Sozialisationstheorien, Reinbek.
- Wulf, Ch. (1983): Theorien und Konzepte der Erziehungswissenschaft, München.

WIELAND ZADEMACH

# Leistungsdenken oder soziale Gerechtigkeit. Haben die Kirchen ihre soziale Sprache verloren?

Seit über 20 Jahren beobachten wir folgende Entwicklung: Nach einem kurzen wirtschaftlichen Aufschwung mit sinkender Arbeitslosigkeit bleibt anschließend ein höherer Sockel an Arbeitslosigkeit zurück als nach der letzten Aufschwungsphase. Gab es in früheren Jahren beim Erreichen von »Alarmzahlen« wie ein, zwei oder drei Millionen noch einen gesamtgesellschaftlichen Aufschrei, so macht sich nun bei einer Dauerarbeitslosigkeit von vier bis fünf Millionen Menschen lähmende Resignation breit. Bereits 1982 hat eine Studie des KDA (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) mit dem Titel »Jenseits der Vollbeschäftigung – über die Zukunft der Arbeitswelt« die Frage gestellt, ob es noch einmal zur Vollbeschäftigung kommen könne in einem System, in dem der Mensch zum Kostenfaktor denaturiert werde. Mitte der 90er Jahre befaßte sich der ökumenische Konsultationsprozeß »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« mit möglichen Alternativen zur ausschließlichen Fixierung auf die Erwerbsarbeit und einem neuen Verhältnis zu Arbeit, Beschäftigung und Leistung. Zur gleichen Zeit zeigte eine – viel zu wenig beachtete – Studie der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) unter dem Titel »Arbeit für alle« sozial verträgliche und auch finanziell gangbare Wege zur Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze auf.

Seit Jahr und Tag ist die Problematik von Arbeit und Arbeitslosigkeit also Thema christlicher Sozialethik und Inhalt vieler Verlautbarungen auf allen kirchlichen Ebenen. Und dennoch – oder gerade deshalb – überrascht, ja bestürzt die Sprachlosigkeit, mit der unsere Kirchen und Gemeinden dann weithin vor der Arbeitslosigkeit stehen, wenn deren seelsorgerliche Problematik akut wird. Genau hier will diese Problemanzeige ansetzen: mit einigen Assoziationen zu der Frage, ob Kirche und Theologie nicht sogar eine gewisse Mitverantwortung tragen – mindestens für die mangelnde Sensibilität in diesen Fragestellungen.

## *Die theologische Problematik*

Einen wirksamen Beitrag zur Gestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft – so wie unmittelbar nach dem Krieg bis hinein in die 60er Jahre – leistet die Kirche schon lange nicht mehr. Die Zeiten, da sich die Kirche als Kirche um mehr Vermögensbildung in der Hand der Werktätigen oder um mehr Mitbestimmung bemühte, sind offenbar vorbei. Eine zu konstatierende Dialektik von Sprachlosigkeit der Kirche und Hörunwilligkeit der Gesellschaft zeugt wohl indes nicht nur von einem Defizit an kirchlicher Präsenz in der Gesellschaft, sondern vielleicht auch von einem Defizit an theologischer Durchdringung eigener sozialetischer Ansätze.

Wieland Zademach – Jg. 1943; Dr., Studium der Theologie und Philosophie; 1973-1983 Gemeindepfarrer in Oberfranken, danach Geschäftsführer der Arge Christliche Kirchen in Bayern. Zahlreiche Ost-West-Veröffentlichungen aus theologischer Sicht, u. a. über »Marxismus und Atheismus«, über »Eurokommunismus« und über »Glasnost und Perestrojka«. Engagiert in der religiös-sozialistischen Bewegung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Religion vor dem Offenbarungseid? Mutmaßungen über die Zukunft des Christentums, in: Heft 95 (September 1998)

Insbesondere im Hinblick auf protestantische Zentralpositionen ergeben sich für mich *drei Fragenbündel*.

#### *Fragen zum reformierten Arbeitsethos*

Zu Recht wird in nahezu allen kirchlichen Stellungnahmen die einseitige ökonomische Dimensionierung der Arbeit beklagt; Erwerbswirtschaft werde geradezu zur »Seinskategorie«, ja zur »industriellen Religion«. So etwa schon vor 20 Jahren die erwähnte KDA-Studie: »Wir sagen nicht: Ich tue dies und jenes, sondern: Ich bin Schlosser, Bäcker, Arbeiter. Wo die Arbeit vergöttert wird und die Menschen verarbeitet werden, da wird Gott arbeitslos. Aber wenn dieser Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht und wenn diese alles war, wovon und wofür wir gelebt haben, ist ihr Verlust wie der Tod« (KDA I,21). Gegen solche ökonomistische Engführung wendet sich – ob bewußt oder unbewußt unter Rückgriff auf Karl Marx – die Definition: »Arbeit ist bewußtes, zweckmäßiges Handeln. Tiere arbeiten nicht. Arbeit ist die spezifisch menschliche Tätigkeit, die die Materialien aus ihrem Naturzustand herausführt, um ihre Brauchbarkeit zu verbessern ...« (KDA I,6) – und darüber hinaus die weiterführende Frage: »Inwieweit ist die Aktivitätsseite menschlicher Existenz, die Bewegung des Lebens selber, als Arbeit im weitesten Sinne konstitutiv für den Sinn und die Bestimmung des menschlichen Lebens?« (a. a. O.). Die theologische Antwort heißt, daß in der Arbeit »Gottes Auftrag, Wirken und Verheißung ihren Ort haben« (KDA I,7). Ähnlich, wenn auch nicht so pointiert wie hier, wird in vielen kirchlichen Stellungnahmen ein Arbeitsbegriff solchermaßen theologisch reklamiert.

Wo aber haben nun »Gottes Auftrag, Wirken und Verheißung ihren Ort« im Leben derer, die im Zuge der »Dritten industriellen Revolution« »freigesetzt« werden? Welchen »Naturzustand« sollen sie zu »besserer Brauchbarkeit« führen? Welche »Aktivitätsseite« ist bei ihnen »sinnkonstruktiv«? Merken wir denn nicht, daß angesichts der Zwangsläufigkeit dieser »Dritten industriellen Revolution« mit ihrer konsequenten Massenarbeitslosigkeit jedes herkömmliche reformatorische Arbeitsethos schlichtweg bei denen versagen muß, die christliche Solidarität gerade am ehesten nötig haben – bei den Arbeitslosen? Und zwar sowohl das lutherische Arbeitsethos, das die Arbeit in die Nähe des Gottesdienstes rückt, als auch das calvinistische, das den durch Erwerbswirtschaft erreichten Wohlstand als Selbstvergewisserung der eigenen Prädestination ansieht. Wer dieses Arbeitsethos verinnerlicht hat – und das sind wir mehr oder weniger wohl alle –, der muß dann in eine tiefe Depression stürzen, wenn ihm die Möglichkeit genommen ist, die Normen dieses Arbeitsethos zu erfüllen. Wollen wir – zumindest »in praxi«, wenn auch nicht »in intentione« – tatsächlich die kommende »Zwei-Drittel-Gesellschaft« der »Arbeitsbesitzenden« rechtfertigen und den Rest zu unserer Caritas degradieren?

#### *Fragen zum Leistungsdenken*

»Leistung muß sich wieder lohnen!« – kirchenamtliche oder gar theologisch begründete Stellungnahmen gegen diesen fatalen unbiblisches pelagianischen Slogan sind eher die Ausnahme, leider! Ja, wenn damit die Leistungen Behinderter oder die Eltern behinderter Kinder gemeint wären, die zwar nichts »leisten«, dafür aber oft ungeheure Leistungen

vollbringen! ... Es ist wohl ein Menetekel einer anscheinend lediglich noch am »Humankapital« orientierten Gesellschaft, wenn Parteien, die Eigenschaftsworte wie »sozial« oder gar »christlich« als Markenzeichen in ihrem Namen tragen, gerade in diesem Bereich den Abbau staatlicher Leistungen forcieren.

Sind jedoch – und hier spitzt sich die Fragestellung zu – die Kategorien solchen Leistungsdenkens auch nur ansatzweise überwunden, wenn kirchliche Studien und Stellungnahmen die Forderung erheben, »auch das Arbeiten im nichterwerbswirtschaftlichen Bereich als volkswirtschaftlich gleichrangig zu behandeln«, zumal ja »Dualwirtschaft Befreiung bedeuten kann, neues Leben, das nicht den privaten Alltag zum Dienstmädchen des industriellen Arbeitstrottes macht, sondern menschlichere Gefühle und Aktivitäten zum Zuge kommen läßt«, wobei allerdings »die Frage nach der monetären Versorgung« noch zu lösen wäre (KDA I,58,116)? Wird damit nicht genau der bestehende Zustand zementiert und damit die lutherische Rechtfertigungslehre gerade um ihre sozialkritische und sozialgestalterische Dimension gebracht? So daß sie letztlich dazu herhalten muß, die gegenwärtige funktionale Gesellschaft zu rechtfertigen, in der der Mensch eben nach seiner Funktion beurteilt und behandelt wird, die er gerade einnimmt. Wobei für die jetzt in der Funktion der Arbeitslosigkeit Befindlichen die Vision der Dualwirtschaft mit ihren positiven humanen Entwicklungsmöglichkeiten wohl nur ein schwacher Trost (eher denn schon Vertröstung) sein kann, da es zu ihrer innerlichen Annahme einer ethischen Umerziehung bedürfte, die sicher Generationen beanspruchen würde, woran die leistungsorientierte protestantische Sozialethik eben nicht ganz schuldlos ist. Daß die Suizidrate bei Protestanten signifikant höher liegt als bei Katholiken – das führen Selbstmordforscher auf eine individualistische Komponente zurück, die sich auch hier fatal auswirkt: angesichts der Herausforderung, alles selbst verantworten zu dürfen, zu sollen und dann auch zu müssen, schlägt die Freiheit eines Christenmenschen allzu leicht um in Gefühle der Schuld und des eigenen Versagens, die nicht aufgefangen werden in der Geborgenheit eines Kollektivs oder im sinnstiftenden Gehalt alternativer Lebensmodelle.

#### *Fragen zu gängigen Modellen von Verteilungsgerechtigkeit*

In Zukunft wird es darum gehen müssen, jedes reformatorische Arbeitsethos erheblich zu relativieren und wieder neu zu betonen, daß jeder Mensch von Gott angenommen ist. Dies darf jedoch nicht nur auf der noetischen Ebene – etwa in Predigt und Seelsorge – geschehen, um damit gleichsam das Schicksal der Arbeitslosigkeit theologisch oder psychologisch zu kompensieren, sondern es muß uns auch in unserem Handeln bestimmen – gemäß der untrennbaren Verbindung von Rechtfertigung als der bedingungslosen Annahme durch Gott und Heiligung als Einwilligung des Menschen in dieses Geschehen, die sich ausdrückt in der Kooperation an Gottes Heilshandeln an und in dieser Welt: »iustificatio« als die mediale und »sanctificatio« als die aktive Seite ein- und desselben Vorgangs. Bezogen auf die Arbeitslosigkeit bedeutet dies, daß man es weder bei resignativer Akzeptanz noch bei psychologischer Situationsumdeutung bewenden lassen kann, sondern daß eine aktive Veränderungsstrategie einzuschlagen ist. Es genügt

eben – wie Marx sagte – nicht, die Welt verschieden zu interpretieren – es kommt darauf an, sie zu verändern. Biblisch ausgedrückt: die Wahrheit muß getan werden!

Von daher beschleicht mich ein tiefes Unbehagen bei den in die Diskussion gebrachten Versuchen, den Zusammenhang von Arbeit und Einkommen durch Neuverteilung zu entkoppeln. »Da die Beteiligung jedes Einzelnen am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß nicht mehr möglich ist«, ist die Frage unausweichlich: »Wie kann der gesellschaftliche Reichtum, der mit immer weniger Menschen herstellbar ist, auf alle gerecht verteilt werden?« (KDA I, 22) Diese Forderung ist nicht nur systemimmanent, da sie die jetzige Situation sanktioniert, sondern sie ist zutiefst reaktionär, solange sie nicht danach strebt, die Betroffenen selbst zu Subjekten der Änderung ihrer Situation zu machen und sie statt dessen verkommen läßt zu Objekten staatlicher Wohlfahrt! Es geht eben um eine gerechte Verteilung der Arbeit anstatt um die Rechtfertigung der Leistung und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wenn es im Vorfeld der EKD-Synode vom Herbst 2001 zum Thema »Globale Wirtschaft verantwortlich gestalten« im Entwurf zur geplanten Kundgebung hieß, die Kirchen sollten sich zur »produktiven Kraft sozialer Ungleichheit« bekennen, dann ist hier gerade kein Gestaltungswille mehr erkennbar, eher wird einer zynischen Sanktionierung weltweiter Klassegegensätze der Weg geebnet.

Der Mensch ist aber wichtiger als jedes Rationalisierungsprinzip! Wenn eine neue Situation ein neues System verlangt, dann muß man es auch wollen und seine Verwirklichung betreiben. »Heiligung« hieße in diesem Zusammenhang dann konkrete Veränderung der Strukturen anstatt Sanktionierung der Symptome des Systems. Unterwanderung des Systems – etwa indem wir Leistung, Wettbewerb, Einkommen und berufliche Stellung nicht mehr als letzte und höchste Werte behandeln – genügt da eben nicht mehr; ebenso wenig wie der Hinweis auf die vorhandenen Sachzwänge und darauf, daß wir nicht die Macht haben, die Marktwirtschaft durch eine humanere Wirtschaftsordnung zu ersetzen. Warum eigentlich nicht?

### *Soziale Gerechtigkeit als Ausgangspunkt und Ziel*

Warum sollte eigentlich nicht breiten Bevölkerungsschichten die Erkenntnis zu vermitteln sein, daß ein Wirtschaftssystem, das strukturgewordener Egoismus ist, eben nicht zugleich – gleichsam als Abfallprodukt – die allersozialsten Auswirkungen haben kann? Die katholische Sozialethik mit ihrer Kapitalismuskritik war hier offenbar immer ein wenig sensibler als der Protestantismus. Hinzu kommt, daß eine Änderung der Wirtschaftsordnung in der »Ersten Welt« vermutlich die einzige wirklich wirksame Voraussetzung darstellt für die Beseitigung von Elend und Unterdrückung in der sogenannten Dritten Welt.

### *Begriffe und Positionen*

Es erscheint sinnvoll, beim Versuch der Definition von sozialer Gerechtigkeit drei Ebenen zu unterscheiden: die der Überlebenssicherung für die Schwächsten, die der sozialen Grundrechte und die der Partizipation an den Produktionsbedingungen der Wirtschaft.

Soziale Gerechtigkeit ist Gegenstand der Sozialethik, insofern diese sich mit zwischenmenschlichen Beziehungen befaßt, die durch gesell-



schaftliche Strukturen vermittelt werden. So wie Menschen sich gut oder schlecht verhalten können, ebenso können die von ihnen geschaffenen Strukturen mehr oder weniger gerecht, mehr oder weniger ungerecht, nie absolut gerecht, aber durchaus »böse« sein. Es gibt »sündige Strukturen«, wie die Theologie der Befreiung und auch der heutige Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika »Sollicitudo rei socialis« von 1987 (besonders Nr. 36) dies feststellen. Dazu gehören die sich selbst überlassenen Marktmechanismen, die als »Sachzwänge« daherkommen und mit fatal-fatalistischer Wirkung die Reichen reicher und die Armen zahlreicher machen – denn ärmer können die gar nicht mehr werden, die nur noch verhungern können.

Die Ideologie des globalen und totalen Marktes erkennt allerdings keine soziale Gerechtigkeit an. F. A. von Hayek akzeptiert etwa nur noch eine Ethik der Individuen, nicht aber eine Sozialethik, die auch gesellschaftliche Strukturen nach einem Maßstab der sozialen Gerechtigkeit beurteilen könnte. Gerechtigkeit ist für ihn eine individuelle Tugend, die sich – systemkonform – auf den Respekt vor dem Eigentum und die Erfüllung von Verträgen beschränkt. Daß die Kirchen für die »soziale Gerechtigkeit«, dieses »Schlagwort des Sozialismus«, eintreten, hält Hayek für verhängnisvoll. So werde ein »himmlisches Versprechen der Gerechtigkeit durch ein weltliches ersetzt«. Der Vorwurf richtet sich »insbesondere« an »die römisch-katholische Kirche«, die »das Ziel ›sozialer Gerechtigkeit‹ zu einem Teil ihrer offiziellen Lehre gemacht« habe.<sup>1</sup>

Hier irrt Hayek allerdings, denn die katholische Kirche hat die »soziale Gerechtigkeit« nicht vom Sozialismus übernommen, sondern eigenständig entwickelt. Erstmals erwähnt die Enzyklika »Quadragesimo anno« von 1931 die »soziale Gerechtigkeit« als Begriff, damit diese »die wirtschaftliche Macht in strenge und weise Zucht nehme« (Nr. 88). 1961 bezeichnet es »Mater et magistra« dann als ein »wichtiges Gebot der sozialen Gerechtigkeit«, daß »dem wirtschaftlichen Fortschritt der soziale Fortschritt entsprechen und folgen muß, so daß alle Bevölkerungskreise am wachsenden Reichtum der Nation entsprechend beteiligt werden« und daß »die aus der ungleichen Lage sich ergebenden Spannungen nicht zunehmen, sondern nach Möglichkeit sich vermindern« (Nr. 73).

Auf der Ebene des *Weltgemeinwohls* bedeutet »Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit« nach der Enzyklika »Populorum progressio« von 1967, all das zu überwinden, »was an den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den mächtigen und schwachen Völkern ungesund ist« (Nr. 44), also vor allem »allzu große wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheiten ... in der einen Menschheitsfamilie«, wie es das II. Vatikanische Konzil ausgedrückt hat (»gaudium et spes«, Nr. 29).

Eine Verteilungsgerechtigkeit zur Überwindung allzu großer Ungleichheiten – das allerdings ist ein Begriff, der nach weiterer Präzision verlangt, damit er nicht je nach Situation und Situationsanalyse verschiedenen politischen Positionen variabel zugänglich ist. Schon Karl Marx kritisierte am Gothaer Programm der SPD von 1875, daß es auf die »Verteilung der Konsumtionsmittel« statt auf die »Verteilung der Produktionsbedingungen« ziele. Sozialismus sei mehr als die gerechte Verteilung der Mittel, die durch die kapitalistische Produktionsweise erwirtschaftet würde. Sozialismus heißt für Marx, daß »die sach-

1 Stephan Rothlin:  
Gerechtigkeit in Freiheit,  
Bern 1992, S. 69.

2 Karl Marx: Politische Schriften, 2. Bd., hg. von Hans-Jochen Lieber, Stuttgart 1960, S. 1025.

lichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst« sind<sup>2</sup>.

### *Überlebenssicherung für die Schwächsten*

Zunächst einmal ist soziale Gerechtigkeit allerdings unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen zu buchstabieren, denn die Menschen leben hier und jetzt und können nicht auf sozialistische Eigentumsverhältnisse vertröstet werden. Gerade unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus gilt es, an das ethische und rechtliche Minimum zu erinnern, das soziale Gerechtigkeit fordert: die Überlebenssicherung.

Dieses ethische und rechtliche Minimum ist erzwingbar als »ultima ratio« durch ein Widerstandsrecht all jener, denen das Lebensnotwendige fehlt. Schon die Enzyklika »Rerum novarum« von 1891, die noch keine sozialen Grundrechte anerkennen wollte, sprach von jenem »äußersten Notfall« (Nr. 36), wo die Hilfe für die Armen nicht mehr nur ein Akt der christlichen Nächstenliebe, sondern auch eine erzwingbare Pflicht der Gerechtigkeit sei. Im Klartext heißt das doch: Wenn den Menschen das zum Leben Notwendige fehlt, dann dürfen sie sich das Fehlende zur Not auch illegal beschaffen. Mit dieser Argumentation hat z. B. der Kölner Kardinal Hermann Frings am Ende des Zweiten Weltkriegs von der Kanzel herab die hungernde und frierende Bevölkerung zum »Mundraub« aufgefordert. Die Folge war ein Sturm auf die Lebensmittel- und Kohlentransporte der Alliierten. »Fringsen« heißt seither das Wort für den moralisch legitimen Mundraub.

Nicht auszudenken, was heutzutage dieses ethische Minimum – samt Recht auf Widerstand – im Weltmaßstab bedeuten würde, wo jeden Tag ca. 100 000 Menschen an Hunger oder dessen Folgen sterben. Zirka 850 Millionen sind permanent schwer unterernährt und ca. zwei Milliarden leben ohne ausreichende Nahrung, ohne medizinische Betreuung und ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Es ist um des Überlebens der *ganzen* Weltbevölkerung willen dringend nötig, hier endlich Fortschritte zu erzielen.

### *Soziale Grundrechte*

Soziale Gerechtigkeit verlangt nun allerdings weit mehr als nur nackte Überlebenssicherung. Schon »Rerum novarum« forderte in Anlehnung an Thomas von Aquin von einem »wohlgeordneten Staatswesen ein hinlängliches Maß von äußeren materiellen Gütern, die der Mensch zum tugendhaften Leben unbedingt braucht« (Nr. 51). Heute sind es die sozialen Grundrechte auf Existenzsicherung, Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit, die den Grundwert der sozialen Gerechtigkeit konkretisieren. Anders als traditionelle Freiheitsrechte wie Gewissens-, Religions- oder Meinungsfreiheit verlangen diese vom Staat nicht ein Unterlassen, sondern ein direktes aktives Tun und Eingreifen; auch nicht ein Recht auf Gleichbehandlung, sondern im Gegenteil geradezu ein Recht auf Ungleichbehandlung, insoweit eben ungleiche Verhältnisse auszugleichen sind.

Das Grundrecht auf Existenzsicherung verlangt ein soziales Existenzminimum, das der Staat allen Armutsbetroffenen garantieren muß. Der »Working poor« z. B. hat Anspruch auf einen Lohn, der es

ihm erlaubt, für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. Wie der Staat ihm die Existenzsicherung gewährt – ob über Mindestlöhne, über ein garantiertes Mindesteinkommen, Lohnsubventionen etc. –, das kann nicht ein für allemal entschieden werden. Wesentlich ist, daß es sich beim Recht auf Existenzsicherung um einen einklagbaren Anspruch handelt. Nur der Staat kann das soziale Existenzminimum ohne Ansehen der Person gewährleisten und damit verhindern, daß Armutsbetroffene vom Ermessen einer Fürsorgebehörde oder gar von privater, auch kirchlicher, Barmherzigkeit abhängig gemacht werden. Liebe, die soziale Gerechtigkeit ersetzen wollte, wäre lieblos.

Die unterschiedliche Ausgleichsfunktion sozialer Grundrechte zeigt, daß sich das Verhältnis von Gerechtigkeit und Gleichheit immer wieder anders darstellt. Soziale Gerechtigkeit verlangt eine *Umverteilung ungerechter Einkommens- und Vermögensverhältnisse*, sei es über die progressive Besteuerung, sei es über die Sozialversicherung. Leider findet in unserer Gesellschaft seit langem eine ganz andere Umverteilung statt. Sie erfolgt eben nicht »von oben nach unten«, wie die Kritiker des Sozialstaates unterstellen, sondern sie erfolgt »von unten nach oben«, wie sämtliche Statistiken ausweisen. Alle in jüngster Zeit vorgestellten Reichtumsstudien für die entwickelten Industrieländer belegen dies eindeutig. Selbst in der Schweiz kommen die reichsten 3 % der Bevölkerung auf die Hälfte aller Vermögen, also auf gleich viel wie die übrigen 97 % zusammen. 7,5 % der Erwerbstätigen sind »Working poor«; 20 % der Bevölkerung sind armutsgefährdet und können bei der nächsten höheren Zahnarztrechnung bereits unter die Armutsgrenze fallen. Als Fazit bleibt festzuhalten: Der Sozialstaat hat seinen Beitrag zur Überwindung der Armut noch lange nicht geleistet. Und das wenige an Umverteilung, das er leistet, hat die stets wachsende Kluft zwischen Arm und Reich auch nicht ansatzweise überwunden; von der entsprechenden Kluft im Weltmaßstab ganz zu schweigen.

### *Soziale als sozialistische Gerechtigkeit?*

Die gängige Diskussion über Einkommensgerechtigkeit unterscheidet zwischen der Sekundärverteilung durch Sozialtransfers und der Primärverteilung durch Löhne. Die Produktionsbedingungen werden dabei ausgeblendet. Dies allerdings sehr zu Unrecht, denn genau hier findet die eigentliche Primärverteilung statt. Über den Vorrang des Kapitals vor der Arbeit garantiert der Staat der Seite des Eigentums Akkumulationsmöglichkeiten, die der Seite der Arbeit verwehrt bleiben. Damit ist die Frage nach der Macht verbunden. Die Ungerechtigkeit beginnt – praktisch als politische Ohnmacht – da, wo der Arbeit jede Mitbestimmung in der Wirtschaft fehlt, wo also das Kapital ein Alleinbestimmungsrecht über Betriebe und Unternehmen ausübt.

Wären umgekehrt »die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst« (Karl Marx), dann könnte es gar nicht zu diesen massiven Lohnunterschieden kommen, wie sie heute zwischen »einfachen« Arbeitnehmenden und Topmanagern üblich sind. Es gäbe auch keine »Working poor«. Und der Sozialstaat hätte eine wirklich subsidäre Funktion – er müßte nicht soziale Gerechtigkeit herstellen als Ausgleich für das Ver-sagen der Wirtschaft. Wäre das soziale Leben genossenschaftlich oder in anderer Art und Weise selbstverwaltet organisiert, erst dann hätte die Parole »we-

niger Staat« einen Sinn. Wenn diese Parole heute dennoch immer wieder erfolgreich bemüht wird, dann vielleicht auch deshalb, weil sie anscheinend einem fundamentalen Bedürfnis nach ursprünglicher sozialer Gerechtigkeit entgegenkommt – auch wenn »weniger Staat« gerade dieses authentische Bedürfnis innerhalb der herrschenden Produktionsbedingungen in sein gerades Gegenteil verkehrt.

#### *Impulse aus der biblischen Sozialordnung*

Um Abschied zu nehmen von der Wachstumsideologie bei Konsumgütern und auch im Bereich der firmenorientierten Profitmaximierung, dazu reichen die vorhandenen Instrumente der Steuer-, Umwelt- und Sozialgesetzgebung offenbar bei weitem nicht mehr aus. Vor allem dann nicht, wenn dieses Instrumentarium gehandhabt – oder auch nicht gehandhabt – wird von Politikern, die offensichtlich eher die soziale Umverteilung von unten nach oben auf das Banner ihres Sozialdarwinismus geschrieben haben und die in bezug auf ihren eigenen Machterhalt die vom Kapital propagierte Shareholder-Value-Mentalität widerspiegeln. Wenn die Wirtschaft gezwungen werden soll, die Frage nach dem verkäuflichen Konsumgut zurückzustellen hinter die Frage nach der benötigten Dienstleistung, dann bedarf es neuer und wirksamer Mechanismen der Investitionslenkung und Investitionskontrolle. Die praktische Konsequenz aus dieser Einsicht heißt: Kirche muß nicht nur Partei ergreifen für die Interessen der Arbeitslosen im Sinne ihrer Option für die Armen und für die Rettung der Umwelt im Sinne von Bewahrung der Schöpfung – sie muß selbst Lobby werden, parteilich auch von Fall zu Fall im konkreten parteipolitischen Sinne. Wenn dies schon von der Amtskirche wegen deren »Ausgewogenheitsfetischismus« nicht zu erwarten ist, dann müssen es wenigstens die Gemeindeglieder massenhaft tun: als »Volk Gottes« müssen sie mit ihrer »Orthopraxie« das einlösen, wozu Kirchen als Institutionen mitsamt all ihrer »Orthodoxie« offenbar niemals in der Lage zu sein scheinen.

#### *Sabbatethik als Kontrastmodell*

Die von Politologen wie Oskar Negt und Iring Fetscher schon vor einiger Zeit propagierte Zielvorstellung einer demokratischen »Alternativ-Zivilisation« wäre ein sinnvoller Anknüpfungspunkt für eine heute zu verantwortende theologische Sozialethik. Auftrieb bekommen solche Bemühungen, die weit darüber hinausgehen, das Verhältnis von Arbeit und Leistung theologisch neu zu durchdenken, durch die Wiederentdeckung der alttestamentlichen Sozialordnung, wie sie in jüngster Zeit zu beobachten ist. Ohne im Rahmen dieser Abhandlung darauf noch ausführlich eingehen zu können, seien doch einige Beobachtungen benannt, die zumindest die Richtung anzeigen, in die weiterzudenken wäre.

In seiner Heidelberger Habilitationsschrift »Diakonie im Dialog mit dem Judentum« versucht Klaus Müller<sup>3</sup> endlich wieder zusammenzuführen, was ursprünglich zusammengehört: jüdisch-rabbinischen Messianismus und christliche Reich-Gottes-Erwartung – gespeist aus derselben Wurzel der hebräischen Bibel mit ihren Impulsen für soziale Strukturen. Es ist beeindruckend, wie Müller Einsichten aus der jüdischen Tradition fruchtbar macht für mögliches sozialdiakonisches Handeln in der Gegenwart. Die Einsicht etwa, daß Nächstdienst

3 Klaus Müller: Diakonie im Dialog mit dem Judentum. Eine Studie zu den Grundlagen sozialer Verantwortung im jüdisch-christlichen Gespräch, Heidelberg 1999.

theologisch begründet als Nächstenrecht zu artikulieren ist, weist diakonischer Praxis einen Standort zu zwischen christlicher Gemeinde und sozialstaatlicher Wirklichkeit. Die Umriss einer »sabbatlichen Diakonie«, die Müller skizziert, lassen erahnen, welche systemüberwindenden Ressourcen in dieser Tradition noch verborgen liegen. Eingedenk der biblischen Priorität der Zeit vor dem Raum geht es darum, eine Qualität von Zeit zurückzugewinnen, die mehr ist als Dinglichkeit, Funktionalität und Effizienz. Vom sabbatlichen Gottesrecht her müßte »Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt« heute mehr denn je »Zeugnisdienst und Plädoyer für die heilsame Kategorie der Unterbrechung« sein<sup>4</sup>. So, wie der Rhythmus von sieben Tagen keinem Naturprozeß, keiner Wachstumsideologie folgt, so legt er sich als transzendente Störung quer zu allen vermeintlichen zivilisatorischen Plausibilitäten. Kriterium für die Rationalität der Arbeitsprozesse wäre dann allein der arbeitende Mensch, für deren Effizienz die Erhaltung des Lebens – nicht etwa aber Produktionswachstum oder Gewinnsteigerung. Die Arbeitstage der Woche wären dann um des Sabbats willen da, verstanden als lebensstiftendes Befreiungswerk im umfassenden Sinne.

4 Klaus Müller a. a. O., S. 494.

#### *Eine »Ökonomie des Genug«*

Unabhängig von Klaus Müller – und dennoch gleichsam auf dessen exegetischen Ergebnissen aufbauend – entwirft Franz Segbers in seiner Marburger Habilitation »Die Hausordnung der Tora«<sup>5</sup> Leitlinien einer Sozialökonomie in der Perspektive der Sozialordnung Gottes. Ausgehend von der Frage, wie Ökonomie heute dem Leben wieder dienlich werden kann, untersucht Segbers die Konzeptionen der Sozialen Marktwirtschaft und des Neoliberalismus und fragt nach deren Menschenbildern und Ethiken. Was dabei »unterwegs« an Einsichten über die Tora als Grundlage theologischer Ethik oder über die protestantischen Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft ebenso wie über das Kultur-Marketing und in diesem Zusammenhang über die Götzenkritik der hebräischen Bibel zutage gefördert wird, das ist äußerst erhellend.

5 Franz Segbers: Die Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsethik, Luzern 1999.

Gegen eine Marktökonomie des Nimmersatt setzt die Bibel eine »Ökonomie des Genug«, der Partizipation und des Teilens aus der Fülle der Schöpfung anstatt einer künstlichen Verknappung. Dabei zeigt der ethische Gehalt der Sabbat-Idee, daß »die Kategorie des Genug keine ökonomische, sondern eine kulturelle Kategorie« ist. Sie weiß, daß das, was genug ist, auch tatsächlich genügt und durch ein Mehr nicht besser werden kann. Insofern ist der Sabbat die Einübung eines guten Lebens, einer Lebenskunst des »Genug-Haben-Könnens«; er steht für eine dritte Zeit jenseits von Arbeit und Ruhe. Der Sinn des Sabbat besteht darin, befreit zu werden von zweckgerichteter, instrumenteller Arbeit und frei zu werden für Tätigkeiten jenseits der Zwecke. Insgesamt ist der Siebener-Rhythmus die Sabbatökonomie mit Sabbat, Sabbatjahr und Jubeljahr ein ethisch anspruchsvolles Befreiungskonzept, das den abhängig Arbeitenden, den Sklaven, den Schuldner und den Boden aus der Dominanz der Logik der Ökonomie befreit – es befreit den Menschen, nicht den Markt.

#### *Kirchen müssen Krach schlagen*

Wiederholt und sehr energisch hat in letzter Zeit der CDU-Abgeordnete Heiner Geißler an die Kirchen in Deutschland appelliert, »Krach

6 Carl Amery: Global exit – Die Kirchen und der totale Markt, Neuwied 2002.

zu schlagen und Streit anzufangen«. Die Kirchen müßten sich politisch einmischen, daß die »westlichen Demokratien ihre Weltpolitik grundsätzlich verändern«. Im Hinblick auf das Fehlen einer Weltwirtschaftsordnung spricht Geißler von einem »totalen Versagen« der westlichen Demokratien. Unter den Bedingungen eines »globalen Turbokapitalismus werden Hunderte von Millionen Menschen ausgegrenzt«. Man müßte Stellung beziehen gegen den Tanz ums goldene Kalb, dagegen, »daß die Gier nach Geld die Hirne der Politiker und Wirtschaftsbosse zerfrißt«. Die Alternative heißt »Solidarität statt Kapitalismus« (epd 11. 10. 2001). Und wenn Carl Amery sein neues Buch »Global exit«<sup>6</sup> der 1977 in Argentinien ermordeten Theologiestudentin Elisabeth Käsemann widmet, dann zeigt sich überdeutlich, daß das Unbehagen an der Religion des totalen Marktes – und deren kirchlicher Tolerierung – längst schon ökumenische Dimensionen angenommen hat.

Carl Amery propagiert den Auszug der Kirchen aus dem System des totalen Marktes, das er für fundamentalistisch hält. Statt Anpassung an den Markt ist nach seiner Sicht eine deutliche Gegenkultur nötig. Wie in Zeiten des Römischen Reiches der Kaiserkult, der jedem abverlangt wurde, welcher Religion er auch sonst angehören mochte, führe sich heute die »Religion des totalen Marktes« als übergeordnete und letztlich alternativlose Instanz auf. So wie seinerzeit Juden und Christen dem Kaiserkult nicht Folge leisteten, weil es jenseits davon keine Heilserwartung mehr geben durfte, so seien heute die Kirchen zum Widerstand gegen die Alternativlosigkeit der Markt-Anbetung gezwungen. Amery wirft die Frage auf, ob die »Konfrontation mit dem Mammonismus« nicht zur Bekenntnisfrage werden müsse.

Vom Ansatz der katholischen Soziallehre her kommen Amery und Geißler zu ähnlichen Schlußfolgerungen, wie sie der Reformierte Weltbund auf seiner Vollversammlung 1997 im ungarischen Debrecen mit seinem »pocessus confessionis« proklamiert hat: zur Überwindung des real existierenden neoliberalistischen Kapitalismus. Um nichts weniger geht es als um einen »verbindlichen Prozeß der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens im Hinblick auf wirtschaftliche Ungerechtfertigkeit und ökologische Zerstörung«. Es geht um ein Benennen des Götzendienstes, der um den globalen und totalen Markt zelebriert wird. Letztlich geht es darum, »die mammonsüchtige bürgerliche Gesellschaft mit dem prophetischen Nein einer ›Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung‹ herauszufordern und auch die angeblich christlichen Werte dieser Gesellschaft radikal in Frage zu stellen«. Als Ökumene des Leibes Christi mit ihren ethischen Ausdifferenzierungen als adäquate Antwort auf die Globalisierung!

Reformen in der Gesellschaft waren jedoch nie möglich ohne Reformen in der Kirche selbst.



MEINHARD CREYDT

# Adornismus. Motive eines Überganges

Im kritischen Diskurs erfreuen sich einige dem Werk Adornos entlehnte Denkfiguren fortwährender Beliebtheit. Seit langem läßt sich eine Art Adornismus beobachten, der Adorno zugleich zur Kenntlichkeit vereindeutigt und zur Unkenntlichkeit verzerrt. Am Adornismus interessiert mich, wie stark er auf zentrale Motive und Probleme kritischer Gesellschaftstheorie verweist und sie vergegenwärtigt.

Als ebenso verführerisch wie problematisch erscheint es, die Gesellschaft mit *einem* Prinzip zu charakterisieren, als solle die derart in den Blick genommene Totalität um keinen Preis durch deren Differenzierung irgendeine Irritation erfahren. Die Rede von »dem Tauschprinzip« und »der Wertvergesellschaftung« gehört zu den Standpunkten vermeintlich »radikaler Kritik«. Auf ihnen sind viele stehen geblieben. Bereits Adorno faßt die »Tauschform als die maßgebende Struktur der Gesellschaft« auf (1969, 155)<sup>1</sup> und möchte »die Attribute des Kapitalismus ... aus einer Grundkategorie ... entwickeln« (1973, 93, vgl. a. 1979, 307)<sup>2</sup>. Der Aufbau einer Gesellschaftstheorie aus *verschiedenen* aufeinander nicht zurückführbaren Sphären wird schon methodisch unterboten in der Rede davon, es seien »alle Objekte gleich nah zum Zentrum: zu dem Prinzip, das alle verhext« (1981, 28)<sup>3</sup>. Dieses Weltanschauungsdenken<sup>4</sup> hat in den 70er Jahren mit der Totalisierung *einer* Sphäre zu *dem* überall aufzufindenden Prinzip dazu beigetragen, daß kapitalismuskritisches Denken für die Analyse nicht unmittelbar ökonomischer Sphären entweder nur Restriktionen formulieren kann oder als unmittelbar per Analogie das Wesen der nichtökonomischen Sphären behauptend der Lächerlichkeit anheimfiel. Adorno selbst allerdings spannt mit seiner Analyse mißglückter Verarbeitung von Leiderfahrung qua (wiederum Gegen-Positionen provozierender) einfacher Negation und in seinen Überlegungen zum Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft im Kapitalismus implizit eine andere, mehrdimensionale Aufbauordnung auf.<sup>5</sup>

Adornos Theorie macht auf Harmlosigkeiten von Positionen aufmerksam, die Technik nur (unter Abstraktion von ihren Implikationen für das Selbst- und Weltverhältnis) anders anwenden wollen, die in der Partikularisierung naturwissenschaftlicher Erkenntnis (vgl. dazu Creydt 2000, 36 ff.) kein Problem sehen und nicht zwischen Bedürfniskritik und Verzichtspromaganda zu unterscheiden vermögen.<sup>6</sup> Gegen dieses Übergehen zentraler Probleme hat sich Adorno nur durch ihre Verdinglichung und Überhöhung zu einer außerge-

Meinhard Creydt – Jg. 1957, Dr., Dipl.-Soziologe, Dipl.-Psychologe; lebt und arbeitet in Berlin; Buchveröffentlichung »Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Gestaltungspessimismus und Utopismus im gesellschaftstheoretischen Denken«, Frankfurt a. M. 2000; Artikel in »Das Argument«, »Berliner Debatte Initial«, »Kommune«, »Widerspruch« (Zürich), »Weg und Ziel« (Wien) u. a.; zuletzt in UTOPIE kreativ: Sonderweg und Abweg. Zur Kritik einer deutschen Vergangenheitsbewältigung, in: Heft 127 (Mai 2001)

Theodor W. Adorno (1903-1969), Philosoph und Soziologe, Musiktheoretiker und Komponist, von den Nazis aus Deutschland vertrieben, 1949 nach Exil in Großbritannien und den USA in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt, zählt gemeinsam mit Max Horkheimer (1895-1973) zu den Begründern der »Frankfurter Schule« einer kritischen Theorie der Gesellschaft, die besonders in der Zeit der Studentenbewegung der sechziger und frühen siebziger Jahre eine große Öffentlichkeit fand. Adorno wäre am 11. September 100 Jahre alt geworden.

1 Quellenangaben ohne Namensnennung verweisen auf ein Adorno-Zitat.

2 Vgl. zur kapitalismus-theoretischen Kritik dieser Figur: Müller 1977, 190 ff.; Halfmann, Rexroth 1976, 79 ff. Zur gravierenden Differenz zwischen Adornos mit dem Opfer amalgamierten Tauschbegriff und dem Tausch im Kapitalismus vgl. Koltan 1999.

3 Christel Beier (1976, 1977) hat an dieser Tendenz des Adornoschen Denkens (zur expressiven Totalität sensu Althusser) überzeugend Kritik geübt. Rüdiger Dannemann (1987) arbeitet die bei Adorno einschlägigen affirmativen Bezüge via Lukàcs zu Simmel und Weber heraus.

4 Der Logik der Weltanschauung zufolge wird *eine* grundlegende Gesetzmäßigkeit in den disparatsten Phänomenen aufgefunden – etwa »Herrschaft« als »Prinzip« der »Universalgeschichte« »von der Steinschleuder zur Megabombe« (1970; 314). Die entdeckte Notwendigkeit ist von sehr prinzipieller Natur. Es geht um die Einordnung in einen übergreifenden Sinnzusammenhang. Die bescheidene »Erkenntnis«, daß schon alles so sein muß, wie es ist, winkt als Lohn für den wohlfeilen Entschluß, sich *einen* Reim auf *alles* zu machen. Die totale Perspektive gewährt eine Gewißheit, die ganz gut auf das Bescheidwissen in der einen oder anderen Sache verzichten kann. Die »Dialektik der Aufklärung« bedient auch solche Motive: »Alles was ersten Ranges ist, muß *causa sui* sein. Die Herkunft aus etwas Anderem gilt als Einwand, als Wert-Anzweiflung« (Nietzsche Bd. 6, 76).

sellschaftlichen und überhistorischen Schicksalsgestalt *der* »instrumentellen Vernunft« und *der* »Selbsterhaltung ohne Selbst« verwahren können. Herrschaft *in* der Gesellschaft führt Adorno eng auf Herrschaft *über* Natur. Nur zu solchem Überformat stilisiert, nur mit wesenslogischer Dignität versehen, nur so armiert könne – so die implizite Logik adornistischen Theoretisierens – das Leiden von Individuen in der Moderne einen theoretischen Ausdruck finden, der nicht in der wohlfeilen wie allfälligen Rede von »Chancen und Risiken« wegrelativiert werde. Die Denkform, Disparates zu ein und demselben zu verdichten, soll helfen, den Gefahren zu trotzen, die im Wissenschaftsbetrieb und in der öffentlichen Meinung liegen. Mit ihrer notorischen Dekomponierung der in sich differenzierten gesellschaftlichen Aufbauordnung zu unmittelbar erscheinenden Besonderheiten lassen diese sich *dann* als vermeintliche Konkreta ebenso unbefangen wie unbedarft miteinander relationieren und rekombinieren.

Die Fokussierung gesellschaftlicher Einheit hilft dabei, die optimale Stärke herrschender Formen in der Absorption jeder Opposition zu denken. Ausgeblendet wird die weit vor ihren Leistungsgrenzen durch besondere historische Konstellationen<sup>7</sup> mögliche Verstörung der Formen bzw. das Aus-den-Fugen-Geraten des sonst – bei allen Friktionen und Dysfunktionalitäten im einzelnen – funktionierenden Zusammenspiels der verschiedenen gesellschaftlichen Sphären. Die Absorptionspotenz der herrschenden Normalstruktur(en) unterliegt aber jenen nichtintendierten und unabsehbaren Nebenwirkungen und deren Folgedynamiken<sup>8</sup>, die jeder Funktionalismus und Idealismus ausschließen muß – bei allem Realitätsgehalt, den er von der herrschenden Reproduktion der Form bezieht. »Falsches« aber (sensu Adorno) kann anderes Falsches so blockieren und lähmen, zersplittern und verwirren, daß aus dieser besonderen Gemengelage heraus wünschenswerte Impulse mehr Entfaltungsraum erlangen als in der herrschenden Normalform üblich.<sup>9</sup> Historische Umbruchzeiten setzen außer Kraft, was normalerweise normal erscheint. Gemessen an der Reabsorption und Renormalisierung kann im nachhinein (vom Standpunkt der Formkontinuität) als unmöglich und naiv erscheinen, was in der historisch kontingenten Schwächung oder zeitweiligen Suspension von Formeffekten eine Chance für einen Strukturbruch darstellte. In Zeiten der Umwälzung fällt die Unterscheidung zwischen der notwendigen Kritik an naiven Illusionen und der ebenso notwendigen Kritik an der affirmativen Kritik<sup>10</sup> schwer. Im Fall des Scheiterns ist der Gedanke suggestiv, es habe auch schon gar nichts vorgelegen, das gescheitert sei (außer Illusionen), während im Handgemenge jenen, die auf die Latenz des Prozesses setzen, sie meist wiederum überwertig und euphorisch gewiß ist.<sup>11</sup> Adorno setzt sich ab gegen ein hofferisches Das-Gras-wachsen-Hören und die von Hegel am »Sollen« kritisierte Methode, alles als einen Anfang zu nobilitieren – aber um den Preis einer Kritik, die ihre Negation des Systems einzig mit dem Befund auszuweisen vermag, nichts entgehe dem System. Die Logik der Beharrung qua Absorption oder Marginalisierung von Widerständigem und das Verständnis der Umwälzung unterscheiden sich voneinander. So realitätshaltig ein illusionsloses Wissen um die starrflexible Ultrastabi-

lität der herrschenden Formen ist, so wenig kann es unbedingt sein wollen, geriete es dann doch lediglich zur Entäußerung eines Gegenstandpunktes, dessen subsumtionslogisch-identifizierende Potenz sich dem bloßen Willen zur kritischen Identität verdankt. Sie möchte von vornherein, getrennt und jenseits der konkreten Fragen, der Verunsicherung entoben sein, die resultiert, wenn fern der sicheren Deduktion die Gemengelage der besonderen Umstände Urteilskraft erheischt, nicht zuletzt, um vielleicht auch die Gunst der Stunde nutzen zu können.<sup>12</sup>

Adorno verkennt aber nicht nur die im Ereignis liegenden Grenzen von Formtheorie, sondern auch den Doppelcharakter der Gesellschaft.<sup>13</sup> In der Verabsolutierung der herrschenden Form dethematisiert er die wirklichkeitsmächtigen Kräfte und Perspektiven, die *in* und *aus* dem Bestehenden entstehen *und* es transzendieren. Deren Konvergenz ist Thema eines emphatischen Praxisbegriffs. Die aus dem Doppelcharakter herausgenommene Form ontologisiert Adorno zu einem prinzipiell verkehrten und jeder Gesellschaftsform vorausliegenden – und insofern von ihr auch eigentlich nicht mehr tangerbaren – Naturverhältnis. Mit »Praxis« wird es demgegenüber möglich, eine andere Zivilisation und Kultur zu denken, die zum Bestehenden nicht im Verhältnis der Konkurrenz steht, und ein Bewußtsein von den Stärken und der Überlegenheit eines gesellschaftlichen Wirklichkeitsverständnisses zu gewinnen, das dessen moderne und kapitalistische Formen überwindet. Viele Gesellschaftskritiker haben die Kosten und Nachteile der bestehenden Gesellschaft beschrieben. Diese Kritik hat sich dann an den Vorteilen und Vorzügen relativieren müssen. Adornos Denken antwortet auf diese Malaise, rennt sich aber in der einfachen Negation des Reformismus und Revisionismus fest und weiß ebenso wie sie kein Paradigma, das die problemverursachenden modernen und kapitalistischen Strukturen nichtregressiv überwindet. Reformisten und Revisionisten mobilisieren, radikalisieren und vernetzen Interessengruppen, ohne die Relativierung der Interessen an der mangelnden gesamtgesellschaftlichen Alternative wahrhaben zu wollen. Dem Adornismus wird die Defizienz solcher Art von Kritik gewiß. Er radikalisiert das Bewußtsein von den Schwierigkeiten der Gesellschaftsgestaltung zur tragischen Kunde von ihrer Unmöglichkeit und kann nur tadelstüchtig als kritische Kritik im fortdauernden Aufweis der Naivitäten ringsum existieren. Negativ auf sie fixiert und von ihnen abhängig, braucht der Adornismus sich des eigenen Unvermögens in Sachen Wirklichkeitsvergegenwärtigung nicht gewahr zu werden. Er idealisiert die eigene prinzipalisierende Fundierung des Unheils als Kunde, die die Eingeweihten adelt. Die Überbietung an Tiefe bringt die radikalen Anhänger der »Dialektik der Aufklärung« in eine seltsame Nähe zu einer Verhängnisdiagnose, die bei Heidegger ebenso fundamental gründelnd die Verkennung des Seins betrifft.<sup>14</sup>

Ich nenne im folgenden andeutungsweise und stichworthaft einige in »Praxis« konvergierende Tendenzen, die Adornos Denken paradigmatisch dethematisieren muß.<sup>15</sup> Im Erziehungswesen legt die Sympathie für pädagogische Reformversuche davon Zeugnis ab, daß die Arbeitsfähigkeiten und -sinne von Lehrenden in Distanz bis

5 Vgl. als Schlüsselstelle zum Verhältnis Individuum-Gesellschaft: 1979, 54-56. Vgl. zu Adorno Tichy (1977) sowie Reusswig und Scharping (1988), vgl. materialiter zum Verhältnis der Lebenswelt zu den modernen und kapitalistischen Strukturen Creydt 2000, 263-382.

6 Deckers sonst lesenswerte Adornokritik (1982) stellt sich diesen Problemen nicht.

7 Nicht durch einen Schlüssel oder eine Nummer, sondern durch eine Nummernkombination öffnet sich der Kassenschrank (1970, 166).

8 Adorno beruft sich auf diese im positiven Sinne unvorhersehbaren indirekten Wirkungen selbst – vgl. 1963, 125.

9 Für moderne Gesellschaften ist diesbezüglich der Pariser Mai 68 ein interessantes Beispiel. Vgl. Gilcher-Holtey 1993 und Ferry, Renaut 1987.

10 »Wer von Organisationen in Begriffen wie ›stahlhartes Gehäuse der Hörigkeit‹ oder ›Unentrinnbarkeit‹ (wie M. Weber) spricht, lähmt bereits das Denken jeglicher Alternative, betreibt somit in der Konsequenz affirmative Kritik« (Türk 1995, 88).

11 Karl Liebknecht (1969, 71) spricht 1907 von der »zuzeiten wie ein Irrlicht verwirrenden, manchmal geradezu gefährlichen, meist höchst wertvollen Möglichkeit, in Zeiten der Erregung mehr zu erreichen als in Zeiten der Ruhe, aber ein Mehr, das bei Eintritt der Ruhe fast stets wenigstens zum Teil mit dem Übermaß an Energie, das es zu er-

obern half, wieder verloren-geht: Die Geschichte der Revolutionen ist dessen eine einzige fortlaufende Bestätigung.«

12 Wer den Bruch der systemischen Absorptionspotenzen an die ihnen gewachsene begriffliche Durchdringungskraft als Akteurswissen bindet, schließt die Strukturtransformation schon kategorial vorab aus. »Wer eine ›reine‹ soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben« (Lenin Werke Bd.22, 363 f.). Vgl. auch Althusser (1968) zum »überdeterminierten Widerspruch« – eine andere Variante, Konstellationen geltend zu machen, statt den die Strukturtransformation tragenden Kräften intentional den »Bruch mit dem Wesen« abzuverlangen, der günstigstenfalls ihren Effekt darstellt (vgl. Merleau-Ponty 1966, 504).

13 Vgl. zu beidem eingehender Creydt 2000, 216-246.

14 Um es mit Adorno zu sagen: »Es ist der Schulfall dessen, was Lukács einmal Verflachung durch Tiefe genannt hat: durch die Nivellierung aufs allgemein Menschliche und dessen ›Nichtigkeit‹ wird ... die Not einer historischen Epoche als Weltprinzip hypostasiert« (Adorno 1940, 35).

15 Den Doppelcharakter der Arbeit blendet aus, wer mit der in ihren Grenzen richtigen Beobachtung, »die konkreten Arbeitsbedingungen erzwingen den Konformismus« (Horkheimer, Adorno 1984, 36, 30), das Ganze charakterisieren möchte.

Widerspruch geraten zu staatlichen Kriterien für Schule. Im Gesundheitsbereich wird einer Minderheit der dort tätigen Kräfte (vgl. z. B. die Stärke der »Fraktion Gesundheit« in der Berliner Ärztekammer) deutlich, daß den Sinn für die Ursachen von Krankheiten ernstzunehmen heißt, nach gesellschaftlich vermeidbaren Gründen von Krankheit zu fragen. In der »Agraropposition« von Bauern und Naturschützern ist aus den Fähigkeiten und Kenntnissen des Umgangs mit Natur eine Ahnung davon zu spüren, daß die kapitalistische Bewirtschaftung der Natur eine pflegliche Landwirtschaft nicht beinhaltet. In der Ökologie- und Nachhaltigkeitsdiskussion kommt es zu einer Mobilisierung technischer, naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Intelligenz, Sensibilitäten und Arbeitsfähigkeiten gegen die herrschenden Maßstäbe. Baethge sieht »einen Kristallisationspunkt auch sozialer Identität und politischer Organisation« in der »moralischen Qualität der Arbeit – das meint die Berücksichtigung von Sinnbezügen, das Interesse am Erhalt der inneren und äußeren Natur und die Herstellung diskursiver Kommunikation in der Arbeit. ... Keine Belege, wohl aber erste Indizien, dass es dafür subjektive Voraussetzungen gibt, sind die Befunde über die beträchtliche ökologische Sensibilität von Arbeitern und von hochqualifizierten Industrieangestellten (Heine/Mautz 1989, Hoff 1990, Baethge/Denkinger/Kadritzke/Lappe (1990) oder der Hinweis aus der Untersuchung von Lempert/Hoff/Lappe (1990) über die Entstehung eines postkonventionellen Moralbewußtseins bei Facharbeitern. Gewiß ist dies noch eine arg schmale empirische Basis, aber: Was das Morgen ankündigt, kann heute ja kaum schon repräsentativ sein« (Baethge 1994/254).

Bei vielen Anhängern Adornoschen Denkens wird man den Eindruck nicht los, Adorno komme gerade recht als Souffleur für eine Verabschiedung von jeder eingehenderen Befassung mit Gesellschaft.<sup>16</sup> Die Neigung, von der Desoltheit des Daseienden auf dessen Nichtswürdigkeit zu schließen, findet in vielen extremen Formulierungen Adornos autoritative Stütze und Ausdruck, wenn z. B. von Menschen als »Lurchen« (1979, 202) die Rede ist oder als »Fliegen, die zucken, nachdem die Klatsche sie schon halb zerquetscht hat« (1981, 293). Solche Formulierungen zeigen das Bemühen an, in der Opposition gegen die Verzeichnung des Holocausts zur historischen Ausnahme das Kontinuum zur unspektakulär-alltäglichen Grausamkeit und Verrohung zu betonen, konvergieren aber mit dem Misanthropismus. Er wiederum rechtfertigt die Gewalt indirekt mit der Annahme, sie passe zu den im wesentlichen nichtswürdigen Tätern und Opfern. Das Phänomen des Holocausts löst im Adornismus die Fixierung auf das Grauenhafte aus. Gegen jedwede Relativierung soll zwischen der Gesellschaft, in der es stattfand – wenn nicht: Gesellschaft überhaupt –, und ihm selbst kein Unterschied mehr aufgefunden werden können, mindere dieser doch nur das Bewußtsein vom Schrecken selbst. Adornos weitere theoretische Arbeit und sein reformerisches Engagement dementieren jedoch praktisch den Holocaust als explizite Zentralreferenz des Adornismus, zu der alles gleich nah sei.<sup>17</sup>

Den Holocaust historisch zu erklären aus dem spezifischen Ineinandergreifen vieler auch in anderen Gesellschaften »normaler«, aber



voneinander getrennter Ausgrenzungen und Verdinglichungen und deren Radikalisierung qua Kontextausweitung und konstellativer Emergenz<sup>18</sup> bedeutet nicht, die Singularität des Holocaust zu schmälern und die Differenz zwischen Diskriminierungs-, Fernhaltungs- oder Austreibungspraktiken und bürokratisch-quasiindustriell durchgeführtem Vernichtungsrazismus zu übergehen. Die adornistische Aufmerksamkeit für diese Gefahr aber tendiert dazu, den Holocaust zu etwas »schlechthin Unverstehbarem« zu erheben, das »schließlich nur Gegenstand einer negativen Theologie werden« kann (Kohlstruck 1997, 32), zum »numinosen Widerwert« (Rudolf Otto). Der besonderen Wirkung soll eine unvergleichbare Ursache substanzhaft zugeordnet werden, an der keine Verbindung zum sonst Gültigen aufgefunden werden darf. Bruch und Kontinuität mit »normalen« modernen bürgerlichen Gesellschaften brauchen aber ebenso wenig gegeneinander ausgespielt zu werden wie Entsetzen oder Trauer und die Erklärung.<sup>19</sup>

Der Formtheorie (als Analyse der Herrschaft von Realabstraktionen) wohnt die spontane Tendenz zur Hermetisierung, zur Geschlossenheit inne, die mit dem Übergriff auf Gegenkräfte, die ihr anverwandelt werden, das *Movens* kassiert, um dessentwillen sie arbeitet. Mit der Herauslösung der Form aus dem Doppelcharakter ontologisiert der Adornismus die Form monistisch zur nicht nur autonomen, sondern alles reell subsumierenden Substanz und verfährt damit auf eigene Weise seinem lebensphilosophischen Wunschgegnere ähnlich, der Stoff und Energie sowie Form dualistisch zu zwei ewigen Kontrahenten universalisiert. Weit davon entfernt – wie seine Adepten von ihm meinen –, allein das Unglück darzutun, das Perspektiven verstellt, trägt Adorno dazu bei, die Verhältnisse stärker einzuschwärzen, als sie es ohnehin schon sind.<sup>20</sup> Adorno affirmiert den Schein unterschiedsloser monolithischer Desolatheit des Bestehenden, den er sonst am monistischen Denken kritisiert.<sup>21</sup>

Diese Ausweglosigkeit koexistiert mit einer gegenüber dem Revisionismus nur denkökonomisch aufwendiger und intellektuell komplexer gestalteten Transformation der emanzipatorischen Hoffnung zur eigentlichen und wahren Verwirklichung herrschender Ansprüche und Ideale. Souverän übergegangen werden die in der Marxschen Kapitalismuskritik aufgewiesenen Implikationen der zunächst so sympathisch anmutenden »Freiheit« und »Gleichheit« (vgl. 1979, 465, s. a. 1970, 190). Verloren geht in der einschlägigen linken Demokratieseligkeit<sup>22</sup> die Erkenntnis, daß Gleichheit und Freiheit in ihr Gegenteil umschlagen<sup>23</sup>. Eingebürgert hat sich vom Revisionismus bis zum Adornismus die zur Wirtschaftskritik halbierte Kapitalismuskritik ohne Dekonstruktion der Sympathiewerte der Bürger. Ein Beispiel für Adornos Schema, der jeweiligen Wirklichkeit den Anspruch als *ihr* Zentrum einzuschreiben: »Die Ersatzbefriedigung, die die Kulturindustrie den Massen bereitet, indem sie das Wohlgefühl erweckt, die Welt sei in eben der Ordnung, die sie ihnen suggerieren will, betrügt sie um das Glück, das sie ihnen vorschwindelt« (1977, 345). Der dem zu untersuchenden Objekt äußerlich zugeschriebene Anspruch (»Glück«) tritt an die Stelle einer Erklärung, warum die »Kulturindustrie« bei den Massen verfängt. Die Bewertung vom anspruchsbeflissenen Standpunkt des Kritikers (Ergebnis: »Ersatzbe-

16 Den »Halbklaren« gelten »schnellmürrische Urteile über das Zerbrechlichste schon für Erfolge der Kritik« (Sloterdijk 1996, 117).

17 Mit ihr ist eine apriorische Form der Kritik entstanden: »In der Verehrung des unendlich Guten oder in der Bewältigung des unendlich Bösen ist jede konkrete, endliche Handlung für sich genommen ungenügend. Sie muß nachgerade ein Gegenstand der Kritik werden ...« (Kohlstruck 1997 b, 346).

18 Vgl. Haug 1986, Heinsohn 1995, 129 ff.; Guette, Huiskens 1997, 139 ff.; Hecker 1996.

19 Vgl. zur »ereignis- und handlungsgeschichtlichen Rekonstruktion« des Holocaust im Unterschied zu seiner linearen Entwicklung aus »dem« Antisemitismus: Diner 1990, 104-106.

20 Auch Adornos selbst-reflexive Aufmerksamkeit für Übertreibungen (vgl. 1979, 319, 101 f.) ändert daran nichts.

21 »Auch Schopenhauers Neigung, das Wesen der Welt ... unterm humanen Blick als absolut Negatives zu identifizieren, ist dem Stand des Bewußtseins nicht angemessen; der Anspruch totaler Subsumtion allzu analog dem positiven seiner ihm verhaßten Zeitgenossen, der Idealisten« (1970, 370, vgl. auch 31).

22 Vgl. zu ihrer Kritik Ellen Meiksins Wood: Die Trennung von Ökonomie und Politik (in: Das Argument 24. Jg. H. 131, 1982), vgl. Dieselbe: Human emancipation and capitalism, in: New

Left Review 167 1988, vgl. Alex Demirovic: Die Demokratietheorie von Marx (in: Das Argument H.172, 30. Jg. 1988). Vgl. auch G. A. Cohen: The Structure of Proletarian Unfreedom, in: Philosophy and Public Affairs 12, no. 1 1982 Princeton. Vgl. auch Pierre Bourdieu: Die politische Repräsentation, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 4, 1991 und Krölls 1988. Vgl. zur Zusammenfassung dieser weitgehend tabuisierten Kritik der Demokratie Creydt 2001.

23 Vgl. zur Kritik MEW 23, 208, GR 159f., MEW 4, 160, vgl. a. Creydt 2000, 134 ff.

24 Vgl. zur Kritik des Topos »Verselbständigung der Mittel« Rohbeck 1993.

25 Diese Dichotomisierung beschädigt auch die Faschismusanalyse. Die Übergänge aus einem normalen bürgerlichen Bewußtsein zu einem faschistischen werden unterbestimmt, wo vorrangig psychische Phänomene den Faschismus begründen können sollen. Die »Studien zum autoritären Charakter« unterstellen, »daß die Empfänglichkeit des Individuums für solche (faschistischen – d. Verf.) Ideologien in erster Linie von psychologischen Bedürfnissen abhängt« (Adorno 1976, 3). Dem in kapitalistische Gesellschaftsstrukturen involvierten Bewußtsein wird argloserweise nicht zugehört, »gute« Gründe für letztlich selbstschädigendes Handeln bereitzustellen – welch unnötiges Kompliment. Vgl. zur Kritik adornitischer Faschismustheoreme Wacker 1979, Jaerisch 1975.

friedigung«, »Betrug«, »Schwindel«) ersetzt die Erklärung, wie die »Kulturindustrie« arbeitet. Der Vergleich des eigenen Ideals (»Glück«) mit der Realität des zu untersuchenden Objekts wird als dessen immanente Kritik vorgestellt. Und die Bewegung des Kritikers um die eigene Achse anlässlich der Besprechung eines Themas soll als dessen Analyse gelten.

Zur Unterbestimmung der kontra-intuitiven Effekte des normalen bürgerlich-kapitalistischen Bewußtseins gehört die Adornosche Variante der Entideologisierungsthese: »Zur Ideologie im eigentlichen Sinne bedarf es sich selbst undurchsichtiger, vermittelter und insofern auch gemilderter Machtverhältnisse. Heute ist die zu Unrecht wegen ihrer Kompliziertheit gescholtene Gesellschaft dafür zu durchsichtig geworden« (1979, 467). Diese Entideologisierungsthese begründet sich aus Adornos Aufgebot eines ganz eigenen Paradigmas, der Kritik eines verkehrten Naturverhältnisses. Adornos Intervention setzt sich ab von den Naivitäten traditioneller linker Theorie gegenüber Organisation, Verwaltung und Technik und von der Unterschätzung der »Sachzwänge« moderner Gesellschaften und der »verwalteten Welt« (Adorno, Horkheimer 1985 a). Angesichts der »Ungleichzeitigkeit in der technischen und menschlichen Entwicklung« (Horkheimer, Adorno 1984, 181) haben Adorno und Horkheimer nicht an einer Vermittlung einer Theorie der modernen Gesellschaft und einer Kapitalismustheorie (vgl. dazu Creydt 2000) gearbeitet. Mit der »instrumentellen Vernunft« boten sie ein vermeintlich tiefer ansetzendes Prinzip auf. Allerdings rächt sich die Ausparung von Moderne- und Kapitalismustheorie bei Adorno in der Verwendung darüber, warum das Prinzip instrumenteller Vernunft nicht als das Unheil angesehen wird, als das es Adorno wahrnimmt. Er neigt dazu, die seiner Auffassung nach in die Individuen eingewanderte, zur zweiten Natur gewordene instrumentelle Vernunft<sup>24</sup> sogleich wieder zu trivialisieren: »Hinge Erkenntnis von nichts ab als von der funktionellen Beschaffenheit der Gesellschaft, so könnte wahrscheinlich heute die berühmte Putzfrau recht wohl das Getriebe verstehen. Objektiv produziert ist vielmehr die subjektive Beschaffenheit, welche die objektiv mögliche Einsicht unmöglich macht« (1979, 117). Die Trennung zwischen behaupteter objektiver Transparenz und ihrer subjektiven Verstelltheit<sup>25</sup> wirkt ebenso künstlich wie die einfache Negation einer (heute: luhmannesken) Verwandlung von Komplexität zur Ideologie ihrer selbst. Adorno bleibt so wehrlos gegenüber einer soziologischen Affirmation der Eigenlogik und Emergenz von Institutionen und Apparaten. Besonders offensichtlich wird dies in seinem Streitgespräch mit Gehlen von 1965 (s. Adorno, Gehlen 1974), das verdeutlicht, wie wenig Adorno einem gesellschaftstheoretischen Denken der in der Moderne notwendigen Strukturen, Organisationen und Institutionen entgegenzusetzen weiß. Wenigstens theoretisch ist aber die »realsozialistische« Lähmung der Intelligenz, die bei Freund und Feind das Bewußtsein von Alternativen zur modernen kapitalistischen Gesellschaft betraf, durch ebenso radikale wie realistische Strukturvorschläge obsolet geworden.<sup>26</sup>

Sinn macht die Entideologisierungsfigur bei Adorno nur innerhalb eines Vorgehens, das vollendet, was bereits bei »Freiheit« und



»Gleichheit« angelegt war: Die bürgerliche Ideologie wird ihres Involviertseins in die kapitalistische Wirklichkeit als deren bestimmte mystifizierte Verarbeitung<sup>27</sup> entkleidet und das so verdinglichte »Geistige« äußerlicher Bewertung unterworfen dichotomisiert: *Früher* habe Ideologie als »Rechtfertigung« immer noch »Ansprüche« und die »Konfrontation des Geistigen mit seiner Verwirklichung« ermöglicht (1979, 466), *heute* sei Bewußtsein »bloßer Abdruck des Seienden« (474) und »besagt kaum mehr, als daß es so ist, wie es ist« (477). Abgesehen von der historisch abwegigen Idealisierung (vgl. Jäger 1973, 43 ff.) mißbrät hier Kritik zur Konfrontation von Anspruch und Realität. Dieser Ansatz übergeht, daß die vergeistigte Weltlosigkeit, die ebenso naive wie geist-eitle Enthebung mit Idealen über die Wirklichkeit und die Derealisierung, die Wirklichkeit der eigenen Ideale nicht zu wissen, selbst Kritik existentiell notwendig für eigene wirkliche Gegenwart macht. Solche Kritik unterscheidet zwischen dem, was ist, und dem, wie es von sich aus erscheint, als von seiner Realität verschieden – und bisweilen als anspruchelnd und sonntäglich idealbeflissen der Wirklichkeit überhoben und über sie vermeintlich erhaben.

Im Adornismus »gelingt« eine Kritik, die mit dem der historischen Jugendzeit des Bürgertums abzulauschenden Versprechen (um nicht zu sagen: »Vorschein«) besserer Zustände heute wehmütig wenigstens der Vergangenheit dieser Ansprüche und ihrer versäumten Einlösung nachtrauert<sup>28</sup>: Es hat nicht sein sollen. Methodisch grassiert hier der negative Vergleich, der die Verhältnisse nicht aus ihnen selbst begreift. Einer fragwürdig beschriebenen und idealisierten Vergangenheit wird eine als schlecht, zerfallen und unheil stilisierte Gegenwart gegenübergestellt. Entgegen seiner theoretisch überzeugenden Kritik am konstellations- und kontextblinden Identifizieren und Subsumieren verfällt Adorno praktisch in seiner Zeitdiagnose genau dieser Methode.<sup>29</sup> Verdinglichte Konstrukte lassen sich hübsch übersichtlich paarweise gruppieren: Konkurrenz- und Monopolkapitalismus, freie Marktwirtschaft und Staatsinterventionismus, Autonomie der Universität und staatsreglementierte Hochschule, totalitätsbezogene Theorien und der Modulbauweise verpflichtete Theoreme.

Gewiß hat Adorno die Hegelsche Vermittlung der Gegensatzpole ineinander gegen jede Vorstellung einfacher Opposition gewendet, wie Tichy (1977) sowie Reusswig und Scharping (1988) überzeugend herausarbeiten. Im Adornismus aber ist eine einfache herrschaftstheoretische Position notorisch geworden, die sich an Äußerungen ankristallisiert wie dieser: »Der Tauschwert gegenüber dem Gebrauchswert, ein bloß gedachtes, herrscht über das menschliche Bedürfnis, der Schein über die Wirklichkeit« (1979, 209). Mit Kapitalismustheorie hat die Nobilitierung des Gebrauchswerts zum »Ineffabile der Utopie« (1973, 22) wenig zu tun (vgl. Hafner 1993, Creydt 2000, 123 ff.). Der Gebrauchswert erscheint nicht mehr als auf den verschiedenen Ebenen der Kapitalismusanalyse bestimmbare innergesellschaftliche Qualität, sondern als gegen die kapitalistische Gesellschaft zu wendende außergesellschaftliche Appellationsinstanz. Der Widerspruch in der Welt wird nur als Widerspruch zwischen der – eben »monolithischen« – Welt des Kapitalismus und

26 Vgl. zur Darstellung dieser institutionellen Konzepte einer nachkapitalistischen modernen Gesellschaft Creydt 2001b, 2003.

27 Sie gezeigt zu haben, macht nicht eine der geringsten Leistungen des »Kapitals« aus, das über ökonomische Systemintegration hinaus so auch die Sozialintegration in den Blick bekommt.

28 Auch die Kulturindustrie wird so kritisiert – vgl. zur Kritik daran Müller-Sachse 1981, 155-179.

29 Bis zur Absurdität radikalisieren Musterschüler der Vergangenheitsbewältigung (von der Zeitschrift »Konkret« über die Zeitung »Jungle World« bis zu zahlreichen »antideutschen« Fanzines) den Identifizierungswahn zur fixen Idee, jedwede Angelegenheit mit NS und Holocaust in Verbindung zu bringen. Vgl. zur Kritik der einschlägigen »Vergangenheitsbewältigung« Creydt 2001 a.

30 Vgl. zur Kritik dieser Idealisierung der Zwischenmenschlichkeit Creydt 2000, 283 ff., Creydt 2002.

31 Genau an dieser Stelle setzt Sloterdijks (1987, 36 ff.) überzeugende Kritik an Adornos Verständnis moderner Kunst an.

32 »So scharfsinnig ihre Argumente sind, das Ganze ist meist noch um eine Spur besser gesagt als gedacht. ... Die Sprache, die funkelnde, wendige Rhetorik läuft den durchtrainierten Schreibern stets rasch über die ungestalten Probleme weg davon zu pointenflinken Schlüssen, die sich endgültig geben und es doch gar nicht sind. Sie können, scheint es, gar nicht mehr so langsam, so zäh und mühselig schreiben, wie heute allein noch gedacht werden darf« (Matt 1993).

33 Vgl. u. a. Eisel 1980 zur »Dialektik der Aufklärung«, Böhm und Scharping 1996 zur Moral, Demmerling (1994, 126 ff.) zu Sprache und Verdinglichung, Gruschka in vielen Veröffentlichungen und in seiner Zeitschrift »Pädagogische Korrespondenz« zur »bürgerlichen Kälte« (Adorno) in der Pädagogik.

34 »Heimat kommt auf (die noch keine Bleibe war), wenn ich in den Minima Moralia wieder lese. Wie gewissenshaft und prunkend (sic!) gedacht wurde, noch zu meiner Zeit! Es ist, als seien seither mehrere Generationen vergangen« (Botho Strauß: Paare, Passanten).

ihrer ebenso dysfunktionalen wie unverzichtbaren Sphären gesehen: »Inmitten der Tauschgesellschaft sind die vorkapitalistischen Rudimente und Enklaven keineswegs nur ein dieser Fremdes, Relikte der Vergangenheit: sie bedarf ihrer« (1979, 14). In Horkheimers Mystifizierung der Familie in »Autorität und Familie« wird diese Argumentationsfigur besonders deutlich.<sup>30</sup> Tiefer als die eher exoterisch-reformistischen Hoffnungen Adornos reichen allerdings esoterisch-radikale Hoffnungen auf die Kunst. Gewiß geht es Adorno nicht um »die ominöse unmittelbare Schau des Wesens der Dinge«, nicht so suche »Kunst dem Unterdrückten das Seine widerfahren zu lassen« (1980, 209). Gewiß wird auch hier Vermittlung theoretisch postuliert: »Keine Kunst, die nicht negiert als Moment in sich enthält, wovon sie sich abstößt« (1980, 24). Dennoch avancieren »Kunstwerke« zum »Statthalter der nicht länger vom Tausch verunstalteten Dinge« (1980, 337). Dem *Prinzip* des Nutzens und der Zweckrationalität instrumenteller Vernunft wird eine ästhetische Rationalität gegenübergestellt. Eine Sphäre dieser Gesellschaft also avanciert zum Refugium kritischer Geister, ohne daß das Involviertsein der für sie konstitutiven Denk- und Subjektivitätsgehalte in den gesellschaftlichen Strukturaufbau ihrer verschiedenen Sphären und Erfahrungsverarbeitungen durch solche Opposition zwischen Prinzipien gefaßt werden könnte. Vor dem Hintergrund einer mit Prinzipien eher verzeichneten Gesellschaft glänzt die Kunst und imponiert als eine Art »Ding an sich« wie eine Eigentlichkeit, die bereits allein mit ihrem Erscheinen schon Schaden erleiden müsse: »Fast droht solchen Gebilden bereits die Apperzeption ihrer Priorität Unrecht an« (1980, 448). Die zum Opfer stilisierte Kunst erlaubt es, vom Objekt der eigenen positiven Reverenz nur im Modus ahnungsvoller Andeutungen zu sprechen. Ideologiekritik und Ursprungssehnsucht begründen sich hier wechselseitig. Gerade weil im Zeichen allumfassender Ideologisierung das »Wahre« einem Vorbehalt direkter Thematisierung unterliegt, steigt der Eifer für umwegige und denk-aufwendige Zugänge. Die unendliche Kommentarbedürftigkeit der Kunst führt zur Ehrenrettung der Philosophie als Begleiterin der Kunst, die dieser »nichtbegrifflichen Sprache« (1980: 121) Beistand leistet. »Deshalb bedarf Kunst der Philosophie, die sie interpretiert, um zu sagen, was sie nicht sagen kann, während es doch nur von Kunst gesagt werden kann, indem sie es nicht sagt« (ebd., 113). Die gegenseitige Stützung von Kunst und Philosophie<sup>31</sup> depotenziert Gesellschaftstheorie zur armen Verwandten. Der adornitische Kurzschluß von Philosophie und Kunst auf Kosten der Gesellschaftstheorie läßt ökonomische Kategorien zur Allegorie philosophischer Probleme mißraten. Reichlich Bildungsgut ist die Zugabe – als Resignationsgirlande.

Für Adorniten liegt die Faszination nicht zuletzt im Stil, an dem sie auch andere Theorien messen – eine weit verbreitete Ästhetisierung der Theorie hat hier *einen* Zufluß erhalten<sup>32</sup>. Adornos Denken gerät im Adornismus zum Jargon und wird um seine theoretisch unausgeschöpften Impulse<sup>33</sup> gebracht. Sicher ist niemand vor mißliebigen Bewunderern gefeit<sup>34</sup>, dennoch fragt es sich, ob das Lob mehr mit dem Gelobten zu tun hat als diesem lieb sein könnte. »Die Gesellschaft rächt sich an Adorno lediglich durch ihre Indifferenz. Das

übrige erledigen seine Bewunderer. Diese pflegen die Faktizität der negativen Philosophie als die Faktizität des Gehalts, des Telos' der Philosophie zu feiern. Altem Brauch gemäß begrüßen sie die Absicht schon als das Ereignis selbst. Damit holen sie Adorno endlich heim in die Geschichte der abendländischen Philosophie. Fraglos kommt ihnen dabei Adornos Diktion entgegen. Lakonisch und virtuos, präzise und feierlich, traditionell und unkonventionell zugleich, bewirkt sie gerade das, was sie sich untersagt hat: sie merzt die Spuren der Anstrengung aus. Das Bemühen um Eleganz, Perfektion und eine gewisse Erhabenheit und die verhaltene Affinität zu subjektiver Rückhaltlosigkeit werben um die Erfahrungsbereitschaft und gewiß auch um die Zuneigung des Lesers. So verleitet gerade die Philosophie, die sich derzeit mit nichts und niemandem versöhnen möchte, zu vorschneller Identifizierung. ... Dem als genialem Individuum Bewunderten wird zugesprochen, was dieser erst als fernes Ziel erkannt hat. Gerade dieses Wohlwollen verrät Gleichgültigkeit. Behaglich würdigt man den, der einem sagt, daß noch nichts glückte« (Böckelmann 1969, 26 f.).

Im Adornismus gelingt die Verwandlung des unglücklichen Bewußtseins zur schönen Seele. »Das nicht Bornierte wird von Theorie vertreten. Trotz all ihrer Unfreiheit ist sie im Unfreien Statthalter der Freiheit« (1969, 173). Und: »Unglückliches Bewußtsein ist keine verblendete Eitelkeit des Geistes, sondern ihm inhärent, die einzig authentische Würde« (1970, 203). Glück im Unglück also: »Es gibt ein Glück der Abstraktion, das nicht mehr eines Lebensglücks bedarf, weil das Denkenkönnen des Unglücks das subtilste Glück des Denkens ist« (Kudszus 1968, 34).

Eingebannt in die Ruine des bürgerlichen Individuums (Krahl 1971, 285) wird mit dem autonomen Individuum als Referenzpunkt eine (in seinem Werk eher randständig bleibende) Einsicht Adornos verschenkt, derzufolge die »individualistische Organisationsform der Gesellschaft kollektive Verhaltensweisen ausschließen, die vielleicht subjektiv dem Stand der objektiv-technischen Produktivkräfte gewachsen wären« (1985, 14). Die Verselbständigung der Herrschaft wird nicht auf Abstände und Trennungen zwischen den Menschen bezogen. Dabei stoßen Konkurrenz, Hierarchie, die Gleichgültigkeit der Verausgabung abstrakter Arbeit, wenn ihre Produkte nur irgend Mehrwertproduktion erlauben und absetzbar erscheinen, sowie die Trennung der Menschen in der Arbeit und als Arbeitende und Konsumierende voneinander an Grenzen. Sie werden heute mit den Themen Ökologie, Gesundheit, Lebensqualität deutlich und verweisen auf Vermögen, die bereits im Bestehenden diese Formen als zu eng für ihre Betätigungs- und Vergesellschaftungspotenzen erfahren und über sie hinaus reichen. Die Verselbständigung des abstrakten Reichtums wäre dann nicht nur – gleichsam in der Vertikalen – reflexionslogisch auf subalterne und selbsterhaltungsbornierte Individuen im Mensch-Natur-Verhältnis bezogen, sondern – horizontal – rückgebunden an Vergesellschaftungsverhältnisse, die zumindest keinen Automatismus ihrer Autopoiesis erzwingen.<sup>35</sup> Um hier überhaupt denken zu können, müßte die Gestalt autonomer Individualität nichtregressiv überwunden werden. Im Horizont von Assoziation, Sozialität und Arbeit von Menschen für Menschen wäre jene Sub-

35 Breuers (1987) Diagnose einer Konvergenz zwischen Adorno und Luhmann erweist angesichts der Formalisierung, die Luhmanns Denken eigen ist (vgl. zur Kritik Creydt 1998 und 2000, 84-110), Adorno keinen Gefallen. Breuers Vergleich bestätigt aber die frühe Beobachtung zu Adorno, die »konkrete und materiale Geschichte« »wandere immer mehr aus seinem Begriff gesellschaftlicher Praxis aus« und sei zum Schluß »derart verdunstet, daß sie der transzendenten Armut der Heideggerschen Kategorie assimiliert erscheint« (Krahl 1971, 288).

ektivität aufzuspüren, die als Forderung ans einzelne Individuum zur Überforderung geraten muß. »Die Emanzipation des Individuums ist keine Emanzipation von der Gesellschaft, sondern die Erlösung der Gesellschaft von der Atomisierung« (Horkheimer 1974/130). Adornos Stärke, das beschädigte Leben des Individuums ernstzunehmen, gerät zur Schwäche, allein Individuen für fähig zu halten, das Anliegen von Kollektivität noch zu vertreten (vgl. 1973 a, 50).

Geld und Kapital stellen die abstrakten Mitten dar, die die Trennung und Entgegensetzung der Seiten (Konsumenten, Betroffene und Produzenten bzw. die verschiedenen Produzentengruppen untereinander), die sie vermitteln, selbst setzen und reproduzieren. Im Adornismus wird der menschliche Bezug der Arbeitenden in ihren Fähigkeiten und Sinnen zueinander und auf das In-der-Welt-Sein der Arbeitsprodukte verfehlt und damit das Hintergrundproblem, vor dem die Verselbständigung des abstrakten Reichtums ihre Wucht gewinnt. Fixiert bleibt Adorno auf die Angst erzeugende Abhängigkeit von der Natur, die Angst wendende Selbsterhaltung, die Emanzipation verhindernde Beherrschung innerer und äußerer Natur, die damit einhergehende Selbstverhärtung in der Entgegensetzung zum zu manipulierenden Objekt und die von der ursprünglichen Not sich entkoppelnde (daher »verwilderte« (1970, 285) und »blinde« (Horkheimer, Adorno 1984, 4 f., 51) Selbsterhaltung<sup>36</sup>. Adorno imponiert demgegenüber ein Ideal, das Arbeit allein als Reich der Notwendigkeit faßt und in ihm allein Hindernisse seiner Utopie wahrnimmt: »Rien faire comme une bête, auf dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen, »sein und sonst nichts, ohne alle weitere Bestimmung und Erfüllung« könnte an Stelle von Prozess, Tun, Erfüllen treten. ... Keiner unter den abstrakten Begriffen kommt der erfüllten Utopie näher als der vom ewigen Frieden« (Adorno 1976/207 f.).

Bei vielen seiner Anhänger schlägt Adornos Denken um: Was bei ihm ein prekäres Gegenmoment gegen die gesellschaftlich herrschenden Formen darstellen soll, läßt viele Adorniten zur positiven Umwertung und Identifikation ein.<sup>37</sup> Adornos Äußerungen zu den Werten des frühen Bürgertums sowie zu Gebrauchswert und Kunst ermuntern dazu. In der Abwertung des Alltags tragen sie ideell zu jener Depotenzierung menschlicher Fähigkeiten und Sinne bei, die real in ihm herrscht. Die Herrschaft stellt den Wunschgegner von Refugien dar, die sich umso besser genießen lassen, desto verschwommener jene Folie abstoßender Herrschaft figuriert, gegen die sich die Träume vom wahrhaft autonomen Individuum und der Kunst abzusetzen und auszubreiten verstehen. Adorno diagnostiziert eine »Epoche, darin die reale Möglichkeit von Utopie – daß die Erde, nach dem Stand der Produktivkräfte, jetzt, hier, unmittelbar das Paradies sein könnte – auf einer äußersten Spitze mit der Möglichkeit der totalen Katastrophe sich vereint« (1980, 55 f.). Adornos Sensibilität für das Leid der Individuen baut sich an einer Kritik auf, die zu Recht der Verdrängung, der Leid abwehrenden Ich-Einschränkung und Ich-Verhärtung Schutz vor gesellschaftlichen Zumutungen zuschreibt *und* ineins eine Förderung dieser Zumutungen. Zu wenig aber unterscheidet Adorno zwischen zu bewältigenden Härten und der interessierten Bemühung von Frustrationstoleranz

36 »Die Maschine hat den Piloten abgeworfen« (Horkheimer 1974, 124).

37 Sie reicht bis zur post-modernen Affirmation des »Querens, Undurchsichtigen, Unerfaßten« (1976 a, 200).

auch dort, wo alles darum ginge, die vermeidbaren Härten durch gesellschaftliche Arbeit an ihnen zu verringern. Geschieht dies nicht, müssen die gesellschaftlich letztlich im Stich gelassenen Individuen individuell und zu ihrem Schaden etwas leisten, was als »Bewältigung« zu bezeichnen Schönrednerei bedeutet. Adorno kritisiert zu Recht, daß das Individuum sich nicht froh von den Institutionen »konsumieren« (Gehlen) lassen soll. Vielmehr müßte seine Sinnes- und Fähigkeitsentwicklung die Bewährungsprobe sein, an der sich letztlich die Qualität der Organisationen entscheidet, wenn anders die Faszination an deren Eigengesetzlichkeit (als »verwaltete Welt«) nicht selbst ihr Worum-willen dethematisieren soll. Diese Sensibilität steigert sich adornitisch zu einem Mangel an plastischer Kraft, »Wunden auszuheilen, Verlorenes zu ersetzen, zerbrochene Formen aus sich nachzuformen« (Nietzsche). Diesem Mangel entspreche es, schon an einer kleinen Wunde zu verbluten. Gemessen an *dieser* Sensibilität muß es dann schon »unmittelbar das Paradies« (1980, 55) sein oder die »Erlösung« – so der letzte Abschnitt in der »Minima Moralia«. Eine Berührungsangst – eben die der schönen Seele – stellt sich ein, mit der Wirklichkeit sich anders als negierend einzulassen, ist sie doch durch die »Erbsünde« (1970, 241) eines von Anfang an gewalttätigen Naturverhältnisses existentiell und tragisch verdorben.

Die auch Adorno notwendige Behauptung der Differenz zwischen Real- und Potentialgestalt der Produktivkräfte kann argumentativ von ihm nicht eingelöst werden (vgl. auch Schumacher 1987). Adorno teilt analytisch das moderne Selbstverständnis, es herrschten wenigstens im Großen und Ganzen Effizienz und Zweck-Mittel-Rationalität, und bewertet es negativ. Die kapitalistischen Konstitutionsmaße der Technikentwicklung (vgl. Creydt 2000, 160-199) und die Fehlabsorption von auf die Verringerung der Härten der Arbeit investierbaren Ressourcen sind dort kein Thema, wo von Naturbeherrschung schlechthin universalisierend die Rede ist. Adorno hintertreibt damit seine eigene Intention: »Das Potential (eines nicht repressiven Verhältnisses des Menschen zur Natur und zum Menschen – d. Verf.) in der durch Technik verwüsteten Welt liegt in einer friedlich gewordenen Technik« (1980, 76).

Adornos Kritik gerät in die Verlegenheit, Schönrednerei und falsche Tröstungen auf eine Weise zu destruieren, in der mit der falschen auch jedwede realitätshaltige Hoffnung ramponiert wird: »Hoffnung auch nur zu denken, frevelt an ihr und arbeitet ihr entgegen« (1970, 394). Die begriffliche Arbeit, Fähigkeiten und Kräfte ausfindig zu machen, die in den Verhältnissen gegen sie entstehen, wird in einem worst-case-Schematismus identifiziert mit naiven Hoffnungen, ohne die Naivität im einzelnen noch als solche erweisen zu müssen, ist das Scheitern doch zum Apriori aufgerückt. Solche antithetisch auf die Beschwichtigung fixierte und derart verhärtete Pauschalkritik einer »monolithischen Gesellschaft« (Adorno 1970, 264) mag als einfache Negation von pausbäckigem Technik- und Planungsoptimismus ihr Recht haben. Mittlerweile ist sie aber zu einer Art negativer Idylle für Kritiker avanciert, die sich im Abseits häuslich eingerichtet haben. Ihnen mißbrät Kritik zur altklugen Pose.



Adornos Texte sind auch insofern lehrreich, als sie notwendige Gefährdungen ausdrücken, der keine Gesellschaftskritik einfach ausweichen kann. Gesellschaftskritik läßt sich weder mit risikoscheuer Konjunktivrhetorik betreiben noch mit Gedanken, mit denen man von vornherein nichts wirklich falsch machen kann. Kritik läßt sich nicht denken, ohne sich Gefahren auszusetzen: In Gefahr und Not bringt der Mittelweg den Tod.

#### Literatur:

- Adorno, Theodor W. 1940: Fragmente über Wagner, in: Zeitschrift für Sozialforschung. Jg. 8, 1939/40, New York..
- Ders. 1963: Eingriffe, Frankfurt a. M.
- Ders. 1969: Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt a. M.
- Ders. 1970: Negative Dialektik, Frankfurt a. M.
- Ders. 1973: Vorlesung zur Einleitung in die Soziologie (im Sommersemester 1968), Raubdruck, Frankfurt a. M.
- Ders. 1973a: Dissonanzen, in: Ders.: Gesammelte Schriften Bd. 14.
- Ders. 1976: Studien zum Autoritären Charakter, Frankfurt a. M.
- Ders. 1976a: Minima Moralia, Frankfurt a. M.
- Ders. 1977: Resümee über Kulturindustrie, in: Ders.: Gesammelte Schriften Bd. 10.1.
- Ders. 1979: Soziologische Schriften. Bd.1, Frankfurt a. M.
- Ders. 1980: Ästhetische Theorie, Frankfurt a. M.
- Ders. 1981: Noten zur Literatur, Frankfurt a. M.
- Ders. 1985: Philosophie der neuen Musik, Frankfurt a. M.
- Ders., Horkheimer, Max; Kogon, Eugen 1985: Die verwaltete Welt oder: Die Krise des Individuums. Ein Gespräch zwischen Adorno, Horkheimer und Kogon, in: Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften Bd. 13, Frankfurt a. M.
- Ders., Gehlen, Arnold 1974: Ist die Soziologie eine Wissenschaft vom Menschen? Ein Streitgespräch (von 1965), in : Grenz, Friedemann: Adornos Philosophie in Grundbegriffen, Frankfurt a. M.
- Althusser, Louis 1968: Für Marx, Frankfurt a. M.
- Baethge, Martin 1994: Arbeit und Identität, in: Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt a. M.
- Beier, Christel 1976: Zur Struktur des Totalitätsbegriffes in der kritischen Theorie Adornos, in: Ritsert, Jürgen (Hg.): Zur Wissenschaftslogik einer kritischen Soziologie, Frankfurt a. M.
- Dies. 1977: Zum Verhältnis von Gesellschaftstheorie und Erkenntnistheorie: Untersuchungen zum Totalitätsbegriff in der kritischen Theorie Adornos, Frankfurt a. M.
- Böckelmann, Frank 1969: Die Möglichkeit ist die Unmöglichkeit, in: W.F. Schoeller, Die neue Linke nach Adorno, München.
- Böhm, Andreas; Scharping, Michael 1996: Kritik der Autonomie, in: Brentel, Helmut; Görg, Christoph; Reusswig, Fritz u. a. (Hg.): Gegensätze. Elemente kritischer Theorie. FS Ritsert, Frankfurt a. M.
- Breuer, Stefan 1987: Adorno und Luhmann, in: Leviathan H.1.
- Creydt, Meinhard 1998: Luhmanns System, in: Kommune H. 1, Jg. 16.
- Ders. 2000: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit, Frankfurt a. M.
- Ders. 2001: Zur Kritik der Demokratie, in: Die Aktion Hamburg, H. 202, 21. Jg.
- Ders. 2001a: Sonderweg und Abweg. Zur Kritik einer deutschen Vergangenheitsbewältigung, in: UTOPIE kreativ, H. 127 (Mai 2001).
- Ders. 2001b: Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes. Aktuelle Modelle in der angelsächsischen Diskussion, in: Widerspruch (Zürich), Bd. 40, 2001. Andere Varianten in: Marxistische Blätter 3/2001, Volksstimme Nr. 45/2000 (Wien), Berliner Debatte Initial Nr.3/2001.
- Ders. 2002: Frauen als moralische Sieger, in: Die Aktion (Hamburg), H. 204, 22. Jg.
- Ders. 2003: Die institutionellen Strukturen nachkapitalistischer Gesellschaften, in: Olaf Reissig u. a. (Hg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert, Hamburg.
- Dannemann, Rüdiger 1987: Das Prinzip Verdinglichung, Frankfurt a. M.
- Decker, Peter 1982: Die Methodologie kritischer Sinnsuche, Erlangen.
- Demmerling, Christoph 1994: Sprache und Verdinglichung, Frankfurt a. M.
- Diner, Dan 1990: Perspektivenwahl und Geschichtserfahrung, in: Pehle, W. (Hg.): Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M.
- Eisel, Ulrich 1980: Die Entwicklung der Anthropogeographie von einer »Raumwissenschaft« zur Gesellschaftswissenschaft, Kassel.
- Ferry, Luc; Renaut, Alain 1987: Antihumanistisches Denken – Gegen die französischen Meisterphilosophen, München.
- Gilcher- Holtey, Ingrid 1993: 1968 in Frankreich: Die große Parallelaktion, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 4.
- Guette, Rolf; Huisken, Freerk 1997: Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht, Berlin.
- Hafner, Kornelia 1993: Gebrauchswertfetischismus, in: Behrens, Diethard (Hg.): Gesellschaft und Erkenntnis, Freiburg i. Br.
- Halfmann, Jost; Rexroth, Tillman 1976: Marxismus als Erkenntnistheorie. Sohn-Rethels Revision der Werttheorie und die produktiven Folgen eines Missverständnisses, München.
- Haug, Wolfgang Fritz 1986: Die Faschisierung des Subjekts, Westberlin.
- Hecker, Konrad 1996: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung, München.
- Heinsohn, Gunnar 1995: Warum Auschwitz? Reinbek bei Hamburg.
- Horkheimer, Max 1974: Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt a. M.



- Ders., Adorno 1984: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a. M.
- Jäger, Wolfgang 1973: Öffentlichkeit und Parlamentarismus, Stuttgart.
- Jaerisch, Ursula 1975: Sind Arbeiter autoritär? Frankfurt a. M.
- Kohlstruck, Michael 1997: Zwischen Erinnerung und Geschichte, Berlin.
- Ders. 1997 b : Der Umgang mit dem Nationalsozialismus, in: PVS H. , Jg. 38.
- Koltan, Michael T. 1999: Adorno, gegen seine Liebhaber verteidigt, in: Jour-fixe-initiative, Berlin: Kritische Theorie und Poststrukturalismus, Hamburg.
- Krahl, Hans- Jürgen 1971: Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt a. M.
- Krölls, Albert 1988: Das Grundgesetz als Verfassung des staatlich organisierten Kapitalismus, Wiesbaden.
- Kudszus, Hans 1968: Die Kunst versöhnt mit der Welt, in: Über T. W. Adorno (Mit Beiträgen von J. Habermas, B. Willms u. a.), Frankfurt a. M.
- von Matt, Peter 1993: Schick wie Designer-Jeans. Über Martin Walser und seinen neuen Roman »Ohne einander«, in: Der Spiegel H. 31.
- Liebknecht, Karl 1969: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1 (Hg. v. H. Böhme), Frankfurt a. M.
- Merleau- Ponty, Maurice 1966: Phänomenologie der Wahrnehmung, Berlin.
- Müller, Rudolf Wolfgang 1977: Geld und Geist, Frankfurt a. M.
- Müller-Sachse, Karl H. 1981: Unterhaltungssyndrom. Massenmediale Praxis und medientheoretischer Diskurs, Frankfurt a. M.
- Nietzsche, Friedrich 1980 ff.: Kommentierte Studienausgabe, hg. v. Colli/Montinari, München.
- Reusswig, Fritz; Scharping, Michael 1988: Hegelsche Argumentationsfiguren in der Soziologie Adornos, in: Ritsert, Jürgen: Das Bellen des toten Hundes, Frankfurt a. M.
- Rohbeck, Johannes 1993: Technologische Urteilskraft, Frankfurt a. M.
- Schumacher, Jan-Hendrik 1987: Adornos Bestimmung der Kontamination von Negativität und Möglichkeit der Utopie, Osnabrück (Diss.).
- Sloterdijk, Peter 1996: Selbstversuch, München.
- Ders. 1987: Kopernikanische Mobilmachung und ptolemäische Abrüstung, Frankfurt a. M.
- Tichy, Matthias 1977: T. W. Adorno – Das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem in seiner Philosophie, Bonn.
- Türk, Klaus 1995: »Die Organisation der Welt« – Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft, Opladen.
- Wacker, Ali 1979: Zur Aktualität und Relevanz klassischer psychologischer Faschismustheorien, in: Paul, G.; Schoßig, B. (Hg.): Jugend und Neofaschismus, Frankfurt a. M.

WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Waren wir in der vorigen *Festplatte* noch auf Vermutungen angewiesen, was den zu diesem Zeitpunkt gerade erst beginnenden Ostalgie-Rummel im Fernsehen anging, so können wir jetzt mit Fug und Recht sagen, daß unsere Befürchtungen vollauf bestätigt wurden. Ja, das Gezeigte war noch schlimmer und peinlicher, als vorhergeahnt. Ja, was da im Fernsehen ablief, war sogar dermaßen unter Niveau, daß landauf, landab die Scribenten der ernstzunehmenden Feuilletons danach gar nicht umhin konnten, sich insbesondere auf den Medienseiten an diesem Phänomen die Finger wundzuschreiben. Obwohl unterschiedlichen Grundüberzeugungen folgend, waren sich nahezu alle einig: Was da produziert wurde, war nicht nur das Letzte, es war das Allerletzte!

Pascale Hugues beispielsweise, Berlin-Korrespondentin der französischen Zeitschrift *Le Point* und regelmäßig mit einer Wochenendkolumne im *Tagesspiegel* vertreten, schrieb in eben diesem unter anderem zum Auftritt Katarina Witts: »Arme Eisprinzessin: Mit ihrem Sachsen-Akzent und ihren Zöpfchen wirkt sie wie eine frisch verblühte Lolita aus dem Provinzbordell. Die Ausstatter bei RTL scheinen zu glauben, die wiedererstandene DDR mit glitzernden Fernsehkulissen adeln zu können. Ich bin angewidert, aber ich bleibe standhaft. Als Henry Maske in einem Trabi auf die Bühne rast, verklemmt hinter dem winzigen Lenkrad, verliere ich die Nerven. Um 21.50 Uhr kann ich nicht mehr. Ich schalte ab.«

Das gleiche Blatt räumte dem insbesondere *ND*-Lesern bekannten Autor Gunnar Decker eine ganze Zeitungsseite zu einem der bemerkenswertesten Artikel ein, die mir im Berichtszeitraum zum Thema Fernsehostalgie untergekommen sind. Hier ist nur der Platz, einige Kerngedanken Deckers zu referieren oder wiederzugeben. Decker

schreibt: »Es gab im Osten fast keine reinen Ostler. Die meisten hatten Verwandte im Westen, sahen sowieso Westfernsehen und hörten Westmusik – lebten also bereits in einer medialen West-Welt, aber ohne den erdenden Kontakt zum harten West-Boden.« Der Autor erwähnt auch die zweite Währung in den Endjahren der DDR, das Westgeld. Und da mir das nach der Wende überall erzählt wurde, muß es wohl so gewesen sein, obwohl es mir an entsprechender Praxiserfahrung mangelt; aber immerhin begreife ich nun, warum ich ein Vierteljahr auf einen Termin in der Moped-Werkstatt warten mußte ...

Als dann – nach der Wende – der »erdende Kontakt zum harten West-Boden« hergestellt war, konnten die Westgeld-Ostler ihr »schönes Westgeld« nicht mehr für Luxusgüter ausgeben, sondern mußten es für Schrippen und für Mieten und für andere profane Dinge hinblättern. Doch die Enttäuschung war beidseitig, es stellte sich nämlich heraus, daß die Dankesbriefe, die wegen der »Westpakete« geschrieben worden waren, im wesentlichen aus Heuchelei bestanden (lt. Decker!) und die DeDeRer gar nicht daran dachten, vor Dankbarkeit unter sich zu lassen. Und Leuten, die gerade so etwas wie eine Revolution oder Konterrevolution, jedenfalls einen Umsturz herbeigeführt hatten, standen mit einem Male welche gegenüber, die aber so was von »staatsnah« waren, daß die Ostler aus dem Staunen nicht herauskamen; sie »sahen sich plötzlich mit Bundesbürgern konfrontiert, wie sie sich keine DDR-Staatsbürgerkundelehrerin zu träumen gewagt hätte«.

Damit berührt Gunnar Decker einen Punkt, der, wie mir scheint, in der nun schon langjährigen »Ossi-Wessi-Debatte« meist ausgeblendet blieb: Viele Ossis hatten keinerlei Respekt mehr vor Notabeln, denn die Ihnen hatten sie, um es metaphorisch auszudrücken, schlotternd in Unterhosen gesehen. Und zwar zu einer Zeit, in der im Westen über Chefs nicht gelästert und gelächelt wurde. Wenn es denn so eine Zeit je gegeben hat (was zu bezweifeln wäre). Dazu noch einmal Decker: »Plötzlich waren da überall Staatsgläubige, Leute, die gar nicht über ihre Chefs lächelten, sondern ernsthaft Angst hatten vor ihnen. Oder besser gleich selber Chef werden wollten. Man war auf einmal umstellt von Positivität. Negativ zu sein, war plötzlich wirklich negativ.«

Ein zweites großes Thema war die Ankündigung Johannes Raus, nicht mehr als Bundespräsident kandidieren zu wollen. Da setzte das Große Heucheln ein, denn hinter vorgehaltener Hand wurde Bruder Johannes schon lange als schwacher Präsident behandelt, und so dürfen wir getrost davon ausgehen, daß sich hinter dem lagerübergreifenden journalistischen Jubelchor ob dieser noblen Geste nichts anderes als schnöde Erleichterung verbirgt. Und es waren keine zwei Tage nach des Präsidenten Verlautbarung vergangen, da war in den Zeitungen schon ein gutes Dutzend möglicher Kandidaten in Umlauf. Kurz vor Fertigstellung dieses Manuskriptes war Wolfgang Schäuble ins Gespräch gebracht worden. Aber da die SPD und die Grünen eine Frau im Amte zu sehen wünschen, ist derzeit noch nicht zu sagen, was da auf uns zukommen wird. Fest steht nur, daß wir in den nächsten Monaten bis Mai 2004 ein munteres Personal-Monopoly erleben werden. Allerdings steht nicht fest, ob uns das ernsthaft interessieren sollte. Mir jedenfalls fehlt es immer noch an der dafür nötigen Staatsnähe. Mich wundert nur, daß die PDS noch nicht den Namen Daniela Dahn genannt hat.

Jürgen John (Hrsg.):  
 Thüringen 1989/90 (Quellen zur  
 Geschichte Thüringens. Bd. 17/I  
 u. 17/II), Landeszentrale für  
 politische Bildung Thüringen,  
 Erfurt 2001, 428 S. (I)  
 Wolfgang Schluchter,  
 Peter H. Quint (Hrsg.):  
 Der Vereinigungsschock.  
 Vergleichende Betrachtungen  
 zehn Jahre danach, Velbrück  
 Wissenschaft Weilerswist 2001,  
 522 S. (29,50 €) (II)

Zu den Phänomenen der deutschen Einheit gehört das westdeutsche Unvermögen, die eigentlichen Intentionen der politischen Aktivisten aus Bürgerbewegten und SED-Reformern nachzuvollziehen, die im Herbst 1989 die Bürger der DDR auf die Straße brachten. »Bis heute werden die DDR-Vorgänge 1989/90 höchst gegensätzlich beurteilt. Das schlägt sich auch in der Wahl kennzeichnender Begriffe – »Implosion«, »Revolution«, »Wende«, »Umbruch«, »Demokratisierung«, »Transformation«, »Abwicklung« etc. ... nieder« (I/S. 26). Klärung kann nur ein Eintauchen in die damalige Zeit und das Denken der Akteure bringen, auch wenn schon die Beschäftigung damit durch den jeweiligen Standort des Untersuchenden mitgeprägt ist. Unverständlich bleibt den allein ihrer bundesdeutschen Geschichte und Gesellschaft sicheren Westdeutschen (und manchen ihrer ostdeutschen Adepten), daß neben den Ausreisewilligen gerade die Daheimgebliebenen nicht Einsturz und Ende der DDR wollten, sondern einen Neuanfang mit mehr Demokratie und der Rückkehr des Sozialismus zu seinen Wurzeln. In der Geraer Johankirche bekannte am 9. November ein SDP-Mitglied: »Das Schiff DDR ist gestrandet, sein Verlassen ist unverantwortlich, ebenso rebellieren oder Steine werfen. Nicht nur *den* Kapitän ablösen, sondern auch die Verantwortlichen, welche den Kurs vorgegeben haben, müssen alle mit an *der* Reparatur arbeiten, damit das Schiff DDR wieder standhaft über die Meere fahren kann.« (I/S. 178) Typisch ebenso *Edelbert Richter* im September 1989,

für den »sozialistisch« sein sollte: »Soziale Sicherung, wie sie es bei uns gibt, so das Recht auf Arbeit, auch die Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik gehören bei uns zu festen Bestandteilen, von denen man nicht abgehen sollte. Der Grenzbereich dieser Frage liegt bei der Initiative der Menschen, die bei uns über diese Leistungen gleichzeitig entmündigt wurden. Hier muß die Korrektur ansetzen. Wir sperren uns auch nicht gegen den Einbau bestimmter marktwirtschaftlicher Elemente. Im sozialistischen Kontext ließe sich das durch freie Gewerkschaften als Korrektiv auffangen. Warum sollen nicht Mitbestimmung im Betrieb und Arbeiterselbstverwaltung, wie es in der UdSSR probiert wird, auch bei uns greifen. Bis hin zur Frage der Humanisierung der Arbeit.« (I/S. 54) Oder wenn kirchliche Basisgruppen sich für den Sozialismus, »aber einen demokratischen, pluralistischen und entwicklungsfähigen Sozialismus« aussprachen (I/S. 61). Gerade das entnervte ja die Wahrer der bestehenden Ordnung, so in einer MfS-Analyse der Oppositionsgruppen Ende Oktober. Sie witterten nur Verrat: »In demagogischer Art und Weise bekennen sie sich zum Sozialismus, wollen dessen positive Errungenschaften in jedem Fall bewahren und ihn lediglich demokratisieren und »humaner« gestalten.« (I/S. 112)

Auch wenn eine Mehrheit der DDR-Bürger nach dem Mauerfall schnell unter dem Eindruck der übermächtigen und als überreich empfundenen Bundesrepublik das neue Selbstbewußtsein in Angst vor neuen Experimenten und der Sehnsucht nach gesicherten, bundesdeutschen Verhältnissen preisgab, die Ausgangssituation muß immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Denn sie ist entscheidend für das Begreifen des Handelns von Bürgerbewegten wie SED-Reformern (auch wenn kaum miteinander) in den entscheidenden Wochen und Monaten 1989/90, als sie das DDR-Gemeinwesen reorganisieren wollten. Für das Vergewissern dieser Ausgangssituation ist die Quellenedition Johns und seiner Studenten an der Friedrich-Schiller-Universität außerordentlich verdienstvoll. Zusammengetragen wurden vorwiegend ungedruckte archivalische Quellen aus meist thüringischen staatlichen, kommunalen, privaten, Kirchen- und Parteiarchiven sowie aus der Gauck-Behörde und Pressestimmen.

Beeindruckend sind die vielfältigen Vorschläge für eine Verbesserung unterschiedlichster Bereiche der DDR, der Universitäten, Schulen oder Kommunen, so bei den Jenaer Rathausgesprächen und an verschiedenen Runden Tischen. Bemerkenswert ist, wie sich das Auflösen des realsozialistischen Machtssystems durch Befehlsverweigerungen in den Kampfgruppen oder dem Bröckeln der Parteidisziplin manifestierte, von der manche Genossen in die Bürgerbewegungen fanden oder aktiv an der Erneuerung ihrer Partei mitarbeiteten. Einen besonderen Reiz haben jene Dokumente, die den Weg in die Länderbildung erhellen. Denn »der Zerfall der alten Ordnungsmacht wirkte dezentralisierend und regionalisierend. Der Handlungssog ging zeitweise von der zentralen Ebene auf die Basis, die Peripherie, die ›Provinz‹ über.« (I/S. 26 f). Bedauerlich ist, daß ein Handlungsstrang kaum belegt wird: das Eingreifen bundesdeutscher Akteure in den DDR-Umbruch. Zwar werden die Wahlkampfauftritte westdeutscher Politiker belegt, aber die tatkräftige Hilfe beim Aufbau der politischen Parteien und der frühzeitige Einfluß auf z. B. kommunale wie Wirtschaftsstrukturen wäre von Interesse. Hier waren schon im Umfeld der Währungsunion Weichen gestellt, die zur Übernahme nicht nur der DDR-Handelsketten durch westdeutsche Betreiber führten.

Von ganz anderem Charakter ist der politologische und soziologische Sammelband, den Schluchter und Quint auf der Basis von Konferenzen des Deutsch-Amerikanischen Akademischen Konzils 1999 und 2000 zusammenstellten. In 18 Beiträgen von 25 deutschen und US-amerikanischen Autoren werden Aspekte des Vereinigungsprozesses durchaus kritisch beleuchtet, also das, was nach den aufregenden Monaten 1989/90 geschah. Quint weist auf die Verfassungs- und rechtlichen Seiten der Einheit hin, wobei die bundesdeutsche Dominanz unübersehbar ist, was aber kaum hinterfragt wird. Anja C. Baukloh, Susanne Lippert und Steven Pfaff sehen das Verschwinden der früheren Oppositionsgruppen. Uwe Mummert und Jörg Raab wenden sich der Privatisierung und dem ökonomischen Umbau zu, ebenso Paul Windolf. Schluchter erkennt immerhin, daß der Vereinigungsprozeß »asymmetrisch« sich vollzog (II/S. 11). Er

spitzt die Befunde für einen »deutschen Sonderweg« zu: »Der Osten Deutschlands wurde in kürzester Zeit institutionell, aber auch teilweise kulturell und personell verwestlicht.« (I/S. 12) Es gab eine Schocktherapie im Unterschied zu den osteuropäischen Transformationsstaaten, aber eben nicht nur in der Ökonomie, sondern auch »sozial und persönlich« (I/S. 13). Beiträge verdeutlichen, daß dieser radikale Bruch Konsequenzen genau auf diesen Gebieten hat. Neue Identitäten entstehen (Jonathan P. G. Bach/Karin Wehn), die soziale Mobilität der Ostdeutschen und ihre Anpassungsfähigkeit, gerade der Eliten, auf einem nicht hinterfragten nachgeordneten Level werden berichtet (Karl Ulrich Mayer).

So detailgenau und erhellend all diese Untersuchungen sind und so zwingend sie auch auf Defizite der Vereinigungspolitik hinweisen, die prägend für heutige politische und geistige Konstellationen der Ostdeutschen sind – von der Stärke der PDS bis zur Rolle des Rechtsradikalismus –, sie stellen im Unterschied zu den DDR-Bürgern im Herbst 1989 nicht den Grundzusammenhang in Frage: keine Alternative zur deutschen Einheit in kürzester Zeit, keine Alternative zur Schocktherapie und letztlich keine ernsthafte Kritik der bewährten westdeutschen Ordnung. Allein Klaus von Beyme spitzt dies alles zu. Die westdeutsche Vereinigungspolitik war für ihn letztlich – im positiven Sinne – machiavellistisch. Und die entscheidende Aussage: »In keinem Reformland wurde so stark auf irreversible Entscheidungen gesetzt, weil kein Land so viel Hilfe von außen bekam. Ostdeutschland mußte noch einmal vollziehen, was alle Deutschen gemeinsam 1945 hinter sich gebracht hatten: *unconditional surrender*. Wie 1945 für Westdeutschland lohne sich diese Unterwerfung, weil die Bundesrepublik zur gesamten Hand haftete.« (II/S. 424) Letztlich habe Ostdeutschland nicht die Bevölkerungszahl und die politischen Möglichkeiten, sich für einen solchen Kurs als »undankbar« zu erweisen. Die Welt der West- und der Ostdeutschen ist weiter auseinander, als selbst scheinbar kritische Wissenschaftler und Sonntagsredner vermuten lassen.

STEFAN BOLLINGER

Frieder O. Wolf:  
**Radikale Philosophie. Aufklärung  
 und Befreiung in der neuen Zeit,**  
 Verlag Westfälisches Dampfboot  
 Münster 2002, 286 S. (24,80 €)  
 Volker Caysa und  
 Wilhelm Schmid (Hrsg.):  
**Reinhold Messners Philosophie:  
 Sinn machen in einer Welt  
 ohne Sinn, Suhrkamp Verlag  
 Frankfurt am Main 2002,**  
 240 S. (10 €)

*Die »Philosophie der Grünen«* versprach 1982 Manon Maren-Grisebach, damals eine der drei BundessprecherInnen der Grünen, den Lesern ihres Buches, in dem sie lebensphilosophisch ihre Forderung nach gesellschaftlicher Harmonie aus einer mythologisierten Natur-Harmonie ableitete. Doch längst ist klar, daß es nicht nur *eine* Philosophie der Grünen gibt und der Plural in dieser Frage weit angemessener ist als der Singular. In jüngster Zeit ist das Spektrum grüner Philosophien durch zwei weitere Bücher auf lesenswerte Weise erweitert worden: durch Frieder Otto Wolfs *Radikale Philosophie* und durch Reinhold Messners *Philosophie der Lebenskunst*.

Wolf, Privatdozent an der FU Berlin, von 1994 bis 1998 Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitinitiator des Linken Forums und des Babelsberger Kreises der Grünen, schreibt, *Radikale Philosophie* stelle sich die Frage, »was es denn angesichts der unerhörten weltweiten Polarisierung von Macht, wie sie sich seit dem Ende der 1970er Jahre vollzogen hat, überhaupt noch bedeuten kann, daß »alle Menschen Philosophinnen und Philosophen sind««. (S. 25) Dies gelte um so mehr, als die herrschende Philosophieform die »Omnihistorizität« von Herrschaft als unüberwindlich unterstelle und mit anscheinender Zwangsläufigkeit auf eine Begründung legitimer Herrschaft von Menschen über Menschen hinauslaufe. Als angemessene Antwort auf die damit erneut gestellte Frage nach der Bedeutung des »Jedermannsprinzips« in der Philosophie will Wolf eine andere Praxis von Philosophie, eine

*andere Philosophie* entwickeln, die mit der herrschaftsaffirmativen Philosophieform bricht.

Im Kapitel »Philosophie als radikale Tätigkeit« postuliert Wolf, *Radikale Philosophie* mache mit dem Gedanken ernst, »daß auch das philosophische Denken sich innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb der historischen Prozesse und Situationen vollzieht, ohne es deswegen aufzugeben« (S. 47). Dementsprechend gehe sie davon aus, daß jedes philosophische Denken auf diese seine Voraussetzungen reflektieren müsse, ohne sich darin jemals selbst einholen zu können. Diese Voraussetzungen seien nicht einfach sachliche Bedingungen, sondern eine immer schon längst begonnene diskursive Praxis der Kritik, mit der viele beschäftigt seien, die sie auch bereits reflektieren und performativ gezielt einsetzen würden. Man müsse sich verabschieden von der Vorstellung, die wissenschaftliche Erkenntnis habe »fertig durchgeführt« zu sein, bevor man sich daran machen könne, die Verhältnisse zu verändern, wendet sich der Grünen-Politiker an anderer Stelle gegen die Auffassung eines »one-best-way«. Ein solcher Weg impliziere nur Dogmatismus, administrative Ausrichtung und Zensur, und seine zerstörerischen Konsequenzen seien im Realsozialismus vielfältig zu besichtigen gewesen.

Wolf definiert das (oder besser: sein) Selbstverständnis wie folgt: »Radikale Philosophie ist eine intellektuelle Tätigkeit, die vom Selberdenken jedes Menschen ausgeht und dessen Stärkung zum Ziel hat. Sie ist eine inkonklusive Gestalt der Wahrheitspolitik, die sich nicht mit relativistischer Gleichgültigkeit zufrieden gibt, die aber auch nicht beansprucht, die eigenen Wahrheitsziele selber einlösen zu können.« (S. 193/194) Dergestalt begreift Wolf *Radikale Philosophie* in der angelsächsischen Tradition als *Philosophie der Tat*.

Während Wolf seine philosophischen Überlegungen in Form einer Monographie präsentiert, erschließt sich Messners Philosophie erst durch ein Mosaik von Selbstaussagen, längeren Interviews, einer Dekonstruktion der Erziehungswissenschaftlerin und Philosophin Helga Peskoller und Reflexionen der Philosophen Volker Caysa und Wilhelm Schmid, die den schmalen Band herausgegeben haben. Die dadurch vorgestellte Gedankenwelt Messners



läßt den philosophischen Kern mehr erahnen, als daß er auf den Punkt gebracht wird.

Messner, Extrembergsteiger, Bergbauer, Grenzgänger, mit Jahrgang 1944 nur ein Jahr jünger als Wolf, praktiziert eine asketische wie ekstatische Lebensform: Er verzichtet auf Bohrhaken oder Sauerstoffmaske, um das Risiko ausschreiten zu können. Was Caysa zur »Suche nach den Grenzen des Daseins« (v)erklärt, ist für Messner schlicht »Selbstverwirklichung«. »Ich habe keine Philosophie anzubieten. Ich bin kein Philosoph oder philosophisch gebildeter Mensch«, sagt Messner in einem der Interviews. »Ich habe dann und wann philosophische Texte gelesen – aber nicht systematisch, das heißt auch, ich kenne die Geschichte der Philosophie nicht. Aber ich habe eine ganz klare Lebenshaltung, ich habe meine Erfahrungen gemacht, und auf meinen Erfahrungen beruht im Großen und Ganzen mein Weltbild.« (S. 13) Doch er sagt auch: »Im Grunde ist jede und jeder Philosoph. Wir alle.« (S. 37) Messners Philosophie ist daher kein theoretisches Wertesystem oder Denkgebäude, sondern eine sehr pragmatische Lebensauffassung. Eine Lebensauffassung, die durch den Willen zur Tat geprägt ist.

Messner lebt mit dem eigenen Ich in Übereinstimmung. Und er versucht, die realen Grenzen des Seins direkt physisch, seelisch und geistig auszuloten, sich der eigenen Zerbrechlichkeit und Begrenztheit bewußt zu werden. Ihm gehe es beim Grenzgang ums Überleben »in der möglichst schwierigen, anstrengenden, ausgesetzten, lebensgefährlichen Situation, und ich bezeichne dieses Überleben als eine Kunst« (S. 21). »Grenzgang heißt Gang an die Grenze! Ohne die Todesgefahr gibt es keinen Grenzgang!« (S. 20) Aber, so Messner: »Als Grenzgänger kann ich immer wieder Grenzen verschieben.« (S. 19) Wolf und Messner propagieren also – bei aller Unterschiedlichkeit – beide eine Tat-Philosophie. Doch während Messner für die italienischen Grünen im Europa-Parlament ficht, auf Kongressen grüner Parteien spricht und eine interaktive Begegnungsstätte in Südtirol projiziert, hat sich Wolf ob der Marginalisierung der Linken in den bundesdeutschen Grünen resignierend vom politischen Geschäft zurückgezogen.

JOCHEN WEICHOOLD

Götz Aly:

Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, S. Fischer Verlag Frankfurt am Main 2003, 256 S. (18,90 €)

Der Begriff Rasse verdrängte den Begriff Klasse, lautet die These des Autors, der 2002 den Heinrich Mann Preis für Essayistik erhielt. Nur so sei zu erklären, warum der Nationalsozialismus von der Mehrheit der Deutschen getragen wurde. Bedenkt man die Streikbewegungen, die bis 1933 in Deutschland höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzungen forderten, dann deren drastischen Abbruch durch staatliche Zwangsverordnung des Hitler-Regimes, das die Gewerkschaften verbieten ließ, statt dessen die Deutsche Arbeitsfront mit 25 Millionen Mitgliedern feierte, so scheint die These aufzugehen. Denn in der Deutschen Arbeitsfront bildeten Kapital und Arbeit eine gemeinsame Organisation, deren Ziel die »Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft, die dem Klassenkampfgedanken abgeschworen hat«, war.

Der Autor führt viele Belege dafür an, wie diese »arische« Gemeinschaft eine gemeinsame Kampffront gegen jüdisches und ausländisches Eigentum entwickelte. Die Erträge aus diesem Eigentum seien an die jeweiligen Wehrmachtsintendanten geflossen, die damit die Soldaten zahlten, die sich mit diesem Geld auf den Schwarzmärkten Europas bedienten. Die Beute sei an alle verteilt worden. Die Arierisierung jüdischen Vermögens gehöre deshalb in die Kette der »Eigentumsrevolutionen des 20. Jahrhunderts«. Der Autor verwechselt hier aber Erscheinung und Wesen und kommt so zu der Schlußfolgerung: »Die NSDAP verstand sich als Sachwalterin der kleinen Leute, sah sich dem Egalitarismus der Volksgemeinschaft verpflichtet.« Dabei bringt er anhand einiger Biographien namhafter Politiker, wie der des Nazis Dr. Bernhard Benning, selbst klar zum Ausdruck, daß Hitlers Gerede von der »Volks- und Leistungsgemeinschaft« nur Rhetorik war, um dem Wunsch einer klassenlosen Gesellschaft zu entsprechen, dem viele »kleine Leute« in Deutschland nach 1918 noch anhängen. Benning, 1940 Direktor der Berliner

Großbank Reichs-Kredit-Gesellschaft und 1950 Mitglied des Direktoriums der Bank deutscher Länder, nannte die »Besetzung feindlicher Länder« eine »zusätzliche Tilgungsquelle« des Finanzministeriums. Daß Staat und Finanzkapital ab 1933 besonders eng verbunden waren, hält der Autor für eine »antikapitalistische Verschleierung« der »Entjudung«. Doch Tatsache ist, daß am 25. April 1933 Gustav Krupp von Bohlen und Halbach im Namen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der Hitlerregierung einen Plan zur »Neugestaltung der Industrie« vorlegte. Danach folgte das Gesetz über die Errichtung von Zwangskartellen. Es bot die Möglichkeit, bisher außerhalb der »marktregelnden Verbände« stehende Unternehmen zwangsweise zu Syndikaten und Kartellen zusammenzuschließen. Kleine und mittlere Betriebe, unter ihnen viele im jüdischen Besitz, wurden vom Markt gefegt. Nicht die Klassengegensätze, die ja im gesellschaftlichen Sein entstanden waren, verschwanden, sondern sie wurden lediglich rhetorisch auf Rassenunterschiede, die ja lediglich im biologischen Sein von Bedeutung sind, verschoben. Diese Verschiebung darf gerne Demagogie genannt werden, auf die viele Intellektuelle noch immer reinfallen. Daß Hitler diese Manipulation so perfekt gelungen ist, was der Autor in vielen Kapiteln eindringlich belegt, steht nicht nur mit den negativen Erfahrungen des Volkes in der Weimarer Republik in Verbindung, sondern auch mit der Tradition der deutschen Philosophie, zum Beispiel der Nietzsches, woran sich Hitler ausgezeichnet orientieren konnte. Der Autor hat völlig recht, wenn er den Nationalsozialismus als eine Ideologie beschreibt, die nicht von »oben« verordnet, sondern von der Masse des Volkes getragen wurde, woran selbst der Soldat Heinrich Böll mitgewirkt hat. Doch statt der konkreten Ursache dieser Ideologie auf die Spur zu gehen, formuliert der Autor Sätze, wie: »Für Hitler stand das Volkswohl an erster Stelle.«

Zu dieser Schlußfolgerung kann jemand nur kommen, wenn er Hitler ohne klassenmäßige Wurzeln analysiert, sozusagen als Freigeist, dem ein schrecklicher Fehler bei der Verwirklichung seiner gut gemeinten »Gleichheitsidee« unterlaufen sei, die Judenvernichtung.

Das Buch ist überall dort sehr präzise und eindringlich, wo die Perversion der Judenvernichtung an Beispielen von Medizinerinnen und KZ-Mitarbeitern beschrieben wird, die mit den Schädelknochen von Juden Handel trieben und die »hochmotiviert ihre Arbeit« vollstreckten, ohne dabei ein schlechtes Gewissen zu haben. Das Buch löst allerdings nicht ein, was der Titel erwarten läßt, nämlich eine klare Definition und Differenzierung von Rasse und Klasse. Damit bleibt unklar, wie und warum es den Nazis gelungen ist, den Klassenkampf durch »Rassenkampf« zu ersetzen und welche Ideologie sich letztlich dahinter verbirgt.

JÜRGEN MEIER

Wolfgang Kersting:  
**Kritik der Gleichheit,**  
 Velbrück Wissenschaft  
 Weilerswist 2002, 342 S. (40 €)  
 John Rawls: **Gerechtigkeit**  
 als Fairneß. Ein Neuentwurf,  
 Suhrkamp Verlag Frankfurt am  
 Main 2003, 316 S. (24,90 €)

Wolfgang Kersting, Verfasser eines Standardwerkes über Theorien sozialer Gerechtigkeit (2000)<sup>1</sup>, hat mit seiner *Kritik der Gleichheit* ein weiteres fundamentales ethisches und rechtsphilosophisches Werk vorgelegt. Ebenso wie seine Theoriegeschichte zeichnet sich auch dieses neue Buch durch gründliche Literaturkenntnis und -verarbeitung aus, aber auch durch eine scharfe Polemik gegenüber Andersdenkenden. Insbesondere ist es der Sozialstaat, den er aufs Korn nimmt, sowie die sogenannte Verteilungsgerechtigkeit, der es bisher nicht nur an begrifflicher Klarheit fehlt, sondern auch an einer stichhaltigen »normativen Hintergrundtheorie«. Kersting argumentiert dabei von einer konservativ-liberalen Position ausgehend. Seine Hauptquelle ist Friedrich August von Hayek, der im Begriff der sozialen Gerechtigkeit so etwas wie eine Leerformel sah, eine »Illusion« oder »semantische Fata Morgana, mit der sozialistische Scharlatane Wissenschaft, Philosophie und Politik erfolg-

reich in die Irre« (2000, S. 60) führen würden. In dieser Argumentation bleibt der Staat außen vor. Statt dessen wird »der Markt« als Akteur bemüht und dieser ist für seine Distributionsleistungen natürlich »weder gerecht noch ungerecht« und – dies ist der wichtige Schluß – »bedarf folglich auch nicht einer wohlfahrtsstaatlichen Korrektur« (2000, S. 61).

Auf dieser Grundlage nun untersucht Kersting in der hier vorliegenden Monographie über Gleichheit, wie der Sozialstaat heute zwischen Gleichheitsstreben und Freiheitsgarantie hin und her schwankt. Die Fragestellung ist außerordentlich aktuell, denn solange »das Wirtschaftswachstum eine Aufrechterhaltung der Verteilungsgewohnheiten erlaubt, kann sich die Gesellschaft ... gestaltungspolitische Phantasielosigkeit leisten... Wenn jedoch der Sozialstaat an seine Grenzen gelangt ist und seine ökonomischen und moralischen Kosten unerträglich werden, wenn darum die sozialstaatlichen Leistungskataloge neu gesichtet, gelichtet und umgeschichtet werden müssen, ist ein genaueres moralisches Orientierungswissen ebenso notwendig wie politischer Mut zur Bestandsaufnahme und Neukonzeption.« (S. 24) Dies genau ist gegenwärtig unsere Situation – Stichwort *Agenda 2010* –, was dem Buch größte Aktualität verleiht, ja, es für politische Debatten über diese Themen geradezu unverzichtbar macht. Während von »linker« Seite hierzu gegenwärtig nicht allzuviel angeboten wird und man sich eher auf eine Haltung des Bewahrens beschränkt, demonstriert Kersting, wie man »rechts« über Verteilungsfragen denkt und was man dort von Umverteilung, Sozialstaat und Sozialpolitik hält. Insbesondere ist eine Auseinandersetzung mit dem von Kersting favorisierten Alternativmodell zum Sozialstaat angesagt: Im Unterschied zum herkömmlichen egalitaristischen Sozialstaat, welchen der Autor als eine Art »Schöpfungskorrektur« ansieht, »eine Art Zweitschöpfung, in der die moralischen Versäumnisse der Erstschöpfung dadurch korrigiert werden, daß die Begünstigten von den Benachteiligten in Kompensationshaft genommen werden« (S. 81), wird von ihm gefordert, daß sich der Staat künftig »nicht mehr in den Dienst der Gleichheitsfürsorge, sondern in den Dienst der Freiheitsfürsorge« stellt (S. 13). Dieses Modell basiert auf einem liberalen

Freiheitsverständnis, worin »die Elemente der Selbstbestimmung und Selbständigkeit« eingeschlossen sind.

Seine Kritik am Sozialstaat verdeutlicht Kersting anhand einiger ausgewählter Problemfelder, zum Beispiel in bezug auf die Altersrente: »Keine Ruhestandsgeneration war je so wohlversorgt wie die jetzige, und keine zukünftige Ruhestandsgeneration, auch nicht die, welche die jetzige alimentiert, wird je ein so hohes Versorgungsniveau erreichen können.« (S. 27) Aber, diese vermeintliche »Gerechtigkeit« gegenüber den Alten geht im Umverteilungsstaat mit einer wachsenden Ungerechtigkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen einher, insbesondere gegenüber jenen, die für den Wohlstand der heutigen Rentner zahlen müssen. Um dies zu korrigieren, müssen an anderer Stelle Mittel eingespart werden, wodurch das Problem nicht gelöst, sondern lediglich verschoben wird. Hieran zeigt sich: »Der Sozialstaat ist ein leckes Schiff; während man im Bugraum abdichtet, dringt im Heckbereich wieder Wasser ein. Aber das Schiff ist gleichwohl schwimmfähig; und die, die im Wasser treiben, sind froh, wenn sie an Bord genommen werden.« (S. 27)

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Auslassungen des Autors zum Thema »Arbeitslosigkeit«, worin er ein »vielfältiges Übel« (S. 48) erblickt, geprägt von Einkommensverlust, sozialer Depravation, einer »Entstrukturierung des Lebens« u. a. m. Die Konsequenz, die er daraus zieht, ist jedoch ein besserer Schutz des Gutes »Arbeit«. Vor allem soll es »vor dem verhängnisvollen paradoxen Effekt geschützt werden, daß es auf der einen Seite durch fortschreitende Ausgleichung des Markteinkommens und des Transfereinkommens moralisch und ökonomisch entwertet wird und genau darum auch auf der anderen Seite immer teurer wird.« (S. 48) Ob der hier konstruierte Kausalzusammenhang wirklich zutrifft, soll dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall ist der Lösungsvorschlag in seiner politischen Stoßrichtung eindeutig: Flexibilisierung der Arbeit auf der einen Seite und Absenkung des Niveaus der Lohnersatzleistungen auf der anderen! Breiten Raum nimmt in diesem Buch die Kritik sozialstaatlicher und gleichheitsbezogener Theorien ein, na-

mentlich die Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeitstheorie John Rawls. Im ganzen hält der Autor den »Egalitarismus« – ein Begriff, unter welchen er alle gleichheitsbezogenen Theorien subsumiert – für »eine philosophisch wie politisch verhängnisvolle Konzeption« (S. 62). Bei der Begründung seiner ablehnenden Haltung spielt der *Neid* eine zentrale Rolle: »Der Egalitarismus ist die politische Theologie der Benachteiligung. In seiner Welt gibt es nur Bevorzugte und Benachteiligte, Schicksalsbegünstigte und Schicksalsbeladene, sozial Privilegierte und Deprivilegierte. Und jeder Benachteiligte hat die Definitionshoheit über seine Benachteiligung und das kompensationspflichtige Ausgleichsmaß... Damit ruft diese egalisierungsverpflichtete Gesellschaft zur Selbstorganisation des Neides auf.« (S. 79) Woraus folgt: »Die gleichheitsorientierte Verteilungsgerechtigkeit ist nicht subsidiär, sondern ein perennes (immerwährendes – U. B.) Unternehmen.« (S. 79)

Das zweite hier vorgestellte Buch stammt von einem der oben heftig Kritisierten, von John Rawls (1921-2002). Es ist sein Vermächtnis. 32 Jahre nach der Erstveröffentlichung der fulminanten Gerechtigkeitstheorie des US-amerikanischen Autors<sup>2</sup> liegt jetzt ein Neuentwurf des Klassikers vor, als Übersetzung der amerikanischen Ausgabe letzter Hand von 2001. Es handelt sich hierbei nicht um eine Neuauflage des Werkes, sondern um eine völlige Neubearbeitung des Themas, worin der Autor nicht nur seine eigenen Gedanken weiterentwickelt hat, sondern auch auf Einwände und Fragen seiner Kritiker ausführlich eingeht. Die wichtigste Neuerung ist in der Fassung der Gerechtigkeit zu sehen: Früher wurde dies als ein moralisches Problem behandelt, jetzt als ein politisches. Der Terminus »Fairneß« im Titel soll dies deutlich machen. Diese Akzentsetzung impliziert eine neue Sicht auf die Ausgangsideen und Quellen des Buches. Sie macht aber auch die Integration neuer Aspekte erforderlich, so daß das hier vorliegende Buch als eine reifere und zugleich gedanklich wesentlich erweiterte Fassung des Buches von 1971 anzusehen ist. Gleichwohl ersetzt es letzteres nicht: man braucht beide Ausgaben, um Rawls' Theorie zu verstehen.

Die tragende Idee der Rawlsschen Konzeption ist die Idee eines Gesellschaftsvertrages,

der unter fairen Bedingungen zustande kommt und worin Grundrechte und Grundfreiheiten die Hauptprinzipien darstellen. Es ist dies eine von ihren Grundlagen her durchaus liberale Auffassung. Ihr Autor verabschiedet sich damit von dem Versuch, Gerechtigkeit als Teil einer Moralphilosophie zu fassen. Seine Darlegungen sind vielmehr rein politischer Natur. Er stellt den Gedanken der Gerechtigkeit »als Fairneß als die vernünftigste Form des politischen Liberalismus« (S. 10) dar. Den Ausgangspunkt dafür bildet die Auffassung der Gesellschaft als »ein faires System der langfristigen, von einer Generation zur nächsten fortwirkenden Kooperation, wobei die Kooperierenden als freie und gleiche Bürger ... angesehen werden.« (S. 23) Daran an schließen sich eine Reihe von Grundideen, welche ein System der »politischen Philosophie« umreißen.

Im zweiten Teil entwickelt der Verfasser grundlegende »Gerechtigkeitsprinzipien«, welche da lauten: 1. Jede Person hat den gleichen Anspruch auf bestimmte Grundfreiheiten, und 2., soziale und ökonomische Ungleichheiten sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen: sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen offen stehen (Chancengleichheit) und sie müssen den am wenigsten Begünstigten letztlich den größten Vorteil bringen (Differenzprinzip) (S. 78). Die Durchsetzung des zuerst genannten Prinzips impliziert, daß das Marktsystem in einen Rahmen politischer und rechtlicher Institutionen eingebettet ist, »die den langfristigen Trend ökonomischer Kräfte so regeln, daß übermäßige Konzentrationen von Eigentum und Vermögen verhindert werden, insbesondere solche Formen der Konzentration, die wahrscheinlich zu politischer Vorherrschaft führen.« (S. 80) Die Verhältnisse in den USA wären hierfür ein treffendes Gegenbeispiel, insbesondere auch dafür, wie es immer weniger gelingt, die Bedrohung einer vermögensgestützten politischen Vorherrschaft aufzuhalten.

Das Problem der Verteilungsgerechtigkeit definiert Rawls über folgende Fragestellung: »Wie lassen sich die Einrichtungen der Grundstruktur als einheitliches Einzelgerüst von Institutionen so regulieren, daß langfristig und generationenübergreifend ein faires, leistungsfähiges und produktives System der sozialen

Kooperation aufrechterhalten werden kann?« (S. 88) Demgegenüber verlangt das Differenzprinzip, daß »die Unterschiede der bei der Erzeugung des Sozialprodukts erworbenen Einkünfte und Vermögenswerte ... so beschaffen sind, daß dann, wenn die legitimen Erwartungen der stärker Begünstigten geringer wären, die der weniger Begünstigten ebenfalls geringer ausfielen.« (S. 108) Auch hier gilt in der Praxis eher das Gegenteil, was die Problematik derartiger Postulate unterstreicht. Die folgenden Kapitel behandeln verschiedene Argumentationsmuster, die von einem Urzustand ausgehenden und die sich auf die Institutionen einer gerechten Grundstruktur beziehenden. Unter letzteren findet sich auch ein Abschnitt zu Marx' Kritik des Liberalismus (§ 52). Rawls stellt hier fest, daß »die Idee einer der Fairneß-Konzeption der Gerechtigkeit entsprechenden wohlgeordneten Gesellschaft grundverschieden von Marx' Idee einer vollkommen kommunistischen Gesellschaft« (S. 272) ist. Diese Grundverschiedenheit gilt auch methodologisch, weshalb es gewagt erscheint, bestimmte Kategorien Rawls' in ein marxistisches Theoriekonstrukt zu implementieren.<sup>3</sup> Den letzten Teil des Buches bildet die »Frage der Stabilität«. Rawls gelangt hier zu dem Schluß, daß die »wohlgeordnete Gesellschaft deshalb stabil (ist), weil ihre Bürger alles in allem mit der Grundstruktur ihrer Gesellschaft zufrieden sind.« (S. 308).

ULRICH BUSCH

1 Wolfgang Kersting: Theorien der sozialen Gerechtigkeit, Stuttgart und Weimar 2000.

2 John Rawls: A Theory of Justice, Cambridge, Mass. 1971 (engl.); deutsch: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1975.

3 Vgl. Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003, S. 110 f.

**Beatrix Bouvier:**  
**Die DDR – ein Sozialstaat?**  
**Sozialpolitik in der Ära Honecker,**  
**Verlag J. H. W. Dietz Nachf.**  
**Bonn 2002, 360 S. (27,80 €)**

Man darf gespannt sein, wenn zwölf Jahre nach dem Ende der DDR noch immer detaillierte Betrachtungen zur Anatomie des ostdeutschen Staates vorgelegt werden. Ist dies

doch einmal mehr ein Beleg dafür, daß nach wie vor die Meinungen, ob die DDR eine Diktatur gewesen sei, auseinandergehen. Und wer immer sich für den Kauf dieses Buches entscheiden wird: Nicht nur mit Blick auf die delicate Preisgestaltung sei daran erinnert, daß Arbeiten zu DDR-spezifischen Themen noch immer einen gewissen Zündstoff in sich bergen.

Um so nachdrücklicher, wenn es sich bei den Autoren nach wie vor um Historiker handelt, deren Perspektive (West) in einer Auseinandersetzung mit ostdeutschen Reizthemen noch viel zu oft eine gänzlich andere zu sein scheint, als die der Rezipienten (Ost). Gemessen an dieser Ausgangskonstellation ist es bemerkenswert, wenn Beatrix Bouvier einen weiteren Erklärungsversuch unternimmt und der Frage nachgeht, wie die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« funktionierte und welche Bedeutung sie für die Menschen, aber auch für die Stabilität, Stagnation und Krise des Systems insgesamt hatte. Die Autorin fokussiert ihren Blick auf vier herausragende sozialpolitische Leitthemen: Das Recht auf Arbeit, die Wohnungsfrage, das Rentensystem und die Frauen- und Familienförderung. Ganz bewußt begrenzt sie den zeitlichen Rahmen ihrer Untersuchung auf die Jahre 1971 bis 1989. Daher ist sie – will sie in ihrer Argumentation verstanden werden – gezwungen, vorab die allgemeinen historischen Ausgangspunkte zur Tradition deutscher Sozialstaatlichkeit darzustellen. Auch muß sie sowohl auf die sozialpolitischen Probleme und Weichenstellungen der »Ära Ulbricht« und auf die sozialstaatliche Ausgestaltung der (alten) Bundesrepublik eingehen. Ihre diesbezüglichen Ausführungen füllen ein Drittel des Buches.

Wichtigste Quellengrundlage für die Analyse der vier Themen, denen sie je ein gesondertes Kapitel widmet, sind die diversen Eingaben von DDR-Bürgern an offizielle Stellen bis hin zur obersten Staats- und Parteiführung. Darüber hinaus nutzt sie die Bestände der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« (SAPMO) und zahlreiche Berichte des »Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR« (BStU). Ungeachtet quellenkritischer Probleme sieht Bouvier in den Eingaben



»insgesamt eine wichtige sozialhistorische Quelle«. Denn sie »zeigen mit plastischen Beispielen, die über Einzelfälle hinausgehen, die kritischer und aggressiver werdende Stimmung in der Bevölkerung, die wachsende Ungeduld angesichts ungelöst bleibender Probleme, ständiger Vertröstung und bürokratischer Verschleppung« (S. 311 f.). Mit einiger Verwunderung dürfte es den interessierten altbundesrepublikanischen Leser erfüllen, daß derlei schriftlich eingereichte Beschwerden in der DDR zur alltäglichen Praxis gehörten und in der Regel niemand berufliche oder persönliche Benachteiligung zu fürchten hatte. Dagegen wird sich mancher Neu-Bundesbürger ein dezentes Lächeln nicht verkniefen können, wenn ihm Bouvier in der Ausübung dieser Möglichkeiten eine gewisse Raffinesse bescheinigt und feststellt: »Doch die Bürger wußten um die wunden Punkte ihres Staates« (S. 198).

In ihrer insgesamt sehr akribisch und mit Sorgfalt vorgenommenen Untersuchung will Bouvier zeigen, daß die zentrale Formel der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« nur wenig mit der Realität gemein hatte. Ohne Zweifel lassen sich aus all den Schriftstücken dramatische Lebensumstände von DDR-Bürgern herauslesen, die in der Beschreibung punktueller oder persönlicher Eskalationen (z. B. in der Wohnungsfrage) einen tiefen Einblick in den ostdeutschen Alltag zulassen. Dies zu verharmlosen oder zu negieren wäre falsch, denn es würde weder den Menschen gerecht noch der historischen Wahrheitsfindung dienen. Zu Recht weist Bouvier darauf hin, daß es keiner großen Anstrengung bedarf, bestimmte Sachverhalte mit weiteren Extremdarstellungen zu kolorieren. Insofern muß man ihr also zustimmen, wenn sie für ihre Belange eine »insgesamt hohe Bedeutung des Eingabewesens« aus der »Eingabenflut und Eingabefreudigkeit der DDR-Bürger« ableitet (S. 315 f.).

DDR-Bürger hatten ein gänzlich anderes Verhältnis zum Staat und zu dessen sozialen Leistungsgarantien. Jeder konnte unter dem Eindruck der öffentlich propagierten Politik »zum Wohle des Volkes« die jeweils individuell verspürten Mängel und Fehler des Systems auf einer quasi moralischen Ebene offiziell thematisieren. Daher nutzte man auch ganz

gezielt das probate Mittel der Eingabe, um auf diesem Wege eine Verbesserung der eigenen privaten Situation zu erreichen. Bouvier selbst wird im Umgang mit den Akten sehr wohl bewußt geworden sein, daß sie es hier mit einem wesentlichen Element ostdeutscher Sozialisation zu tun bekommen hat. So jedenfalls könnte man ihre Beobachtung interpretieren, daß sich DDR-Bürger »auch nach der Wende noch bemerkenswert häufig an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages wandten« (S. 315). In diesem Lichte betrachtet erscheinen die hier verwendeten Quellen aber auch durchaus problematisch. Nicht nur, weil es schlichtweg in der Natur der Sache begründet liegt, daß sich keine »positiven« Eingaben finden lassen werden. Unabhängig davon, wie man heute mit ihnen umgehen würde, wenn es sie gäbe: Welche Erwartungen und Intentionen knüpft Bouvier beispielsweise an die Auswertung von Stasi-Berichten? Wohl niemand wird inzwischen bestreiten, daß das Ministerium über außerordentlich viele detaillierte Informationen verfügte. Aber welchen Nutzen zieht der Leser aus Bouviers Kritik, daß oft selbst das MfS keine brauchbaren und realisierbaren Ratschläge zur Verbesserung der Lage einzubringen hatte (S. 91)? Würde man heute ernsthaft derlei Initiative von einem deutschen Geheimdienst erwarten?

Daneben erscheint es höchst fraglich, welche Intention Bouvier mit Beschreibungen verfolgt, die sie aus ihrem Material zu einem Gesamtbild arrangiert. So findet sich im Kontext ihrer Schilderungen von Lebensbedingungen in DDR-Altersheimen u. a.: »... es gab keine Zentralheizung, veraltetes und nicht ausreichendes Mobiliar, das zumeist noch aus Wehrmachtsbeständen stammte, so daß die Menschen ihre persönlichen Sachen und Kleider in Koffern unterbringen mußten. In den meisten Fällen waren die Fußböden schadhafte, die Fenster defekt und ohne bzw. mit völlig verschmutzten Gardinen ausgestattet, die Tapeten und Wandanstriche völlig abgewohnt. Eine regelmäßige Körperpflege ... war wegen nicht ausreichender und völlig veralteter und daher nicht funktionstüchtiger sanitärer Einrichtungen oft unmöglich.« (S. 231)

Es kann hiermit nur angedeutet werden, daß sich Bouvier ihres Quellenmaterials in ganz besonderer Weise bedient. Das geht einher mit



dem reichlichen Gebrauch von Anführungszeichen bei der Zitierung von DDR-typischen Idiomen (»Alles zum Wohle des Volkes«) und hat den »Charme« der 50er Jahre. Nochmals sei darauf verwiesen, daß die Autorin diese und weitere Details mit wissenschaftlicher Professionalität und gewiß hohem Arbeitsaufwand in den einzelnen Akten ausfindig gemacht hat. Trotz allem bleibt die Frage, ob sie hierbei nicht zu oft nur auf die Wirkung banaler Effekthascherei setzt. Sicherlich ist ihr nicht prinzipiell vorzuwerfen, daß sie ausnahmslos der Versuchung erliegt, diese *Beispiele* schablonenhaft auf die *gesamte* Gesellschaft zu übertragen. Dennoch ist es die monotone, fast in Phrasenhaftigkeit abgleitende wiederholte Auflistung von Mängeln und Fehlern, die als Grusel-Bild in den Köpfen der Leser haften bleibt. Um so mehr, wenn man, wie die Bevölkerungsmehrheit dieser Republik, die DDR nur aus Medien und Büchern kennt. Sollte es eine weitere Auflage dieses Buches geben, so wäre hier eine klarere Differenzierung zu wünschen. Vielleicht gelingt es bei dieser Gelegenheit auch, den Untersuchungshorizont zu erweitern und sozial-politische Themen (z. B. Bildung und Gesundheitsversorgung) mit in die Arbeit aufzunehmen, die von ihr ausgeklammert wurden.

Aufkommende Ostalgie-Gefühle, die die Autorin in vergleichbaren Arbeiten ostdeutscher Experten zu finden glaubt, führt sie darauf zurück, daß die Sozialpolitik nicht mit den repressiven Seiten der DDR in Verbindung gebracht wird. Defizite, Mängel und grundsätzliche Fehler des Systems würden zwar nicht geleugnet, doch falle das Fazit eher positiv aus, da das Fehlen von Demokratie und Freiheitsrechten außer acht gelassen werde (S. 329). Für Bouvier ist die Sozialpolitik der »Ära Honecker« nur die »weiche Seite der Diktatur«, der die »Repression mit ihrem gleichzeitig ausgebauten Apparat und die Unfreiheit« gegenüber gestellt war. Genau hier aber liegt das Problem: Die Sozialpolitik der SED zielte nicht in erster Linie auf das Wohl des einzelnen, sondern vorwiegend auf das Kollektivwohl und war darüber hinaus Instrument im Klassenkampf. Ganz bewußt und dezidiert grenzte sich die DDR von der »bürgerlichen« Sozialpolitik »demokratisch verfaßter Wohlfahrtsstaaten des Westens« ab. Deutlich wird

das am »Recht auf Arbeit«, das Bouvier in der DDR als »Kernstück der verfassungsmäßig garantierten sozialen Grundrechte« verortet, während es z. B. in den meisten Verfassungen der föderalen Bundesländer lediglich als Staatszielbestimmung definiert wird. Wenn aber Bouvier dies alles erkannt hat (S. 330 f.), warum versucht sie dennoch, die sozialpolitischen Maßnahmen einer erklärten Diktatur des Proletariats mit der Elle von »individuellen und liberal-demokratischen Freiheitsrechten« zu messen? Eingedenk der Tatsache, daß die Ostdeutschen das Privileg für sich beanspruchen können, zwei völlig gegensätzliche Gesellschaftsordnungen erlebt und erfahren zu haben, müssen die Untersuchungsergebnisse ganz zwangsläufig andere Emotionen hervorrufen, als möglicherweise beabsichtigt. Eben weil sich Bouvier auf zeithistorische Quellen stützt, bleibt es schwer vermittelbar, worin für viele Ostdeutsche (z. B. in der Rentenfrage) der Unterschied zwischen damals und heute bestehen soll.

Sozialpolitische Themen waren schon in der kalten Zeit des Ost-West-Konfliktes agitatorisch brisant. Eine Retrospektive, wie sie hier angestrebt wird, muß gerade in der gegenwärtigen Diskussion um das zukünftige gesamtdeutsche Niveau des Sozialstaates provozieren und verlangt nach aktuellen Bezügen. Doch dies ist, folgt man Bouviers Worten, nicht ihre Intention: Generell strebt sie mit ihrer Arbeit keinen direkten Vergleich mit der BRD an. Aber, so räumt sie ein, er schwingt doch immer mit. Mit ihren geschickt zwischen die Zeilen verpackten Antworten auf die rhetorische Frage »Die DDR – ein Sozialstaat?« gelingt es ihr insgesamt nicht, diesen versteckt angelegten systemvergleichenden Spagat aufzulösen.

Und wenn sie schließlich zusammenfassend das sozialpolitische System der DDR als »Versorgungsdiktatur« beschreibt, die unter den »Bedingungen und Einschränkungen dieser Zeit soziale Sicherheit und – mit Abstrichen – eine Rundumversorgung auf niedrigem Niveau garantierte« (S. 337), so ist man geneigt zu sagen: Na immerhin!

KLAUS MELLE

PETER BIRKE

## »We are the Social Democrats of the 21. Century«. A Commentary on the Rise of the Right Wing Politics in Denmark

Since the elections in November 2001, Denmark is being governed by a liberal-conservative minority coalition that is dependent upon the »populist« Dansk Folkeparti. Immediately following its election, the new government introduced repressive anti-migrant policies, whose extent and inhumane character was unprecedented for Western Europe. It also launched an offensive to cut state expenditure and to diminish the influence of trade unions. But none of this is completely new to Danish politics. They are rather an intensification of policies of the previous social-liberal government, which by 1994 had already implemented the »New Labour« principles including welfare-to-work programmes and law-and-order-policy. Indeed, Stuart Hall's 1983 statement – »the radical right has capitalized on the deep weakness of Labour Socialism« – seems to describe the situation in today's Denmark quite adequately. The outcome of this situation is contradictory: while, for example, Denmark is currently the country with the highest number of industrial conflicts in the EU, the Danish trade unions have lost membership and political influence. In this context, the article discusses the perspectives of the official and the unofficial labour-movement.

FRIGGA HAUG

## Gender – career of a concept and what is behind it

The category »gender« marks the (tentative) end of a theoretical-political debate on the inequality and oppression of women. Whereas this category does overcome the fixation on essence and nature that the concept »woman« implies, it accomplishes this only at the price of abandoning the project of liberation. Instead, here the concept of »gender relations« (in rough analogy to »production conditions«) has been chosen to elucidate the emancipationist impetus of the debate on gender. This concept enables us to analyse the integration of the sexes in the general social context and to describe the ways in which gender relations are modified as society changes.

## VOLKER WOLTERSDORFF alias LORE LOGORRHÖE Queer Theory and Queer Politics

The author presents an introduction into the roots and the development of the Queer Movement in the United States in the Nineties and describes Queer as a radical leftist project. After discussing the central points of queer theory concerning the establishment of sexual standards and the treatment of »deviations«, he looks into the academic and political reception of Queer in Germany and arrives at five proposals for the further theoretical and political development of Queer in conjunction with a critical view of the standardisation of sex and sexuality in opposition to neo-liberalism.

ARMIN BERNHARD

## Education as Treatment of Human Resources. The Destiny of Human Nature in a Globalizing Society

The Marxist category ›alienation‹ – the author maintains – contains already all the dimensions necessary to identify and interpret the educational problems of a neoliberal society going through the process of economic globalisation, without reducing these problems to pure economism. It not only aids in understanding the fragmentation of identity itself, but even the fact that the maturation of the education of human nature forms an indispensable aspect of this fragmentation. Bernhard goes on to discuss ways of developing an educational system that does not restrict itself to a treatment of human resources centered only around their market-oriented exploitation. In contrast to the centrifugal forces of neoliberal modernisation – the author concludes – the project of ›human incarnation‹ must be created.

Wieland Zademach

## Performance-Oriented Thinking or Social Justice. Have the Churches Lost Their Social Voice?

The Author analyses some of the basic studies published by the Catholic and Protestant Churches in Germany over the past 20 years concerning the future of the world of work and the employment / unemployment situation. He includes in his study some related ›papal encyclicla‹. He detects, what he refers to as, »astonishing contradictions« between these declarations and the way the Churches practically confront the consequences of mass unemployment. Speechlessness and silence – that is what the author sees in the Churches reaction to a situation which demands a completely new approach, with the objective of overcoming neoliberal capitalism – as was formulated by the World Alliance of reformed churches in its ›processus confessionis‹ in 1997 in Debrecen. But, Zademach concludes, throughout history reforms of society were never successful without reforms of the Church itself.

MEINHARD CREYDT

## Adornism. Motives of a Transition

Realising that Theodor W. Adorno's (1903-1969) social-critical thinking is still popular, the author discusses different aspects of what he calls »Adornism« and criticizes those, of the »Adornites,« who tend to use the philosopher's opinions as an »negative idyll of critics,« for not being courageous enough to dare an open view of the society that seems less monolithic than the one once described by Adorno. He logically argues in favour of making Adorno's thinking productive for the discovery and analysis of social processes which – contrary to the »monolith«-theory – constitute the »double character of the society«.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ULRICH BUSCH,  
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,  
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,  
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,  
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €